

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1978

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

-
- Allgemeinbildende Schulen 1977/78**
- 1 Die Zahl der Schüler an Grund- und Hauptschulen ist im laufenden Schuljahr wieder rapide gesunken. Zugemessen haben dagegen die Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien.
-
- Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1973 - 1976**
- 7 Mit der Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe kann jeder Schüler der Sekundarstufe II an Gymnasien die Fächerkombination wählen, die seiner Eignung und Neigung am ehesten entspricht. Die Kurskombinationen sind so konzipiert, daß die notwendige Breite der Grundbildung gesichert ist.
-
- Tuberkulose 1976**
- 10 Die Entwicklung der Tuberkuloseerkrankungen in den beiden letzten Jahrzehnten ist durch einen enormen Rückgang der Erkrankungshäufigkeit gekennzeichnet. Dennoch ist die Tuberkulose auch heute noch unter den meldepflichtigen Infektionskrankheiten sowohl ihrer Häufigkeit als auch insbesondere ihrer sozialen Auswirkungen wegen einer der bedeutendsten.
-
- Jahresverdienste 1974 - 1976**
- 13 Die seit 1971 zur Durchführung gelangende Jahresverdiensterhebung in Industrie und Handel ergänzt die vierteljährliche Verdiensterhebung, welche die kurzfristige Entwicklung der Bruttoverdienste nachweist, aber kein vollständiges Bild der Verdienstentwicklung vermittelt, weil hierbei einmalige Zahlungen unberücksichtigt bleiben.
-
- Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1975**
- 16 Seit 1959 wird auf Veranlassung der Europäischen Gemeinschaften eine Reihe spezifischer statistischer Erhebungen durchgeführt, von denen die meisten den Bereich der Industrie betreffen. Zu diesen Erhebungen zählt die Statistik über Personal- und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe, die alle drei Jahre zur Durchführung gelangt.
-
- Steuerliche Belastung der Löhne und Gehälter 1974**
- 19 Von den Lohnsteuerpflichtigen mit Verdiensten zwischen 9 600 und 25 000 DM haben mehr als vier Fünftel steuerfreie Abzugsbeträge geltend gemacht.
-
- Anhang**
- 1* Zahlenpiegel von Rheinland-Pfalz
7* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Fast 21 000 Grund- und Hauptschüler weniger als im Vorjahr

An den 1 212 Grund- und Hauptschulen des Landes gingen die Schülerzahlen im laufenden Schuljahr so stark zurück wie noch in keinem Jahr zuvor. Die Schülerzahlen an diesen Schulen haben damit den gleichen Stand erreicht wie zu Beginn der 60er Jahre an den damaligen Volksschulen. Dies geht aus den vorläufigen Ergebnissen der Statistik an allgemeinbildenden Schulen zum Stand vom 1. Oktober 1977 hervor. Danach sank die Schülerzahl an den Grund- und Hauptschulen um 20 892 auf 383 692. Allein in der ersten Klassenstufe der Grundschulen sind im laufenden Schuljahr 5 300 Schüler weniger zu unterrichten als im Vorjahr. Mit den sinkenden Schülerzahlen wurde auch die Zahl der Klassen von 13 138 auf 12 849 reduziert. Dennoch verbesserte sich die durchschnittliche Klassengröße von 30,8 Schülern je Klasse im Vorjahr auf 29,9. Auch die Zahl der hauptberuflichen Lehrer an diesen Schulen nahm von 16 141 im Vorjahr auf 15 685 im Schuljahr 1977/78 ab. Doch die stark gesunkenen Schülerzahlen brachten es mit sich, daß die Schüler-Lehrer-Relation sich dennoch positiv entwickelte.

Nahezu konstant geblieben ist die Zahl der Schüler an den 158 Sonderschulen, die im laufenden Schuljahr bei 19 746 liegt. Diese Schüler werden in 1 453 Klassen von 2 187 hauptberuflichen Lehrern und pädagogischen und technischen Fachkräften betreut. Damit wurden an den Sonderschulen gegenüber dem vergangenen Schuljahr etwa 60 Lehrkräfte mehr eingesetzt.

Ganz anders war die Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen an den Realschulen. Dort stiegen die Schülerzahlen sehr deutlich um 4 400 auf 67 913 an. Da jedoch auch die Klassenzahl von 1 917 auf 2 043 angehoben wurde und fast 200 hauptberufliche Lehrer mehr eingesetzt wurden, verschlechterte sich die Situation an den Realschulen weder im Hinblick auf die durchschnittliche Klassengröße noch auf die Schüler-Lehrer-Relation.

An den Gymnasien werden mit 119 438 Schülern zur Zeit 1 550 Schüler mehr unterrichtet als vor einem Jahr. Dabei nahmen in der Sekundarstufe I dieser Schulart die Schülerzahlen zu, in der Oberstufe dagegen war wegen der noch aufrückenden schwachen Jahrgänge ein Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen. In den 3 950 Klassen der Gymnasien werden zur Zeit durchschnittlich 30,2 Schüler unterrichtet. Für sie stehen 5 806 hauptberufliche Lehrer zur Verfügung.

Im allgemeinbildenden Bereich werden darüber hinaus an den beiden Integrierten Gesamtschulen des Landes in 71 Klassen 2 100 Schüler unterrichtet. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 1

Tuberkuloseerkrankungen auf ein Fünftel reduziert

Obwohl die Tuberkulose im Verlaufe der letzten 20 Jahre eine enorme Rückentwicklung erfahren hat, ist sie unter den meldepflichtigen Infektionskrankheiten immer noch eine der am weitesten verbreiteten. Im Jahre 1950 lebten in Rheinland-Pfalz rund 30 000 durch die Fürsorgestellen registrierte Personen mit einer aktiven Tuberkulose. 1976 waren es nur noch 5 940. Die auf 100 000 der Bevölkerung bezogene Morbiditätsziffer verminderte sich in diesem Zeitraum von 985 auf 163. Dies bedeutet ein Rückgang der Erkrankenzahl um 80, der Morbidität um 83%. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 10

Mainzer Studienstufe: Kurskombinationen mit Gemeinschaftskunde am beliebtesten

Die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe ermöglicht den Schülern der Mainzer Studienstufe, der Sekundarstufe II der rheinland-pfälzischen Gymnasien, in der Jahrgangsstufe 11 die Wahl einer Kombination von Leistungs- und Grundfächern, die bis zum Abschluß beibehalten wird.

Im Schuljahr 1976/77 entschieden sich mehr als die Hälfte (55,1%) aller Schüler für nur vier der vorgegebenen 16 Kurskombinationen. Die Konzentration auf nur wenige Fächerkombinationen hat sich in den vergangenen vier Jahren etwas verstärkt; gleichzeitig verschoben sich die Präferenzen der Schüler für einzelne Kombinationen. Doch in allen vier Jahren war die Kurskombination mit den Leistungsfächern Deutsch - Gemeinschaftskunde - Fremdsprache am häufigsten gewählt worden, wenn auch seit 1974/75 mit leicht rückläufiger Tendenz.

Generell zeigte sich, daß Fächergruppenkombinationen mit Gemeinschaftskunde als Leistungsfach am beliebtesten sind. Solche Kurskombinationen wurden 1976/77 von mehr als drei Viertel aller Schüler gewählt (1973/74: 63,8%). Für Kurskombinationen mit einer Naturwissenschaft oder einer Fremdsprache als Leistungsfach entschieden sich ebenfalls jeweils mehr als die Hälfte aller Schüler der Jahrgangsstufe 11. Relativ selten dagegen belegten die Schüler Fächergruppen, in denen Mathematik oder Deutsch Leistungsfach waren. So hatten 1976/77 nur jeweils knapp ein Drittel der Schüler solche Kombinationen gewählt. 1973/74 hatten sich noch 46,8% der Schüler für Deutsch, 42,7% für Mathematik als Leistungsfach entschieden. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 7

Rund 106 000 Sozialhilfeempfänger 1976

Während des Jahres 1976 wurden in Rheinland-Pfalz an rund 105 600 Personen Leistungen aus Ansprüchen nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt. Damit trafen auf 1 000 Einwohner 29 Hilfeempfänger. In ihrer Gesamtheit lagen diese um mehr als 2 000 (+ 2,0%) höher als im Jahr zuvor. Der Anteil der Frauen (66 000) übertraf den der Männer (40 000) bei weitem.

Hilfe zum Lebensunterhalt, welche zu gewähren ist, wenn der notwendige Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen und Vermögen nicht beschafft werden kann, empfingen rund 64 000 Personen, das ist nahezu ein Zehntel mehr als im Jahre 1975. Die Zunahme bei dieser Hilfeart dürfte weitgehend als Folge der ungünstigen Beschäftigungssituation und der damit sich ergebenden Verminderung von Einkommen zu sehen sein. Dies gilt insbesondere für den hier hohen Frauenanteil (62%), auf welchen die überdurchschnittliche Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit von starkem Einfluß war. Unterstützungen als Hilfe in besonderen Lebenslagen - neben der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt die zweite gesetzlich definierte Leistungsform - kamen 56 200 Personen zugute. Das sind 3,7% Empfänger weniger als im Vorjahr.

Die Gesamtzahl der in Anstalten befindlichen Sozialhilfebezieher belief sich auf 25 000. Sie stellen damit ein Viertel aller nach dem Bundessozialhilfegesetz anspruchsberechtigten Leistungsempfänger. Von diesen erhielten rund 3 000 Personen (12%) Hilfe zum Lebensunterhalt in Form normaler Anstalts- und Heimhilfe, die Unterkunft und Verpflegung, nicht aber persönliche Hilfen und Dienstleistungen umfaßt. zi

kurz + aktuell

Im 1. Halbjahr 1977 erstmalig wieder Wanderungsgewinne

Am 30. Juni 1977 hatte Rheinland-Pfalz eine Wohnbevölkerung von 3 645 212 Personen, von denen 1 738 912 oder 47,7% Männer waren. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs nahm damit die Bevölkerung um 11 069 Menschen (= — 0,3%) ab. Im Gegensatz dazu stieg die Zahl der Ausländer seit Mitte des Jahres 1976 um 737 Personen bzw. 0,5% auf 139 075 am 30. Juni 1977. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung blieb unverändert bei 3,8%.

Weiterhin rückläufig war die Zahl der Eheschließungen. Sie lag mit 11 131 im ersten Halbjahr 1977 um 3,3% unter der Zahl des gleichen Vorjahreszeitraums. Ein anderes Bild ergibt die Betrachtung der Eheschließungen, bei denen mindestens ein Partner Ausländer war. Hier wurde in der ersten Jahreshälfte 1977 mit 866 Eheschließungen ein Wert festgestellt, der um 4,8% über dem Vergleichswert des Vorjahrs lag.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung des Berichtszeitraums ergab mit 16 767 Lebendgeborenen und 21 131 Gestorbenen einen Gestorbenenüberschuß von 4 364 Personen. Daß diese Bilanz trotz der im Vergleich zum ersten Halbjahr 1976 um 3,6% niedrigeren Geborenenzahl günstiger ausfiel, ist auf die 1977 um 9,3% unter dem Vorjahreswert liegende Zahl der Gestorbenen zurückzuführen. Noch weit deutlicher fiel der Rückgang der Säuglingssterblichkeit aus. Während in der ersten Jahreshälfte 1976 noch 347 Kinder vor Vollendung ihres ersten Lebensjahrs starben, war es im Berichtszeitraum mit 263 gestorbenen Säuglingen fast ein Viertel weniger. Auf 1 000 Lebendgeborene bezogen, starben zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni 1977 nur noch 15,7 Kinder im ersten Lebensjahr; der Wert für das gesamte Jahr 1976 betrug 19,2.

Bei den Zuzügen nach Rheinland-Pfalz war im ersten Halbjahr 1977 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1976 eine Steigerung um 2,8% auf 40 635 festzustellen. Da gleichzeitig die Fortzüge um 6,0% auf 40 525 zurückgingen, ergab sich ein positiver Wanderungssaldo von 110 Personen. In der ersten Jahreshälfte 1976 hatten die Fortzüge die Zuzüge noch um 3 588 Personen überstiegen. Gliedert man die Wanderungen nach Ziel- bzw. Herkunftsgebieten, dann zeigen sich im Berichtszeitraum klare Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die Zuzüge aus dem Ausland stiegen um 5,2% auf 9 600, die Fortzüge nahmen um 18,9% deutlich ab, so daß sich mit den Gebieten außerhalb der Bundesrepublik 1977 eine positive Wanderungsbilanz von 794 Personen ergab. Im ersten Halbjahr 1976 mußte hier noch ein Wanderungsverlust von 1 729 Menschen hingenommen werden. Auch das Wanderungsgeschehen mit anderen Bundesländern entwickelte sich in der ersten Jahreshälfte 1977 günstiger als ein Jahr zuvor. Damit verringerten die um 2,0% gestiegenen Zuzüge und die 1,7% niedrigeren Fortzüge den Wanderungsverlust von 1 859 auf 684 Personen. ko

Maschinenbau und Datenverarbeitung mit ansehnlicher Produktionssteigerung in den ersten elf Monaten 1977

Im November 1977 nahm die Produktionsleistung der rheinland-pfälzischen Industrie gegenüber dem Vormonat um 2,8% zu. Auch im Vergleich zum November 1976 konnte eine leichte Steigerung von + 0,6% festgestellt werden. Von Januar bis November 1977 wurde, auf den entsprechenden Vorjahreszeitraum bezogen, eine stagnierende Produktion (— 0,2%) ermittelt; 1976 war noch eine über 10%ige Expansion erzielt worden.

Unter den bedeutendsten Industriezweigen hatten in den ersten elf Monaten 1977 die Industrien der Steine und Erden (— 4,8%) sowie die Schuhherstellung (— 4,6%) spürbare Produktionseinbußen zu verzeichnen. Auch der wichtigste Industriezweig, die chemische Industrie, mußte einen Rückgang um 1,2% hinnehmen, wobei allerdings in den beiden letzten Monaten wieder eine merkliche Belebung zu registrieren war. Eine sehr ausgeprägte Steigerung der Produktion von + 12,0% erzielte von Januar bis November 1977 der Maschinenbau einschl. Datenverarbeitung. Hier ist indessen zu berücksichtigen, daß dieser Sektor im Vorjahr nur ein unterdurchschnittliches Wachstum verzeichneten konnte. pe

Zunahme der Zahl der Steuerpflichtigen erheblich abgeschwächt

Im Rahmen der Lohnsteuerstatistik 1974 sind in Rheinland-Pfalz insgesamt 1,22 Mill. Steuerpflichtige oder 1,44 Mill. Lohnsteuerfälle gezählt worden. Das sind 3,4% Steuerpflichtige bzw. 5% Steuerfälle mehr als drei Jahre zuvor. Zwischen 1968 und 1971 hatten sich diese Zahlen um 13,4% bzw. + 16,4% erhöht. Die Lohnsteuerpflichtigen verdienten im Jahre 1974 einen Bruttolohn von insgesamt 26,2 Mrd. DM, wobei die Erhöhung gegenüber 1971 mehr als vier Zehntel ausmachte. Die Lohnsteuer ist, nach Berücksichtigung der im Lohnsteuer-Jahresausgleich erstatteten Beträge, auf 3,7 Mrd. DM angestiegen. Bedingt durch das Aufrücken der Lohnsteuerpflichtigen in höhere Bruttolohngruppen war die Zuwachsrate der Lohnsteuer mit + 77% annähernd doppelt so hoch wie die des Bruttolohnes. Die durchschnittliche steuerliche Belastung, das ist der Anteil der Lohnsteuer am Bruttolohn, belief sich auf 14,0%; 1971 waren es 11,1% und 1968 nur 8,1% gewesen. Von den Steuerentlastungsmöglichkeiten durch das Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren und den Lohnsteuer-Jahresausgleich haben im Jahre 1974 rund 844 000 oder gut 69% aller Lohnsteuerpflichtigen Gebrauch gemacht. Der Gesamtbetrag an zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen belief sich dabei auf 2,1 Mrd. DM. Im Schnitt wurde vom Finanzamt gut ein Fünftel der Lohnsteuer zurückgestattet. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 19

Jahresverdienste der Angestellten etwas stärker gestiegen als die der Arbeiter

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst aller Arbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie einschließlich Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie Hoch- und Tiefbau, welcher im Jahre 1974 rund 21 500 DM erreicht hatte, stieg 1975 um 4,3% auf 22 400 DM und 1976 um 8,5% auf 24 300 DM. Die insgesamt geringeren Lohnsteigerungen im Jahre 1975 dürften vorwiegend die Folge der relativ niedrigen Tarifabschlüsse und der durch die ungünstige Konjunktur bedingten Kurzarbeit in verschiedenen Wirtschaftszweigen gewesen sein.

Im Durchschnitt aller Bereiche stiegen die Angestellten- und Betriebe des produzierenden Gewerbes belieben sich die arbeiterverdienste; erstere erhöhten sich 1975 um 5,3% und 1976 um 8,9%, letztere um 4,3 bzw. 8,5%. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 13

Absender:

Bitte
mit 40 Pf
freimachen

Bestellkarte

An das
Statistische Landesamt
Rheinland - Pfalz
– Vertrieb –

Mainzer Straße 15 / 16

5427 BAD EMS

Bestellen Sie jetzt die neue Einbanddecke 1977

Wollen Sie den 30. Jahrgang der Statistischen Monatshefte 1977 binden lassen, so liefern wir Ihnen hierzu auf Wunsch die passende Einbanddecke.

Senden Sie uns diese Bestellkarte mit Ihrer Adresse zu.

Hiermit bestelle ich zum Stückpreis von DM 5,-- zuzüglich den Versandkosten:

..... Stück Einbanddecken
(einmalige Bestellung)
..... Stück Einbanddecken im Abonnement
bis auf Widerruf.

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1977/78

Stark sinkende Schülerzahlen an den Grund- und Hauptschulen führten in diesem Schuljahr zu einer weiteren Verbesserung der Situation an diesen Schulen. Dies zeigen die vorläufigen Ergebnisse der statistischen Erhebungen, die zum 1. Oktober 1977 an den Schulen von Rheinland-Pfalz durchgeführt wurden.

14 800 Grundschüler weniger

Die Zahl der Schüler an den Grund- und Hauptschulen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 20 900 und liegt nunmehr bei nur noch 383 692 (1971/72: 431 322). Damit besuchen im laufenden Schuljahr etwa ebenso viele Schüler die Grund- und Hauptschulen wie zu Beginn der 60er Jahre die Volksschulen. Den stärksten Rückgang hatten dabei die unteren Klassenstufen zu verzeichnen, in denen sich der starke Geburtenrückgang bereits seit mehreren Jahren auswirkt. So sind im laufenden Schuljahr im Primarbereich, den Klassenstufen 1 bis 4, rund 14 800 Schüler weniger zu unterrichten als im Vorjahr. Allein die Zahl der ABC-Schützen in der 1. Klassenstufe ging gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr um 5 300 zurück. Im Hauptschulbereich war der Rückgang der Schülerzahl nicht ganz so gravierend. Doch sank sie auch hier immerhin um 6 100, nachdem sie im Vorjahr noch angestiegen war. Die Hauptschulen sind allerdings die einzigen Schulen des Sekundarbereichs I, die rückläufige Schülerzahlen meldeten. An den Realschulen und Gymnasien ist in den Klassenstufen 5 bis 10 noch ein Anstieg der Schülerzahlen festzustellen.

Mit den Schülerzahlen ging auch die Zahl der Klassen im Grund- und Hauptschulbereich zurück,

allerdings so minimal, daß sich dennoch die durchschnittliche Klassengröße auf 29,9 Schüler je Klasse verbesserte. Zu Beginn der 60er Jahre waren bei gleicher Schülerzahl in diesem Schulbereich noch 10 Kinder mehr in einer Klasse unterrichtet worden. Die Klassenfrequenz ist für die beiden Schulstufen des Grund- und Hauptschulbereichs unterschiedlich. An den Grundschulen sind im Schnitt 28,3 Schüler in einer Klasse zusammengefaßt (1976/77: 29,2), an den Hauptschulen 32,0 (1976/77: 33,1).

Positive Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation

Ebenso wie die Klassenfrequenzen hat sich an den Grund- und Hauptschulen auch die Schüler-Lehrer-Relation stark verbessert. Werden die nebenamtlich und nebenberuflich erteilten Wochenstunden, die Mehrarbeitsstunden und die Wochenstunden der teilzeitbeschäftigen Lehrer auf Vollzeitbeschäftigte umgerechnet, erhält man Lehrerfallzahlen. Diese Lehrerfallzahlen werden die Schülerzahlen gegenübergestellt. Dabei ergibt sich für die Grund- und Hauptschulen eine Verbesserung der Relation von 23,5 Schülern je Lehrer im Schuljahr 1977/78 gegenüber 24,5 im vorangegangenen Schuljahr. Die positive Entwicklung war dabei im Hauptschulbereich noch deutlicher als bei den Grundschulen. An den Hauptschulen sank die Schüler-Lehrer-Relation seit dem Vorjahr von 21,8 auf 20,6, an den Grundschulen aber von 27,3 auf 26,4.

Eine weitere Verbesserung der Situation an den Grund- und Hauptschulen brachte die Überführung der noch bestehenden Volksschulen in Grund- und Hauptschulen, wie sie im Landesgesetz über die Schulen von Rheinland-Pfalz vom 6. November 1974 vorgesehen ist. Die Zahl der noch bestehenden

Schüler an Grund- und Hauptschulen nach Klassenstufen 1969 - 1977

Schuljahr	Ins-gesamt	Klassenstufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1970/71	426 712	70 464	67 920	66 184	47 956	32 085	37 456	38 727	35 014	30 753	153
1971/72	431 322	69 186	67 667	66 192	65 907	30 056	29 121	36 477	35 865	30 393	458
1972/73	423 682	66 868	66 037	66 103	65 720	37 145	28 187	28 382	33 575	31 071	594
1973/74	416 587	64 019	63 502	64 821	65 415	37 530	37 649	27 912	25 713	29 243	783
1974/75	410 080	62 098	60 881	61 906	64 414	37 153	38 094	37 067	25 213	22 247	1 007
1975/76	409 696	57 484	59 263	60 073	61 084	36 732	37 864	37 680	35 192	23 264	1 060
1976/77	404 584	53 147	55 339	57 912	59 542	33 234	37 303	37 153	36 248	33 503	1 203
1977/78P	383 692	47 861	51 400	54 334	57 523	31 900	33 801	36 075	35 352	33 840	1 606

Volksschulen beläuft sich zur Zeit auf 62. Sie machen nur noch 5% aller Schulen des Grund- und Hauptschulbereichs aus, an denen nur noch 4,8% der Schüler unterrichtet werden. Sobald es organisatorisch möglich ist, werden diese letzten noch bestehenden Volksschulen in Grund- und Hauptschulen übergeführt oder aufgelöst. Dann werden nur noch Grundschulen mit den Klassenstufen 1 bis 4 und Hauptschulen mit den Klassenstufen 5 bis 9 bzw. 10 bestehen sowie organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen, die aus räumlich zusammenhängenden oder benachbarten Schulen gebildet werden. Im laufenden Schuljahr sind neben den 62 Volksschulen 840 Grundschulen, 209 Hauptschulen und 101 organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen eingerichtet.

400 Schüler mehr in der 10. Klassenstufe

Im Schuljahr 1977/78 machten rund 400 Schüler mehr als im Vorjahr von der Möglichkeit Gebrauch, durch den Besuch eines freiwilligen 10. Schuljahres eine dem Realschulabschluß gleichwertige Qualifikation zu erwerben oder einen zuvor nicht erreichten Hauptschulabschluß nachzuholen. 1 606 Haupt Schüler werden zur Zeit in 78 Klassen des freiwilligen 10. Schuljahrs unterrichtet. Diese Einrichtung, die vor allem Schülern aus Gebieten mit weniger gut entwickelter Schulstruktur eine Chance geben soll, wird damit von jedem 21. Schüler der 9. Klassenstufe des Vorjahres in Anspruch genommen.

Einigen Grundschulen sind Schulkinder gärten angeschlossen, an denen schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder auf den Grundschulbesuch vorbereitet werden. Im laufenden Schuljahr werden an 73 solchen Einrichtungen 881 Kinder betreut, fast 50 Kinder mehr als im Vorjahr. Es wurden 5 Schulkinder gärten mehr eingerichtet als im Vorjahr. 74 hauptamtliche Lehrer und Erzieher sorgen für die Betreuung der Kinder. Neben den Schulkinder gärten bestehen in Rheinland-Pfalz noch Vorschulklassen, die als Versuchsreihe eingerichtet sind. Im Gegensatz zu den Schulkinder gärten ging die Zahl dieser ebenfalls Grundschulen angeschlossenen Einrichtungen gegenüber dem Vorjahr um 5 auf 13 zurück, an denen 595 Kinder (1976/77: 895), die noch nicht schulpflichtig, aber schon schulreif sind, unterwiesen werden. 21 hauptamtliche Lehrer und Erzieher unterrichten die Kinder.

Stagnierende Schülerzahlen an Sonderschulen

Vorschulische Einrichtungen wurden auch für den Sonderschulbereich geschaffen. An 4 Sonderschul kindergärten werden im laufenden Schuljahr 55 Kinder betreut, das sind doppelt so viele wie vor einem Jahr. 43 Kinder besuchen außerdem die 2 Sonder vorschulen des Landes. Diese vorschulischen Einrichtungen sind jeweils an Sonderschulen ange schlossen.

An den Sonderschulen, deren Schülerzahlen in den vergangenen Jahren stark stiegen, werden im laufenden Schuljahr erstmals etwas weniger Schüler unterrichtet, insgesamt sind es 19 746 Schüler (1976/77: 19 783). Da an den Sonderschulen gleichzeitig mehr Lehrer eingesetzt wurden, konnte das Verhältnis Lehrerfall je Schüler deutlich verbessert werden. Die Schüler-Lehrer-Relation liegt nun bei 13,1 (1976/77: 13,7). Dagegen änderte sich nichts an der durchschnittlichen Klassenstärke. Sie blieb mit 13,6 Schülern je Klasse konstant.

Den größten Teil der Sonderschulen machen die Schulen für Lernbehinderte aus. An 96 der 158 Sonderschulen werden Lernbehinderte unterrichtet. Das sind Schüler, deren intelligenzmäßige Voraussetzungen für den Lernprozeß so stark beeinträchtigt sind, daß sie an Grund- und Hauptschulen nicht ausreichend gefördert werden können. Fast drei Viertel aller Schüler an Sonderschulen sind lernbehindert. Sie werden von 1 082 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrern und pädagogischen und technischen Fachkräften betreut. Im Schnitt werden an den Schulen für Lernbehinderte 17,9 Schüler in einer Gruppe betreut.

Wesentlich kleiner sind die Gruppen an den Schulen für Geistigbehinderte, die eine intensivere Betreuung benötigen. An den 41 Schulen für Geistigbehinderte sind durchschnittlich 7,9 Kinder zu einer Gruppe zusammengefaßt. 14,9% aller Sonder schüler werden an diesen Schulen unterwiesen. 122 voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte und 470 pädagogische und technische Fachkräfte sind zu ihrer Betreuung eingesetzt.

24 Lehrer für ambulante Förderung eingesetzt

Für Körperbehinderte sind in Rheinland-Pfalz 8 Schulen eingerichtet. Rund 950 Schüler werden dort von 273 Lehrern (einschließlich 166 pädagogischer und technischer Fachkräfte) in sehr kleinen

Schüler nach Schulstufen 1969 - 1977

Schuljahr	Ins-gesamt	Primar-stufe (Klassen-stufe 1 - 4)	Sekundarstufe I (Klassenstufe 5 - 10)					Sekundarstufe II (Klassenstufe 11 - 13)			Sonner-schulen
			zu-sammen	Haupt-schulen	Real-schulen	Gym-nasien	Inte-grierte Gesamt-schulen	zu-sammen	Gym-nasien	Inte-grierte Gesamt-schulen	
1970/71	567 153	252 524	281 720	174 188	37 056	70 476	-	20 284	20 284	-	12 625
1971/72	579 176	268 952	274 828	162 370	39 937	72 521	-	21 575	21 575	-	13 821
1972/73	588 565	264 728	286 481	158 954	47 072	80 455	-	22 277	22 277	-	15 079
1973/74	593 978	257 757	295 070	158 830	51 862	84 115	263	24 519	24 405	114	16 632
1974/75	596 810	249 299	302 869	160 781	55 936	85 630	522	26 841	26 636	205	17 801
1975/76	605 609	237 904	319 868	171 792	59 929	87 132	1 015	29 157	28 815	342	18 680
1976/77	607 524	225 940	333 245	178 644	63 556	89 637	1 408	28 556	28 251	305	19 783
1977/78	592 889	211 118	334 594	172 574	67 913	92 284	1 823	27 431	27 154	277	19 746

Schulart	Hauptamtliche/hauptberufliche Lehrer								An den berichtenden Schulen erteilte Mehrarbeitsstunden	Nebenamtliche/nebenberufliche Lehrer, Lehramtsanwärter, sonstige Lehrer		
	Vollzeitbeschäftigt		Teilzeitbeschäftigt		Lehrer mit Dienstvertrag		Pädagogische und technische Fachkräfte					
	Lehrer	Erteilte Wochenstunden	Lehrer	Erteilte Wochenstunden	Lehrer	Erteilte Wochenstunden	Lehrer	Erteilte Wochenstunden				
Grund- und Hauptschulen	14 458	374 379	1 227	20 519	-	-	-	-	107	3 890	28 491	
Sonderschulen ¹⁾	1 355	32 314	55	929	102	1 326	702	24 359	199	239	1 384	
Realschulen	2 368	57 219	265	3 896	209	2 668	-	-	232	597	4 055	
Gymnasien	5 060	107 463	559	7 710	187	2 137	-	-	2 779	1 756	11 929	
Integrierte Gesamtschulen	118	2 388	8	90	8	91	-	-	-	19	199	

1) Einschl. Ambulatorien.

Gruppen mit im Schnitt nicht mehr als 8 Schülern unterrichtet.

11 Kinder gehören dagegen durchschnittlich zu einer Klasse der 4 Schulen für Verhaltensbehinderte. Das sind solche Schüler, bei denen eine länger dauernde und so schwerwiegende Erziehungs schwierigkeit vorliegt, daß sie nicht an einer anderen allgemeinbildenden Schule gefördert werden können.

Neben diesen Schulen bestehen in Rheinland Pfalz noch 3 Schulen für Gehörlose und Hör geschädigte mit 579 Kindern, 5 Schulen für Sprach behinderte mit 148 Schülern sowie eine Schule für Blinde und Sehbehinderte mit 151 Schülern.

Zur Förderung behinderter Kinder wurde außerdem in den zurückliegenden Jahren in zunehmendem Maße die Möglichkeit der Betreuung in Ambulatorien geschaffen. In Sprachheilambulatorien werden sprachgestörte Kinder, die eine andere Schule des allgemeinbildenden Schulwesens besuchen, stundenweise sprachheilpädagogisch betreut. Außerdem gibt es auch Ambulatorien für verhaltens gestörte Kinder, die andere Schulen des allgemein bildenden Bereichs besuchen. Im laufenden Schuljahr sorgen allein 22 überwiegend an solchen Ambulatorien eingesetzte hauptamtliche Lehrer für die ambulante Förderung sprach- und verhaltens gestörter Kinder.

Steigender Trend zur Realschule hält an

Während an den Hauptschulen die Schülerzahlen rückläufig sind, steigen sie an anderen Schulen

des Sekundarbereichs I noch weiter an, vor allem an Realschulen. An dieser Schulart werden im laufenden Schuljahr 4 400 Schüler mehr unterrichtet als noch vor einem Jahr, insgesamt sind es 67 913 Schüler. Dieser enorme Anstieg ist auf einen sich offensichtlich verstärkenden Trend zur längeren Schulverweildauer zurückzuführen und vor allem darauf, daß immer mehr Schüler einen höheren Schulabschluß anstreben, um damit ihre Berufsaussichten zu verbessern.

Betrachtet man den jeweiligen Anteil der Realschüler, Gymnasiasten und Hauptschüler an der Gesamtzahl dieser Schüler etwa in der 5. Klassenstufe, so zeigt sich hier vor allem, daß der sich verstärkende Trend zum Übergang auf Realschulen anhält, während er beim Zugang zu den Gymnasien wesentlich schwächer verläuft und an den Hauptschulen nach wie vor rückläufig ist. Allerdings sind die Daten über den relativen Schulbesuch in der 5. Klassenstufe nur bedingt aussagefähig. Denn für die Ermittlung der Relationen wurden die Schüler der schulartübergreifenden Orientierungstufe je nach dem Typ der Orientierungsstufe fiktiv auf die einzelnen beteiligten Schularten umgerechnet.

Ein genaueres Bild gibt hier die Betrachtung der Klassenstufen 7 und 8. Auch an diesen Klassenstufen zeichnet sich ein verstärkter Trend zur Realschule ab, der vor allem auf Kosten der Gymnasien geht. So sind beispielsweise im laufenden Schuljahr 19% aller Schüler der 8. Klassenstufe an allgemein bildenden Schulen (ohne Sonderschulen) Realschüler. Im Schuljahr 1973/74 hatte dieser Anteil noch

Allgemeinbildende Schulen 1970 - 1977

Schuljahr	Grund- und Hauptschulen			Sonderschulen			Realschulen			Gymnasien		
	Schulen	Klassen	Schüler	Schulen	Klassen	Schüler	Schulen	Klassen	Schüler	Schulen	Klassen	Schüler
1970/71	2 019	12 321	426 712	134	815	12 625	84	1 132	37 056	128	3 018	90 760
1971/72	1 788	12 793	431 322	138	928	13 821	88	1 245	39 937	130	3 131	94 096
1972/73	1 558	12 972	423 682	156	1 066	15 079	97	1 437	47 072	131	3 388	102 732
1973/74	1 377	13 030	416 587	165	1 193	16 632	97	1 577	51 862	134	3 606	108 520
1974/75	1 312	13 187	410 080	165	1 300	17 801	98	1 685	55 936	135	3 804	112 266
1975/76	1 268	13 211	409 696	163	1 383	18 680	100	1 817	59 929	135	3 989	115 947
1976/77	1 238	13 138	404 584	161	1 450	19 783	102	1 917	63 556	136	3 936	117 888
1977/78	1 212	12 849	383 692	158	1 453	19 746	105	2 043	67 913	136	3 949	119 438

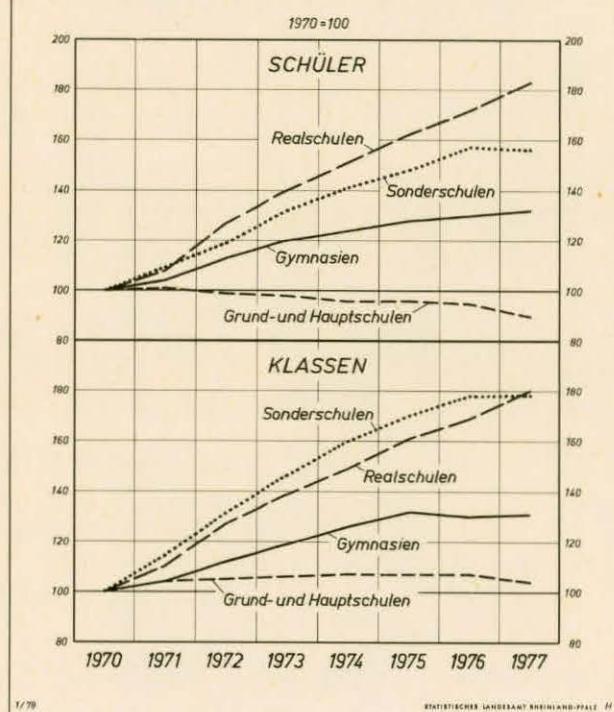
Verwaltungsbezirk	Grund- und Hauptschulen 1977/78 ^P					Sonderschulen 1977/78				
	Schulen	Klassen 1)	Schüler 1)	Schüler je Klasse	Haupt- berufliche Lehrer	Schulen	Klassen	Schüler	Schüler je Klasse	Haupt- berufliche Lehrer P
Kreisfreie Stadt Koblenz	32	342	10 192	29,8	416	3	39	595	15,3	62
Landkreise										
Ahrweiler	36	373	11 216	30,1	457	5	37	585	15,8	55
Altenkirchen (Ww.)	40	436	13 617	31,2	531	4	26	398	15,3	32
Bad Kreuznach	45	512	15 771	30,8	629	8	81	1 048	12,9	120
Bad Kreuznach, St	7	124	3 992	32,2	150	3	47	584	12,4	83
Birkenfeld	28	334	9 302	27,9	410	4	28	377	13,5	39
Idar-Oberstein, St	12	147	4 161	28,3	178	2	21	270	12,9	31
Cochem-Zell	33	261	7 882	30,2	314	4	40	421	10,5	42
Mayen-Koblenz	74	688	20 205	29,3	828	9	82	1 135	13,8	108
Andernach, St	8	76	2 340	30,8	89	2	16	210	13,1	21
Mayen, St	6	78	2 464	31,6	99	3	26	344	13,2	37
Neuwied	47	510	15 750	30,9	624	10	133	1 392	10,5	239
Neuwied, St	16	210	6 592	31,4	268	7	114	965	8,5	214
Rhein-Hunsrück-Kreis	31	303	9 390	31,0	392	3	30	480	16,0	37
Rhein-Lahn-Kreis	33	377	11 796	31,3	439	6	53	751	14,2	72
Lahnstein, St	4	57	1 790	31,4	71	1	9	147	16,3	12
Westerwaldkreis	65	623	18 733	30,1	773	6	34	534	15,7	48
RB Koblenz	464	4 759	143 854	30,2	5 813	62	583	7 716	13,2	854
Kreisfreie Stadt Trier	31	335	9 626	28,7	415	5	71	726	10,2	110
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	52	415	12 467	30,0	507	6	47	535	11,4	83
Bitburg-Prüm	48	398	11 447	28,8	515	5	43	528	12,3	69
Daun	23	248	7 201	29,0	307	3	20	253	12,7	32
Trier-Saarburg	57	480	13 694	28,5	584	8	45	584	13,0	73
RB Trier	211	1 876	54 435	29,0	2 328	27	226	2 626	11,6	367
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	11	147	4 420	30,1	188	3	50	492	9,8	73
Kaiserslautern	24	313	9 455	30,2	391	3	42	599	14,3	66
Landau i. d. Pfalz	12	120	3 586	29,9	149	3	29	396	13,7	54
Ludwigshafen a. Rhein	31	480	15 027	31,3	594	6	80	1 329	16,6	107
Mainz	32	469	14 002	29,9	618	5	55	753	13,7	97
Neustadt a. d. Weinstr.	14	162	4 670	28,8	206	2	15	219	14,6	23
Pirmasens	14	176	5 452	30,9	220	2	30	439	14,6	42
Speyer	8	136	4 148	30,5	169	2	23	313	13,6	32
Worms	18	248	7 432	30,0	313	4	26	415	16,0	37
Zweibrücken	12	123	3 684	30,0	150	2	16	259	16,2	24
Landkreise										
Alzey-Worms	34	357	10 746	30,1	436	3	25	407	16,3	40
Bad Dürkheim	36	395	11 475	29,1	480	6	29	447	15,4	40
Donnersbergkreis	28	258	7 711	29,9	313	4	25	385	15,4	42
Germersheim	36	402	12 072	30,0	471	3	26	431	16,6	36
Kaiserslautern	38	362	10 428	28,8	441	3	35	479	13,7	70
Kusel	31	309	9 124	29,5	353	3	24	371	15,5	32
Südliche Weinstraße	33	357	10 373	29,1	443	5	40	510	12,8	57
Ludwigshafen	34	412	12 057	29,3	509	2	23	309	13,4	48
Mainz-Bingen	53	544	16 287	29,9	646	6	40	636	15,9	59
Bingen, St	9	94	2 858	30,4	115	1	7	141	20,1	9
Ingelheim am Rhein, St	5	61	1 893	31,0	86	1	8	152	19,0	9
Pirmasens	38	381	11 284	29,6	454	2	11	215	19,6	14
RB Rheinhessen-Pfalz	537	6 151	183 433	29,8	7 544	69	644	9 404	14,6	993
Rheinland-Pfalz	1 212	12 786	381 722	29,9	15 685	158	1 453	19 746	13,6	2 214
Kreisfreie Städte	239	3 051	91 694	30,1	3 829	40	476	6 535	13,7	727
Landkreise	973	9 735	290 028	29,8	11 856	118	977	13 211	13,5	1 487

1) Außerdem werden an 183 Klassen der schulartübergreifenden Orientierungsstufe 6 425 Schüler unterrichtet.

Verwaltungsbezirken im Oktober 1977

Realschulen 1977/78					Gymnasien 1977/78 ^P					Verwaltungsbezirk
Schulen	Klassen 1)	Schüler 1)	Schüler je Klasse	Haupt-berufliche Lehrer P	Schulen	Klassen 1)	Schüler 1)	Schüler je Klasse	Haupt-berufliche Lehrer	
3	66	2 265	34,3	92	7	231	7 198	31,2	337	Kreisfreie Stadt Koblenz
4	54	1 714	31,7	79	6	123	3 492	28,4	182	Landkreise Ahrweiler
4	54	1 762	32,6	90	3	79	2 309	29,2	167	Altenkirchen (Ww.)
4	61	2 033	33,3	84	7	163	4 765	29,2	254	Bad Kreuznach
1	31	1 095	35,3	43	3	83	2 506	30,2	128	Bad Kreuznach, St
2	44	1 518	34,5	59	3	90	2 593	28,8	133	Birkenfeld
1	32	1 178	36,8	42	2	56	1 598	28,5	88	Idar-Oberstein, St
2	32	1 016	31,8	47	1	16	4 466	29,1	31	Cochem-Zell
3	78	2 638	33,8	110	6	176	5 256	29,9	246	Mayen-Koblenz
1	32	1 086	33,9	46	2	55	1 696	30,8	88	Andernach, St
1	30	1 028	34,3	41	1	52	1 602	30,8	71	Mayen, St
5	98	3 246	33,1	138	5	149	4 687	31,5	200	Neuwied
1	20	664	33,2	29	2	85	2 731	32,1	111	Neuwied, St
5	59	1 950	33,1	96	3	71	1 957	27,6	98	Rhein-Hunsrück-Kreis
5	71	2 156	30,4	117	5	124	3 647	29,4	197	Rhein-Lahn-Kreis
1	12	401	33,4	26	2	53	1 588	30,0	89	Lahnstein, St
6	97	3 175	32,7	165	5	114	3 163	27,8	187	Westerwaldkreis
43	714	23 473	32,9	1 077	51	1 336	39 533	29,6	2 032	RB Koblenz
4	57	2 021	35,5	81	7	221	6 646	30,1	334	Kreisfreie Stadt Trier
5	84	2 712	32,3	133	4	90	2 627	29,2	136	Landkreise Bernkastel-Wittlich
5	51	1 754	34,4	111	5	85	2 455	28,9	119	Bitburg-Prüm
2	29	937	32,3	43	3	74	2 129	28,8	111	Daun
4	95	3 264	34,4	126	3	63	1 942	30,8	86	Trier-Saarburg
20	316	10 688	33,8	494	22	533	15 799	29,6	786	RB Trier
1	47	1 678	35,7	64	2	89	2 844	32,0	125	Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz)
2	41	1 349	32,9	54	6	177	5 143	29,1	262	Kaiserslautern
2	28	932	33,3	46	4	103	3 134	30,4	174	Landau i. d. Pfalz
3	91	3 010	33,1	126	5	178	5 624	31,6	271	Ludwigshafen a. Rhein
5	90	2 971	33,0	133	8	312	9 712	31,1	490	Mainz
1	32	1 046	32,7	44	3	112	3 589	32,0	164	Neustadt a. d. Weinstr.
1	25	802	32,1	39	3	102	3 034	29,8	141	Pirmasens
2	32	1 075	33,6	46	6	129	3 820	29,6	196	Speyer
2	47	1 544	32,9	68	3	95	2 799	29,5	137	Worms
1	21	688	32,8	49	3	73	2 163	29,6	114	Zweibrücken
2	45	1 383	30,7	67	3	76	2 234	29,4	111	Landkreise Alzey-Worms
2	35	1 152	32,9	49	2	78	2 489	31,9	115	Bad Dürkheim
2	41	1 380	33,7	55	3	67	1 918	28,6	112	Donnersbergkreis
2	49	1 678	34,2	72	2	70	2 411	34,4	104	Germersheim
2	31	1 051	33,9	45	1	32	942	29,4	48	Kaiserslautern
1	15	466	31,1	32	2	52	1 493	28,7	92	Kusel
4	52	1 632	31,4	86	2	38	1 055	27,8	77	Südliche Weinstraße
2	39	1 336	34,3	58	-	-	-	-	-	Ludwigshafen
3	68	2 283	33,6	101	4	144	4 448	30,9	216	Mainz-Bingen
1	20	706	35,3	30	2	71	2 154	30,3	110	Bingen, St
1	23	762	33,1	35	1	42	1 362	32,4	65	Ingelheim am Rhein, St
2	29	844	29,1	37	1	26	695	26,7	39	Pirmasens
42	862	28 300	33,0	1 271	63	1 953	59 547	30,5	2 988	RB Rheinhessen-Pfalz
105	1 888	62 461	33,1	2 842	136	3 822	114 879	30,1	5 806	Rheinland-Pfalz
27	577	19 381	33,6	842	57	1 822	55 706	30,6	2 745	Kreisfreie Städte
78	1 311	43 080	32,9	2 000	79	2 000	59 173	29,6	3 061	Landkreise

Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen an allgemeinbildenden Schulen 1970 - 1977



fast 3 Prozentpunkte weniger betragen. Damals hatten noch 16,2% aller Schüler des allgemeinbildenden Bereichs Realschulen besucht. Bei den Gymnasien sank dagegen der Anteil gegenüber 1973/74 um 2% auf nunmehr 24,5%. Bei den Hauptschulen war der Trend nicht so stark rückläufig. An dieser Schulart werden im laufenden Schuljahr 56,2% der Schüler der 8. Klassenstufe unterrichtet. Im Schuljahr 1973/74 waren es noch 57,2%. Die Daten für die 5. und 6. Klassenstufe des laufenden Schuljahres scheinen bei aller Unzulänglichkeit der Daten diesen Trend zu bestätigen.

Mit den steigenden Schülerzahlen hielten die Klassenzahlen Schritt, so daß sich die Situation an den Realschulen, gemessen an den Durchschnittswerten, nicht mehr wie in den zurückliegenden Jahren verschlechterte. Wie im Vorjahr wurden in den 2 043 Klassen durchschnittlich 33,2 Schüler unterrichtet. Da auch die Zahl der Lehrer angehoben wurde, verbesserte sich sogar die Relation Schüler je Lehrer, wenn auch nur minimal, von 24,2 auf 24,1.

Der in den vergangenen Jahren verstärkt betriebene Ausbau des Realschulwesens wurde weiterhin fortgesetzt; im laufenden Schuljahr nahmen 3 Realschulen zusätzlich den Betrieb auf. Damit gibt es nun 105 solcher Schulen. Nach wie vor ist die Realschule eine Schulart, die von mehr Mädchen als von Jungen besucht wird. Nachdem der Mädchenanteil in der Vergangenheit zurückgegangen war, stieg er nun auf 54% an.

Weniger Schüler in der Sekundarstufe II der Gymnasien

In den Klassen des Sekundarbereichs I stiegen

auch an den Gymnasien die Schülerzahlen, allerdings nicht so stark wie an den Realschulen. Rund 2 600 Schüler mehr als im Vorjahr, insgesamt 92 284, werden dort zur Zeit unterrichtet. Im Sekundarbereich II dagegen, in den zur Zeit noch etwas schwächere Jahrgänge aufsteigen, sank die Schülerzahl um 1 100 auf 27 154. Insgesamt werden im laufenden Schuljahr 119 438 Schüler an den Gymnasien unterrichtet, wobei das Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen nahezu ausgeglichen ist. In früheren Jahren waren die Gymnasien stets von mehr Jungen als Mädchen besucht worden.

Die Zahl der Klassen an Gymnasien läßt sich nach Einführung der Mainzer Studienstufe im Sekundarbereich II nur noch rechnerisch ermitteln, da in der gymnasialen Oberstufe die Klassen durch Kurse ersetzt wurden, deren Besetzungszahlen je nach Fach unterschiedlich sind. Mit der fiktiven Klassenmeßzahl von 25 wurde für die Gymnasien statistisch eine Klassenzahl von 3 950 ermittelt. Damit hat sich die Zahl der Klassen gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht, so daß sich bei steigenden Schülerzahlen die durchschnittliche Klassenfrequenz nicht verbesserte, die nun bei 30,2 liegt. Dagegen ergab sich eine positive Entwicklung für die Relation Schüler je Lehrer, die sich gegenüber dem Vorjahr von 19,4 auf 19,2 verbesserte.

Mehr Frauen an Kollegs

Noch in Schulversuchen erprobt wird eine weitere Schulart des allgemeinenbildenden Bereichs, die Integrierte Gesamtschule. Das System der Integrierten Gesamtschule sieht vor, daß an die Stelle der Gliederung nach den Schularten Hauptschule, Realschule und Gymnasien ein System von Leistungs- und Neigungskursen tritt, in dem ein Übergang so lange wie möglich gewährleistet sein soll. Als erste dieser Schulen nahm im Schuljahr 1973/74 die Integrierte Gesamtschule in Kaiserslautern den Schulbetrieb mit den Klassenstufen 5 und 11 auf, an der Integrierten Gesamtschule in Kastellaun wurden 1975/76 erstmals Schüler der Klassenstufe 5 unterrichtet. Inzwischen stieg die Gesamtschülerzahl an diesen beiden Schulen auf 2 100 an, die in 71 Klassen eingeteilt sind. 133 hauptamtliche Lehrer sind an diesen Schulen eingesetzt.

Als weitere Schule der Sekundarstufe II vermittelt auch das Kolleg als Einrichtung der Erwachsenenbildung das Abitur. Insgesamt gibt es 3 Kollegs in Rheinland-Pfalz, an denen im laufenden Schuljahr 542 Kollegiaten unterrichten werden. Diese Einrichtung des zweiten Bildungsweges wird allerdings in den letzten Jahren immer weniger genutzt: 1971/72 waren noch rund 300 Schüler mehr gezählt worden. Im laufenden Schuljahr ist bei den Schülerzahlen wieder der Stand von 1969 erreicht. Während die Gesamtschülerzahl sinkt, stieg jedoch die Zahl der weiblichen Kollegiaten an. 1969 waren nur 11,6% aller Schüler an Kollegs weiblichen Geschlechts, bis zum laufenden Schuljahr stieg dieser Anteil auf 45,6% an.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1973-1976

Die Kultusministerkonferenz traf am 7. Juli 1972 eine Vereinbarung über die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II. Entsprechend dieser Vereinbarung wurde auch in Rheinland-Pfalz eine Reform der Oberstufe durchgeführt. Dabei konnte auf den Erfahrungen aufgebaut werden, die während einer Erprobungsphase der Mainzer Studienstufe in den Jahren 1969 bis 1973 gewonnen worden waren. In dieser Erprobungsphase war das System der Mainzer Studienstufe an sieben Pilotgymnasien getestet worden. Danach wurde die Mainzer Studienstufe zunächst auf freiwilliger Basis stufenweise eingeführt. Mit Beginn des Schuljahres 1975/76 gingen die letzten Schulen auf die neue Form der Oberstufe über.

Im System der Mainzer Studienstufe sind die festen Klassenverbände durch Kurse ersetzt. Jeder Schüler wählt in der Klassenstufe 11 seine Fächerkombination, die er zum zweiten Schulhalbjahr noch redivieren kann, dann aber bis zum Abschluß beibehält. Mit diesem System der Folgekurse soll zusammenhängendes Lernen gewährleistet sein. Jeder Schüler muß drei Leistungskurse mit fünf Wochenstunden als persönliche Arbeitsschwerpunkte wählen, daneben aber auch eine Reihe von meist dreistündigen Grundkursen, damit die notwendige Breite der Grundbildung gesichert ist. Dabei ist die Wahl zwischen 16 vorgegebenen Fächerkombinationen möglich. Außerdem kann das Kultusministerium in Einzelfällen noch weitere Kurskombinationen genehmigen. Bei der Festlegung der möglichen Fächerkombinationen wurde als Bedingung festgelegt, daß jeder Schüler seine Fächer aus drei Aufgabenfeldern wählen muß, und zwar dem sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld, dem gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld und dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld. Außerdem ist der Besuch von Religionslehre bzw. Ethikunterricht und von Sport verbindlich.

Um Lösungen über auftauchende pädagogische, organisatorische und administrative Probleme zu

finden, wurde 1970 eine wissenschaftliche Begleitkommission eingesetzt. Diese Projektgruppe erarbeitete neben zahlreichen Berichten und Empfehlungen auch statistische Untersuchungen über die Unterrichtssituation an der Mainzer Studienstufe. Im Schuljahr 1976/77 übernahm dann das Statistische Landesamt die Erfassung und Auswertung. Um Vergleiche im Zeitablauf aufzustellen zu können, wurden den Ergebnissen aus der maschinellen Auswertung 1976/77 die Daten gegenübergestellt, die in den Vorjahren von der wissenschaftlichen Begleitkommission zusammengestellt worden sind.

Veränderte Präferenzen

Mit der Erhebung an der Mainzer Studienstufe wurden im Schuljahr 1976/77 insgesamt 130 Gymnasien mit 24 693 Schülern erfaßt. Von diesen Schülern gehörten 9 223 der Jahrgangsstufe 11 an, 9 392 der Jahrgangsstufe 12 und 6 078 der Jahrgangsstufe 13. Da mit der Fächerwahl in der Jahrgangsstufe 11 und der Umwahl in der zweiten Hälfte dieses Schuljahrgangs die Weichen für den Unterricht in der gesamten Mainzer Studienstufe gestellt sind, zeigt die Betrachtung der Auswertung für diese Jahrgangsstufe die interessantesten Aspekte.

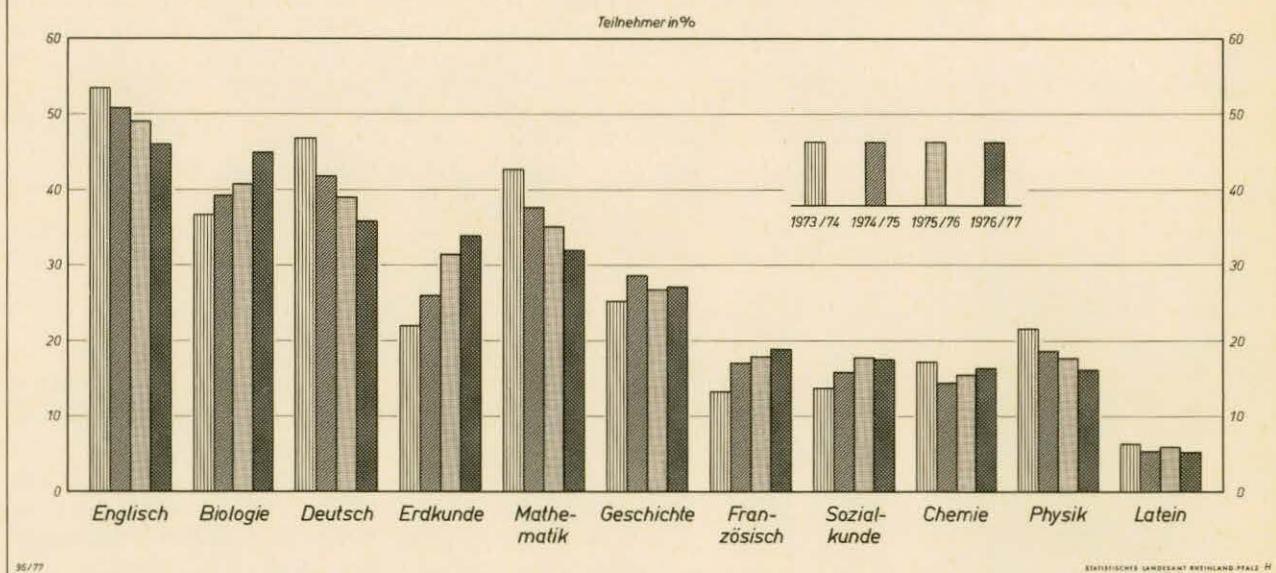
So zeigte sich, daß sich 1976/77 mehr als die Hälfte (55,1%) aller Schüler in der Jahrgangsstufe 11 für nur vier der vorgegebenen 16 Leistungskurskombinationen entschieden hatten. Die Konzentration auf nur wenige Fächerkombinationen hat sich dabei in den betrachteten vier Jahren etwas verstärkt. 1973/74 hatten sich 49,9% aller Schüler der Jahrgangsstufe 11 auf vier Fächerkombinationen verteilt. Die Präferenzen für einzelne Fächerkombinationen haben sich dabei etwas verschoben. Doch in allen vier Jahren war die Kurskombination mit den Leistungsfächern Deutsch-Gemeinschaftskunde-Fremdsprache am häufigsten gewählt worden, wenn auch seit 1974/75 mit leicht rückläufiger Tendenz.

Bei der Wahl der Fächerkombination zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Das Wahlverhalten wird offensichtlich aber auch davon

Wahlverhalten der Schüler in Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe 1973 - 1976

Leistungskurs-Kombination	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77
	%			
Fremdsprache-Deutsch-Gemeinschaftskunde	17,5	18,1	17,2	15,8
Fremdsprache-Naturwissenschaft-Gemeinschaftskunde	8,1	10,0	12,5	14,8
Mathematik-Naturwissenschaft-Gemeinschaftskunde	11,8	13,3	14,3	14,4
Naturwissenschaft-Deutsch-Gemeinschaftskunde	7,2	8,6	9,7	10,1
Naturwissenschaft-Naturwissenschaft-Gemeinschaftskunde	5,4	5,1	5,4	6,9
Fremdsprache-Mathematik-Naturwissenschaft	12,5	9,2	8,0	6,8
Fremdsprache-Fremdsprache-Gemeinschaftskunde	4,6	6,4	7,3	6,8
Fremdsprache-Mathematik-Gemeinschaftskunde	3,4	4,3	4,3	4,3
Fremdsprache-Deutsch-Naturwissenschaft	6,9	4,8	3,6	3,7
Fremdsprache-Naturwissenschaft-Naturwissenschaft	3,6	3,0	2,6	2,8
Fremdsprache-Fremdsprache-Naturwissenschaft	2,6	2,5	2,4	2,1
Mathematik-Deutsch-Gemeinschaftskunde	3,9	2,9	2,5	2,0
Mathematik-Deutsch-Naturwissenschaft	6,0	3,4	2,6	1,9
Fremdsprache-Fremdsprache-Mathematik	1,7	1,4	1,3	1,1
Naturwissenschaft-Naturwissenschaft-Deutsch	1,9	1,1	1,2	1,0
Fremdsprache-Deutsch-Mathematik	3,1	2,1	1,5	0,8
Genehmigungspflichtige Leistungskurskombinationen	1,1	3,6	3,8	4,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Wahl einzelner Leistungsfächer in Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe 1973-1976



beeinflußt, ob die Schüler koedukative oder reine Jungen- bzw. Mädchengymnasien besuchen. Denn bei den meisten Fächerkombinationen weicht das Wahlverhalten von Jungen und Mädchen an reinen Jungen- oder Mädchengymnasien nicht so stark voneinander ab wie das Wahlverhalten an koedukativen Schulen. So entschieden sich 1976/77 beispielsweise 20,7% der Jungen, aber nur 7,5% der Mädchen an koedukativen Schulen für die Kurskombination Mathematik-Naturwissenschaft-Gemeinschaftskunde. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist wesentlich geringer bei den Schülern, die reine Jungen- bzw. Mädchengymnasien besuchen. An diesen Schulen haben 12,8% der Jungen und 9% der Mädchen diese Kombination von Leistungsfächern gewählt. Andererseits entschieden sich 1976/77 über 20% der Mädchen, aber nur 12,6% der Jungen an koedukativen Schulen für die Kombination Fremdsprache-Deutsch-Gemeinschaftskunde. Dieser Unterschied ist nicht so groß bei reinen Jungen- und Mädchengymnasien. Dort entschieden sich 17,4% der Mädchen und 13,9% der Jungen für diese Leistungskurskombination. An koedukativen Schulen können diese beiden Fächergruppen als typisch für Jungen bzw. typisch für Mädchen angesehen werden, während sich für reine Jungen- bzw. Mädchengymnasien eine solche eindeutige Klassifizierung nicht treffen läßt.

Starke geschlechtsspezifische Abweichungen

Kaum unterschiedlich ist andererseits das Wahlverhalten von Jungen und Mädchen an koedukativen Schulen bei den Kurskombinationen Fremdsprache - Naturwissenschaft - Gemeinschaftskunde, Naturwissenschaft - Deutsch - Gemeinschaftskunde, aber auch bei Fremdsprache-Mathematik-Gemeinschaftskunde und zwei Fremdsprachen-Naturwissenschaft. Diese Fächergruppen werden von Jungen und Mädchen an koedukativen Schulen relativ fast gleich oft gewählt. An reinen Jungen- bzw. Mäd-

chengymnasien weicht dagegen das Wahlverhalten von Schülern und Schülerinnen bei diesen Kurskombinationen stark voneinander ab.

Auch bei der Fächerwahl zeigen sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. So hatten 1976/77 relativ mehr Mädchen als Jungen Fächergruppenkombinationen mit Deutsch oder einer oder zwei Fremdsprachen als Leistungsfächer gewählt. Dagegen dominieren die Jungen bei Kombinationen mit Gemeinschaftskunde, Mathematik oder einer oder auch zwei Naturwissenschaften als Leistungsfächer.

Drei Naturwissenschaften als Leistungs- und Grundkurse wurden im Schuljahr 1976/77 von 14,4% aller Schüler, aber nur von 5,2% aller Schülerinnen gewählt. Umgekehrt entschieden sich für drei Fremdsprachen 10,5% der Mädchen, doch nur 3,9% der Jungen.

Mathematik und Deutsch seltener Leistungsfächer

Generell läßt sich feststellen, daß Fächergruppenkombinationen mit Gemeinschaftskunde als Leistungsfach am beliebtesten sind. Solche Kurskombinationen wurden 1976/77 von mehr als drei Viertel aller Schüler gewählt (1973/74: 63,8%). Kurskombinationen mit einer Naturwissenschaft oder einer Fremdsprache als Leistungsfach wurden ebenfalls sehr häufig gewählt, und zwar jeweils von mehr als der Hälfte aller Schüler.

Relativ selten dagegen entschieden sich 1976/77 die Schüler für Fächergruppen, in denen Mathematik oder Deutsch Leistungsfach waren. So hatten 1976/77 nur jeweils knapp ein Drittel der Schüler solche Kurskombinationen belegt. 1973/74 hatten noch 46,8% der Schüler Deutsch und 42,7% Mathematik als Leistungsfach gewählt.

Auch bei anderen Fächern zeigen sich einige eindeutige Tendenzen. Beispielsweise hatten 1973/74 noch 53,5% aller Schüler der Jahrgangsstufe 11 Mathe

stufe 11 Englisch als Leistungsfach gewählt, 1976/77 waren es nur noch 46,1%. Eine rückläufige Entwicklung zeichnet sich neben den Fächern Deutsch und Mathematik auch bei Physik ab, während andererseits Biologie, Erdkunde, Französisch und Sozialkunde 1976/77 von relativ mehr Schülern als Leistungskurs belegt wurden als 1973/74. Die Fächer Deutsch, Mathematik, Biologie und Französisch erfuhrten bei der Wahl zu Grundfächern eine umgekehrte Entwicklung als bei der Wahl zu Leistungsfächern. Physik dagegen wurde 1976/77 auch als Grundfach wesentlich seltener belegt als 1973/74.

Ein Drittel der Schüler korrigierte erste Wahl

Doch nicht nur bei der ersten Entscheidung für eine Fächergruppenkombination wird das Fach Physik immer seltener. Bei der Umwahl, die zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres in der Jahrgangsstufe 11 noch möglich ist, war 1976/77 Physik ein Fach, das als Grund- und auch als Leistungsfach relativ häufig abgewählt wurde und andererseits von verhältnismäßig wenigen Schülern neu dazugewählt wurde. In keinem anderen Fach korrigierten so viele Schüler ihre zuerst getroffene Entscheidung.

Beim Umwahlvorgang 1976/77 wurde auch der Trend verstärkt, daß Mathematik als Leistungsfach seltener gewählt wird: 376 Schüler wählten Mathematik als Leistungsfach ab und belegten dafür einen Grundkurs in diesem Fach. Nur 77 Schüler machten in umgekehrter Weise von ihrem Umwahlrecht Gebrauch und entschieden sich für Mathematik als Leistungs- statt als Grundfach. Bei Deutsch zeigte sich die entgegengesetzte Tendenz. Hier wählten 176 Schüler das Fach als Leistungsfach ab, aber 371 zu, so daß in der zweiten Schuljahreshälfte Deutsch für mehr Schüler Leistungsfach war als in der ersten Schuljahreshälfte.

Die Möglichkeit zur Fächerumwahl wurde von den Schülern in unterschiedlichem Ausmaß wahrgenommen. Insgesamt korrigierten 1976/77 rund 35% der Schüler der Jahrgangsstufe 11 ihre zuerst getroffene Wahl, und zwar 35,8% der Jungen und 34,3% der Mädchen. Der Anteil der Schüler, die eine Umwahl vornahmen, schwankte an den einzelnen Schulen zwischen 9,3% und 81,4%. Relativ

Fächerwahl der Schüler in Jahrgangsstufe 11
der Mainzer Studienstufe nach Geschlecht 1976/77

Leistungskurskombination	Ins-	Män-	Weib-
	gesamt	llich	lich
mit			
Deutsch	35,9	30,6	42,0
Gemeinschaftskunde (Geschichte, Sozialkunde, Erdkunde)	78,6	81,0	75,7
Mathematik	32,0	39,0	23,9
1 Fremdsprache	51,4	47,0	56,4
2 Fremdsprachen	10,0	5,8	14,7
1 Naturwissenschaft	56,1	59,1	52,5
2 Naturwissenschaften	10,7	13,4	7,7
Mathematik und 1 Naturwissenschaft	23,1	29,9	15,2
Deutsch und 1 Fremdsprache	20,4	15,1	26,5
ohne			
Fremdsprache	38,7	47,1	28,9
Naturwissenschaft	33,2	27,5	39,8
Deutsch	64,1	69,4	58,0
Mathematik	68,0	61,0	76,1
Gemeinschaftskunde	21,4	19,0	24,3
Deutsch und Fremdsprache	23,1	31,6	13,4
Mathematik und Naturwissenschaft	24,3	18,4	31,1

häufig waren die Fächer Biologie, Chemie, Englisch, Physik und Bildende Kunst in Umwahlvorgänge einbezogen.

Nur wenige Kleingruppen

Für die Mainzer Studienstufe wurden vom Kultusministerium für Grund- und Leistungskurse Mindest- und Höchstzahlen für die Gruppengrößen festgelegt. Danach sollten 1976/77 die Leistungskurse nicht weniger als 10 und nicht mehr als 22 Schüler umfassen, in den Grundkursen sollten möglichst nicht mehr als 27 Schüler unterrichtet werden.

In den Leistungskursen konnte 1976/77 nur in wenigen Fällen die Mindestgröße der Kurse nicht eingehalten werden. In den Jahrgangsstufen 11 bis 13 wurden in Rheinland-Pfalz nur 2,7% aller Schüler in Leistungskursgruppen mit weniger als 10 Schülern unterrichtet. Diese kleinen Gruppen machten nur 6,6% aller Leistungskurse aus. Dagegen waren 14,3% aller Schüler zu Gruppen mit mehr als 22 Schülern zusammengefaßt, 9,7% aller Kurse waren davon betroffen.

Bei den Grundkursen wurde die Mindestgröße für 12,4% aller Kurse in allen drei Jahrgangsstufen unterschritten, die Höchstgrenze bei 3,4% der Kurse überschritten. In sehr kleinen Gruppen war 1976/77

Durchschnittliche Kursstärke in Jahrgangsstufe 11 der Mainzer Studienstufe in ausgewählten Fächern 1973 - 1976

Fach	Leistungskurse				Grundkurse			
	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77
Deutsch	19,9	18,9	18,7	17,6	19,8	20,4	20,4	21,7
Englisch	19,5	19,5	19,0	18,1	17,9	19,4	18,5	20,0
Französisch	13,2	14,0	14,6	14,1	15,5	17,7	15,4	16,6
Latein	10,0	9,3	9,8	9,5	13,8	13,0	12,6	14,3
Gemeinschaftskunde								
Erdkunde	18,5	19,2	18,6	18,5	-	-	-	-
Geschichte	17,9	18,9	17,4	17,4	-	-	-	-
Sozialkunde	18,0	18,5	17,7	16,4	-	-	-	-
Gemeinschaftskunde (Grundkurs)	-	-	-	-	18,3	19,5	16,3	15,9
Mathematik	19,4	20,5	18,4	17,9	20,7	21,5	20,3	22,1
Physik	16,5	15,8	14,7	15,0	18,3	16,3	16,2	18,1
Chemie	18,2	14,7	14,9	15,1	19,1	19,1	19,0	21,0
Biologie	18,5	19,0	18,5	18,5	18,8	19,0	17,4	19,0

jeder 16. Schüler eines Grundkurses untergebracht, in den großen Gruppen jeder 18.

Die durchschnittliche Kursstärke konnte bei den Leistungskursen für die Jahrgangsstufe 11 seit 1973/74 deutlich verbessert werden. In den 1976/77 eingerichteten 1 629 Kursen in Leistungsfächern

wurden durchschnittlich 16,9 Schüler unterrichtet (1973: 18). Bei den Grundkursen verschlechterte sich allerdings die Situation etwas. In den 2 728 Grundkursen saßen 1976/77 im Schnitt 19,6 Schüler (1973: 18,3).

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Tuberkuloseerkrankungen 1976

Einer unter Anwendung der Trendwert-Methode im Jahre 1972 erstellten Prognose über den zu erwartenden Verlauf der Tuberkulose-Inzidenz zufolge dürfte es in Rheinland-Pfalz theoretisch in den Jahren 1983/84 keine Tuberkulosekranken mehr geben. Wie alle mathematisch ermittelten Voraussagen, so hat auch die hier in Frage stehende Prognose, welcher die Bewegungen der Tuberkulose-Inzidenz der Jahre 1966 bis 1972 zugrunde gelegt sind, lediglich Modellcharakter. Folglich können die gewonnenen Ergebnisse nur dann Gültigkeit besitzen, wenn sich der weitere Verlauf der Tuberkulose-Inzidenz unter gleichen Bedingungen vollzieht, wie dies während des vorerwähnten Beobachtungszeitraumes der Fall war. Alle damaligen Faktoren müssen unverändert wirksam bleiben.

Vergleicht man den durch die Prognosewerte gekennzeichneten Verlauf mit der tatsächlichen Entwicklung der Tuberkulose-Inzidenz während der

Jahre 1966 bis 1976, so zeigt sich ein fast analoger Trend. In ihrer Rückläufigkeit weisen die Prognosewerte und die effektiven Zugangswerte keine sehr bedeutenden Abweichungen auf. Dies gilt sowohl für die pulmonale Tuberkulose (Lungentuberkulose), bei welcher eine effektive Inzidenzvermindezung um 50,1% bei einem prognostizierten Rückgang um 52,9% festzustellen war, als auch für die extrapulmonale Tuberkulose (Tuberkulose anderer Organe), für welche die Prozentwerte — 50,9 und — 50,2 ermittelt wurden. Damit hat sich die Prognose des Jahres 1972 bisher im großen und ganzen bestätigt.

Zunahmen bei der Lungentuberkulose

Nicht bestätigt hat sich dagegen - allerdings nur bei der Lungentuberkulose - die erwartete Kontinuität im Verlauf des Rückganges. Erstmals im Beobachtungszeitraum haben nämlich die Zugänge in dieser Diagnosegruppe während des Jahres 1976 sowohl absolut als auch der Erkrankungshäufigkeit nach einer, zwar in relativ engen Grenzen sich haltende, dennoch deutliche Zunahme erfahren, und dies, obwohl die Erfassungsintensität der Landeschirrbildstelle (es wurden gegenüber 1975 rund 11% weniger Schirrbilduntersuchungen durchgeführt) merklich geringer war. Untersucht man die Geschlechts- und Altersgliederung der während des Jahres 1976 an pulmonaler Tuberkulose neuerkrankten Personen auf diese Entwicklung hin, so finden sich keine besonderen Auffälligkeiten. Etwas herausragend ist lediglich der vergleichsweise erhöhte Zugang weiblicher Erkrankter im Alter zwischen 20 und 25 Jahren. Es bleibt abzuwarten, ob die 1976 erstmals sich ergebende Trendänderung bei der Inzidenz der Lungentuberkulose auf Zufälligkeiten beruhte oder aber den Beginn einer neuen Entwicklung darstellt.

Über die derzeitige Tuberkulose-Inzidenz und deren Häufigkeit während des vorerwähnten Prognosezeitraumes sei folgendes ausgeführt: Die Tuberkulosefürsorgeämter des Landes meldeten im Jahre 1976 an Zugängen 1 882 Personen mit einer aktiven Tuberkulose (1975: 1 882). Elf Jahre zuvor waren es 3 626 Erkrankte. Damals errechnete sich für die Zugänge eine auf 100 000 Einwohner bezogene Morbiditätsziffer von 100,7. Inzwischen ist diese auf 51,5 (— 48,9%) abgesunken.

Weitere Verminderung der extrapulmonalen Tuberkulose

An einer aktiven Lungentuberkulose waren im Berichtsjahr 1 565 oder 83,2% der Zugänge er-

Zugänge der an aktiver Tuberkulose erkrankten Personen
1950 - 1976

Jahr	Tuberkulose der Atmungsorgane				Tuber- kulose anderer Organe	
	ins- gesamt	ansteckend (offen)		nicht ansteckend (aktiv ge- schlossen)		
		mit Bazillen- nachweis	ohne Bazillen- nachweis			
Anzahl						
1950	7 839	1 998	1 142	4 699	1 591	
1955	8 084	1 934	1 149	5 001	1 416	
1960	6 212	1 419	724	4 069	959	
1965	2 564	749	226	1 589	530	
1966	3 008	952	295	1 761	618	
1967	2 548	831	214	1 503	542	
1968	2 563	873	191	1 499	577	
1969	2 258	753	198	1 307	571	
1970	2 229	845	199	1 185	501	
1971	2 112	809	172	1 131	467	
1972	1 887	801		1 086	400	
1973	1 823	715		1 108	361	
1974	1 760	686		1 074	364	
1975	1 506	661		845	376	
1976	1 565	670		895	317	
Auf 100 000 der Bevölkerung						
1950	260,9	66,5	38,0	156,4	52,9	
1955	246,1	58,9	35,0	152,2	43,1	
1960	183,1	41,8	21,3	119,9	28,3	
1965	71,9	21,0	6,3	44,5	14,9	
1966	83,5	26,4	8,2	48,9	17,2	
1967	70,4	23,0	5,9	41,5	15,0	
1968	70,5	24,0	5,3	41,2	15,9	
1969	61,7	20,6	5,4	35,7	15,6	
1970	61,1	23,2	5,5	32,5	13,7	
1971	57,5	22,0	4,7	30,8	12,7	
1972	51,2	21,7		29,5	10,9	
1973	49,3	19,3		30,0	9,8	
1974	47,6	18,6		29,1	9,8	
1975	40,9	18,0		23,0	10,2	
1976	42,8	18,3		24,5	8,7	

krankt. Von der Personenzahl her ist dies weit weniger als die Hälfte der Zugänge des Jahres 1966 (3 626). Nicht ganz diesem Ausmaß entsprach die Reduktion der Morbiditätsziffer, welche sich von 86,9 auf 42,8 (— 50,7%) verminderte. Wie bereits erwähnt, hat der stetige Rückgang der Inzidenz bei der Lungentuberkulose mit dem Ergebnis des Berichtsjahres eine Unterbrechung erfahren, die durch die Zunahme um 59 Fälle bewirkt wurde. Gegenüber dem Vorjahr deutlich geringer sind die Zugänge an Tuberkulose anderer Organe (317), für welche sich eine Morbiditätsziffer von 8,7 (1975: 10,2) errechnet. Die Inzidenzverminderung während des elfjährigen Berichtszeitraumes hat einen der Lungentuberkulose fast analogen Verlauf genommen (— 51,4%).

Von allen Zugängen des Jahres waren 1 175 Erkrankte männlichen und 707 weiblichen Geschlechts. Dieses Erkrankungsverhältnis von 2 zu 1 zuungunsten der Männer ist seit Vorliegen der geschlechtsspezifischen Nachweisungen ziemlich unverändert. Nicht zutreffend ist diese Relation bei den Zugängen mit extrapulmonaler Tuberkulose, bei welcher sich die Morbidität der Geschlechter in wechselnden Häufigkeitsgipfeln nur unwesentlich unterscheidet. Wegen des überaus starken Gewichtes der Lungentuberkulose hat diese Abweichung auf das geschlechtsspezifische Verhältnis der Gesamtheit der Zugänge aber keinen wesentlichen Einfluß.

Überschaut man die Altersskala bei den Zugängen, so findet sich die höchste Morbidität im Altersbereich zwischen 65 und 85 Jahren (Gipfelwert 82,8 in der Gruppe 75 bis 80 Jahren), die geringste im Kindesalter bis 15 Jahren (10,9). Im letztgenannten Altersbereich zeigt sich auch der während des Berichtszeitraumes stärkste Rückgang der Tuberkulose-Inzidenz (— 85,0%). Unterdurchschnittlich ist der Rückgang bei den Gruppen der 20- bis 25jährigen (— 42,6%) und 25- bis 30jährigen (— 36,5%). Diese und niedrigere Veränderungswerte zeigen sich erst wieder im hohen Lebensalter.

Krankenstand auf ein Fünftel reduziert

Welche Verbreitung die Tuberkulose in Rheinland-Pfalz in der unmittelbaren Nachkriegszeit erfahren hat und welcher Erfolg in der Bekämpfung dieser Seuche erzielt werden konnte, wird augenscheinlich durch die Gegenüberstellung damaliger und heutiger Bestandsgrößen. Im Jahre 1950 gab es rund 30 000 durch die rheinland-pfälzischen Fürsorgestellen registrierte Personen mit einer aktiven Tuberkulose. Dies bedeutete eine Morbidität von 985 pro 100 000 Einwohner. 1976 waren es dagegen nur noch 5 940 Personen mit einer solchen Erkrankung und die entsprechende Häufigkeitsziffer stellte sich auf 163. Im Verlaufe eines Vierteljahrhunderts ergab sich somit ein Rückgang der Erkranktenzahl um mehr als 80%. Das vor dem Jahre 1956 liegende tuberkulöse Krankheitsniveau zeigte keine eindeutige Tendenz; erst nach dieser Phase setzte ein bisher nicht unterbrochenes Absinken des Krankenstandes ein. Der Rückgang der Tuberkulose wurde zunächst einmal durch die Normalisierung der allgemeinen sozialen Bedingungen bewirkt, stärker dann durch die Anwendung wirksamer Chemo-

Bestand der an aktiver Tuberkulose erkrankten Personen
1950 - 1976

Jahr	Tuberkulose der Atmungsorgane				Tuber- kulose anderer Organe	
	ins- gesamt	ansteckend (offen)		nicht ansteckend (aktiv ge- schlossen)		
		mit Bazillen- nachweis	ohne Bazillen- nachweis			
Anzahl						
1950	23 719	4 642	3 312	15 765	5 975	
1955	24 507	5 763	3 052	15 692	5 808	
1960	19 241	4 436	1 918	12 887	3 872	
1965	12 530	3 280	1 032	8 218	2 674	
1966	12 033	3 264	950	7 819	2 633	
1967	11 277	2 960	728	7 589	2 489	
1968	10 621	2 774	606	7 241	2 428	
1969	9 785	2 453	550	6 782	2 370	
1970	8 806	2 312	463	6 031	2 092	
1971	8 269	2 065	372	5 832	1 995	
1972	6 390	1 527	4863		1 569	
1973	6 057	1 407	4 650		1 520	
1974	5 628	1 325	4 303		1 455	
1975	5 158	1 265	3 893		1 327	
1976	4 769	1 118	3 651		1 173	
Auf 100 000 der Bevölkerung						
1950	778,5	152,4	108,7	517,4	196,1	
1955	741,5	174,4	92,3	474,8	175,7	
1960	564,1	130,0	56,2	377,8	113,5	
1965	349,8	91,6	28,8	229,4	74,7	
1966	333,1	90,3	26,3	216,4	72,9	
1967	311,1	81,6	20,1	209,3	68,7	
1968	291,4	76,1	16,6	198,7	66,6	
1969	266,5	66,8	15,0	184,7	64,6	
1970	240,7	63,2	12,7	164,8	57,2	
1971	224,8	56,1	10,1	158,5	54,2	
1972	173,2	41,4	131,8		42,5	
1973	163,7	38,0	125,7		41,1	
1974	152,6	35,9	116,7		39,5	
1975	140,7	34,5	106,2		36,2	
1976	130,7	30,6	100,1		32,1	

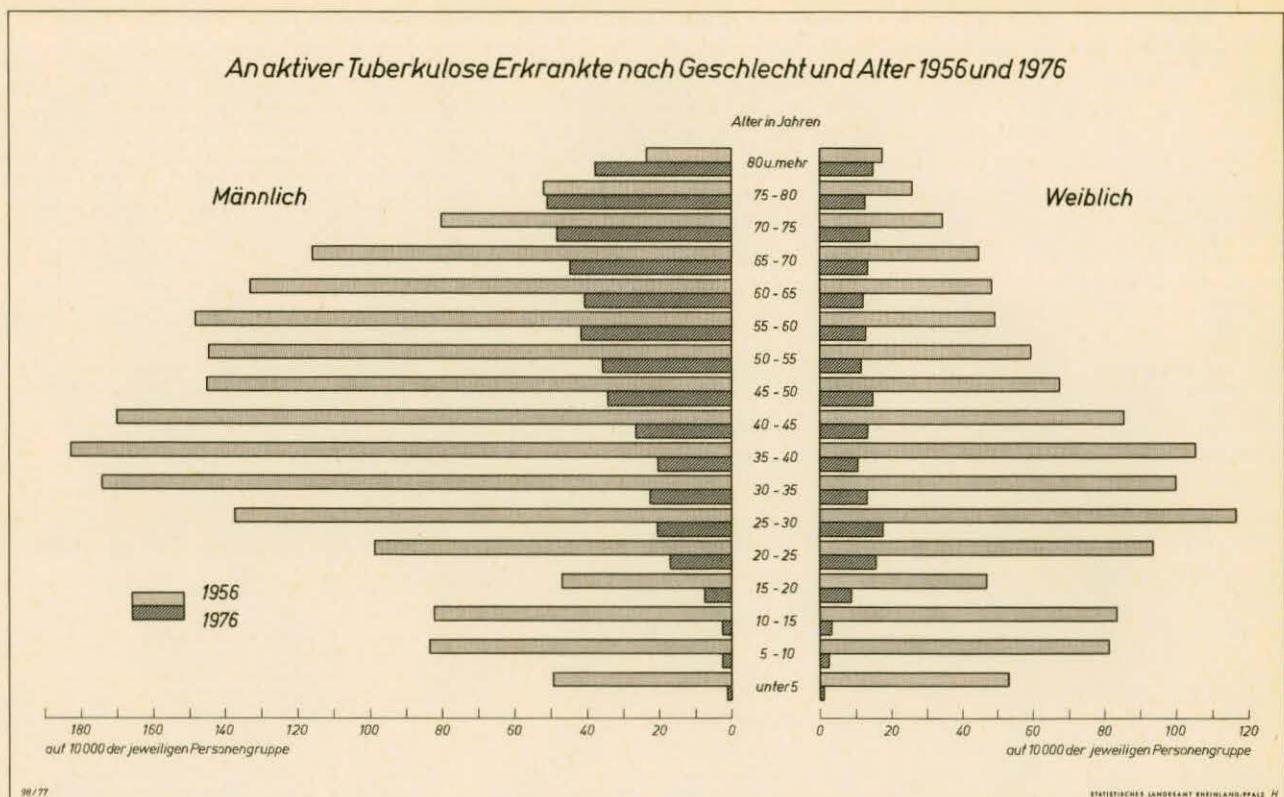
therapie und einer neuzeitlichen Lungenchirurgie.

Wie bei den Zugängen bereits erwähnt, wurde das statistische Bild der Tuberkulose, und zwar ihres zahlenmäßigen Gewichtes wegen, schon immer weitgehend von der Lungentuberkulose bestimmt. Vier Fünftel der 1976 von den Fürsorgestellen erfaßten Personen litten an dieser Tuberkuloseart. Von den 4 769 solchermaßen Erkrankten - sie bewirkten eine Morbidität von 130,7 - waren 3 277 männlichen und 1 492 weiblichen Geschlechts. Im Vergleich der absoluten Zahlen lautete das Verhältnis Frauen zu Männern 1 zu 2,2. Hier hat sich im Laufe der Jahre zuungunsten der Männer insoweit eine Veränderung ergeben, als sich das Geschlechterverhältnis der Erkrankten 1956 auf 1 zu 1,4 und 1972 auf 1 zu 2,5 gestellt hatte, schließlich aber im Berichtsjahr wieder etwas günstiger geworden ist.

Morbiditätsverlagerung in die höheren Lebensalter

Eine altersmäßige Nachweisung der Tuberkulosen liegt erst ab 1956 vor. Bei der Lungentuberkulose offenbaren die altersbezogenen Morbiditätswerte eine sukzessive Verlagerung der Tuberkulosemorbidität in höhere Altersbereiche. So finden sich die Gipfelwerte der Jahre 1956 bis 1958 in der Gruppe der 30- bis 40jährigen; die der Jahre 1960 bis 1964 in der Gruppe der 40- bis 50jährigen. Liegen in den Jahren 1966 bis 1974 die höchsten Morbiditätswerte bei den 60- bis 70jährigen, so sind für die beiden folgenden Jahre die Morbiditätsgipfel bei der Gruppe der über 70jährigen nachgewiesen. Soweit es das

An aktiver Tuberkulose Erkrankte nach Geschlecht und Alter 1956 und 1976



Jahr 1976 betrifft, nimmt die Erkrankungshäufigkeit mit aufsteigendem Lebensalter zu, ausgehend vom Minimalwert der Altersgruppe der unter 10-jährigen (17,2) bis zum Maximalwert der 70jährigen und älteren (214,3). Inwieweit es sich bei dem aufgezeigten altersspezifischen Krankheitsgeschehen um eine tatsächliche Verschiebung der Tuberkulosemorbidity handelt, muß dahingestellt bleiben. Ursächlich hierfür könnte auch sein, daß der Kreis der älteren Menschen zunehmend einer intensiveren spezifischen medizinischen Betreuung zugeführt werden kann.

Urogenitaltuberkulose unter den extrapulmonalen Tuberkulosen am häufigsten

Die Zahl der erfaßten Erkrankten mit extrapulmonaler Tuberkulose lag 1976 mit 1 173 Personen wiederum deutlich unter dem Krankenstand des Vorjahres (1 327). Auch in dieser Diagnosegruppe bleibt der Erkrankungsrückgang kontinuierlich. Mit 32,1 Erkrankungen auf 100 000 Einwohner hat die Morbidity inzwischen statistisch einen relativ bedeutungslosen Stand erreicht. Am häufigsten unter den extrapulmonalen Tuberkulosen finden sich die des Urogenitaltraktes (520), der peripheren Lymphknoten (229) und die der Knochen und Gelenke (154). Im Gegensatz zu den Erkrankten an pulmonaler Tuberkulose überwiegen bei der extrapulmonalen Tuberkulose die Frauen, jedoch ist die Geschlechterdifferenz inzwischen unbedeutend. Im Berichtsjahr wurden 615 erkrankte Frauen und 558 erkrankte Männer gezählt, wobei die geschlechtsspezifische Morbidity fast identisch war (32,2 bzw. 32,1). Bei der altersmäßigen Gliederung der Erkrankten findet sich das Häufigkeitsmaximum in der Gruppe der 50- bis 60jährigen (54,7). Eine schwerpunktma-

ßige Morbiditätsverlagerung zum höheren Alter hin ergab sich auch bei der extrapulmonalen Tuberkulose, allerdings weit weniger expansiv als dies bei der Lungentuberkulose der Fall war. Im Zeitraum 1950 bis 1960 lag der Morbiditätsgipfel bei den 30- bis 40jährigen, zwischen 1961 und 1975 bei den 40- bis 50jährigen. Erst im Berichtsjahr waren die Erkrankungen des folgenden Lebensjahrzehnts am häufigsten.

Zur Ausländererkrankung ist zu bemerken, daß diese bezüglich der Häufigkeit weit größer ist, als unter den Einwohnern des Landes insgesamt. An Zugängen wurden 1976 insgesamt 185 erkrankte ausländische Personen registriert, was einer Morbidity von 129,2 entspricht (Zugänge insgesamt 51,5). Im Krankenbestand befanden sich 383 Ausländer, welche eine Morbiditätsziffer von 267,4 bewirkten (Erkrankte insgesamt 162,8). Es ist festzustellen, daß die Tuberkulose des nichtdeutschen Bevölkerungsanteiles in der Tendenz ebenfalls fallend ist; das Ausmaß des Rückganges ist jedoch sehr viel geringer als bei der Tuberkulose insgesamt.

In der Tuberkulose-Letalität (Häufigkeit der Todesfälle im Verhältnis zur Zahl der Tuberkuloseerkrankungen) gibt es während des gesamten Nachkriegszeitraumes keine eindeutigen Entwicklungen. Bei der Tuberkulose der Atmungsorgane variieren die jährlichen Relationen der Gestorbenen zwischen 2,2% (1956) und 4,1% (1972). Im Jahre 1976 verstarben 147 an pulmonaler Tuberkulose Erkrankte an diesem Leiden. Der Anteil der Gestorbenen an den Erkrankten beläuft sich somit auf 3,1%. Unter den an extrapulmonaler Tuberkulose Erkrankten verstarben im Berichtsjahr 12 Personen. Hier ergab sich eine Letalität von 1,0%.

R. Zirwes

Jahresverdienste 1974 - 1976

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 4. August 1971 (BGBl. I S. 1217) wurde die regelmäßige Durchführung einer Bruttojahresverdiensterhebung ab 1971 angeordnet. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Forderung nach kurzfristigen Indikatoren für die Beurteilung und Beobachtung der wirtschaftlichen Lage durch die seit 1950 für Arbeiter und ab 1957 auch für Angestellte in vierteljährlichem Turnus stattfindenden Verdiensterhebungen in Industrie und Handel entsprochen. Die jeweils im Januar, April, Juli und Oktober anfallenden Ergebnisse umfassen die laufend vom Arbeitgeber an die Arbeitnehmer gezahlten Beträge, während unregelmäßige und einmalige Zahlungen unberücksichtigt bleiben. Der Ausschluß von Sonderzahlungen im Rahmen dieser Erhebung ist verständlich, da sonst die Verdienstentwicklung von zeitlich unregelmäßigem Anfall einmaliger Zahlungen abhängig wäre. In einem Berichtsmonat, in dem vieler solcher Zahlungen erfolgen, würde der Verdienst steigen, im darauffolgenden Berichtsmonat, in dem keine oder nur geringe Sonderzahlungen anfallen, dagegen abfallen. Die Kontinuität der Verdienstentwicklung wäre gestört und der Aussagewert der Ergebnisse erheblich gemindert. Außerdem würde die Einbeziehung einmaliger Leistungen in die vierteljährige Verdiensterhebung kein vollständiges Bild dieser Zahlungen geben, da die Erfassung aller nicht in die vier Erhebungsmonate fallenden zusätzlichen Beträge entfiel. In früheren Jahren wirkte sich die Vernachlässigung einmaliger Zahlungen kaum nachteilig aus, weil sie in der Vergangenheit von relativ geringer Bedeutung waren. Höhe und Entwicklung der Verdienste konnten damals aufgrund der Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebungen ausreichend nachgewiesen werden. Seitdem sich in den letzten Jahren zeigte, daß einmalige Zahlungen wie zusätzliches Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld immer stärker ins Gewicht fielen, war ein weiterer Ausschluß dieser Leistungen nicht mehr vertretbar. Es bestand die Gefahr, daß die statistisch nachgewiesene Entwicklung der Bruttoverdienste nicht mehr der Wirklichkeit entsprach.

Von der Überlegung ausgehend, daß eine Änderung des bisherigen Verdienstbegriffes im Rahmen der laufenden Verdiensterhebung aus den bereits dargelegten Gründen nicht zur Diskussion gestellt werden konnte, wurde entschieden, laufende und einmalige Zahlungen eines Jahres im Rahmen einer Bruttojahresverdiensterhebung in einer Summe zu erfassen. Die Durchführung der Erhebung erfolgt nach der gleichen Stichprobenmethode und mit dem gleichen Berichtsfirmenkreis wie die vierteljährige Lohnstatistik. Zu erfassen sind die Jahresverdienste von Personen, die das ganze Jahr über als Vollbeschäftigte im gleichen Betrieb tätig waren. Den Gesamtverdienst können die Berichtsbetriebe ohne besondere Schwierigkeiten den gesetzlich vorgeschriebenen Lohnkonten entnehmen. Aus erhebungstechnischen Gründen wurde dabei auf die Trennung des Jahresverdienstes in laufende und einmalige Zahlungen, auf die Gliederung nach Leistungsgruppen und bei Angestellten auf den Nachweis nach Beschäftigungsarten verzichtet.

Rückschlüsse auf die Höhe der einmaligen Zahlungen können annäherungsweise durch Gegenüberstellung der im Jahresdurchschnitt angefallenen laufenden Verdienste mit den Ergebnissen der Bruttojahresverdiensterhebung gezogen werden. Ein Vergleich der Angaben der Jahres- und vierteljährlichen Verdiensterhebung ermöglicht jedoch kaum Aussagen über die einmaligen Zahlungen, da die vierteljährige Verdiensterhebung wegen der unterschiedlichen Abgrenzung des erfaßten Personenkreises für diesen Vergleich keine ausreichend genauen Schätzwerte für die Jahressummen der laufenden Zahlungen liefern kann. Um dies zu erreichen, müßte der Fragenkatalog der Jahresverdiensterhebung erweitert werden, indem zusätzlich die Jahressumme der einmaligen Zahlungen erhoben würde, und zwar gegliedert nach Arbeitern, Angestellten und nach dem Geschlecht. Eine solche Ausweitung stieße aber auf erhebliche technische Schwierigkeiten, weil die Betriebe diese Angaben nur mit großem Zeitaufwand erstellen könnten.

Bruttojahresverdienste der Arbeiter nach Wirtschaftsbereichen 1974 - 1976

Wirtschaftsbereich	1974			1975			1976		
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich
DM									
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	27 306	27 454	18 911	28 599	28 861	21 030	30 498	30 862	20 978
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	25 294	26 210	18 057	25 918	26 725	19 211	28 226	29 022	21 209
Investitionsgüterindustrien	21 273	22 694	15 330	22 518	23 917	16 295	24 532	25 945	18 025
Verbrauchsgüterindustrien	17 745	21 058	13 384	18 615	21 661	14 413	20 441	23 975	15 556
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	20 516	22 538	14 215	21 840	23 942	15 141	23 559	25 821	16 229
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	20 834	20 834	-	21 158	21 158	-	22 113	22 113	-
Industrie									
einschl. Hoch- und Tiefbau	21 497	23 218	14 653	22 418	24 044	15 705	24 319	26 021	17 105
ohne Hoch- und Tiefbau	21 610	23 754	14 653	22 612	24 619	15 705	24 661	26 798	17 105

Entwicklung der Bruttojahresverdienste der Arbeiter nach Wirtschaftsbereichen 1975 und 1976

Wirtschaftsbereich	1975			1976		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
	Veränderung zum Vorjahr in %					
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	4,7	5,1	11,2	6,6	6,9	-0,2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	2,5	2,0	6,4	8,9	8,6	10,4
Investitionsgüterindustrien	5,9	5,4	6,3	8,9	8,5	10,6
Verbrauchsgüterindustrien	4,9	2,9	7,7	9,8	10,7	7,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	6,5	6,2	6,5	7,9	7,8	7,2
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	1,6	1,6	-	4,5	4,5	-
Industrie						
einschl. Hoch- und Tiefbau	4,3	3,6	7,2	8,5	8,2	8,9
ohne Hoch- und Tiefbau	4,6	3,6	7,2	9,1	8,9	8,9

Bruttojahresverdienste der Arbeiter in der Bauindustrie nur um 6,1% gestiegen

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst aller Arbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie einschließlich Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie Hoch- und Tiefbau, welcher im Jahre 1974 rund 21 500 DM erreicht hatte, stieg 1975 um 4,3% auf 22 400 DM und 1976 um 8,5% auf 24 300 DM. Die insgesamt geringen Lohnsteigerungen im Jahre 1975 dürften vorwiegend die Folge der relativ niedrigen Tarifabschlüsse und der durch die ungünstige Konjunktur bedingten Kurzarbeit in verschiedenen Wirtschaftszweigen gewesen sein. Die günstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1976 führte dann zu einer verbesserten Verdienstsituation. In den drei untersuchten Jahren verzeichnete der Wirtschaftsbereich Energiewirtschaft und Wasserversorgung die höchsten durchschnittlichen Bruttojahresverdienste; sie beliefen sich 1976 auf 30 500 DM. Die niedrigsten Arbeitseinkommen wurden in der Verbrauchsgüterindustrie ermittelt, wo sie sich von 17 700 DM im Jahre 1974 auf 20 400 DM im Jahre 1976 erhöhten. Sowohl 1975 als auch 1976 ergaben sich innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche in der Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau) die geringsten Verdienststeigerungen (+ 1,6% bzw. 4,5%). In dieser Entwicklung spiegelte sich die schwierige konjunkturelle Lage wider, von der die Bauwirtschaft seit einigen Jahren betroffen ist. Am stärksten erhöhten sich von 1974 bis 1976 die Bruttojahresverdienste der Arbeiter in der Investitions- sowie Verbrauchsgüterindustrie (+ 15%), wobei in einzelnen Wirtschaftszweigen eine vom Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereiches abweichende Entwicklung zu beobachten war.

Verdienststeigerung bei männlichen Arbeitern unter dem Durchschnitt

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) stieg von 23 200 DM im Jahre 1974 auf 24 000 DM und 26 000 DM in den beiden darauffolgenden Jahren an. Die Steigerungsraten blieben mit 3,6 und 8,2% unter den für die Arbeiter insgesamt ermittelten; lediglich im Bereich Energiewirtschaft und Wasserversorgung lagen sie jeweils knapp darüber. Außer in der Bauindustrie ergaben sich vor allem in der Grundstoff- und Produktions-

güterindustrie im untersuchten Zeitraum verhältnismäßig geringe Verdienststeigerungen für die männlichen Arbeiter; sie betrugen in den beiden letzten Jahren zusammen 10,7%. Von allen männlichen Arbeitern mußten sich in den Jahren 1974 bis 1976 die in der Bauindustrie beschäftigten - Arbeiterinnen werden dort nicht erfaßt - mit den niedrigsten Steigerungsraten und den absolut geringsten Bruttojahresverdiensten begnügen; sie erhöhten sich im genannten Zeitraum um 1 300 DM oder 6,1% auf 22 100 DM. Diese Feststellung muß jedoch vor dem Hintergrund der besonderen Situation in der Bauindustrie (Winterpause) gesehen werden. Denn im selben Zeitraum stiegen in der Bauindustrie Lohnarife und durchschnittliche effektive Bruttostundenlöhne um rund 12%.

Höhere Lohnsteigerungen für weibliche Industriearbeiter

Die Arbeiterinnen hatten 1974 in der Industrie einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 14 700 DM, 1975 konnte eine Zunahme um rund 1 000 DM oder 7,2% auf 15 700 DM ermittelt werden und 1976 ein etwas stärkerer Lohnanstieg um 1 400 DM oder 8,9% auf 17 100 DM. Während die Arbeiterinnen insgesamt im ersten Jahr des untersuchten Zeitraumes 63% des Jahresverdienstes der Männer erreichten, waren es 1975 schon 65% und 1976 rund 66%. Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern resultieren vorwiegend aus dem höheren Anteil der Arbeiterinnen in den unteren Leistungsgruppen und in Branchen mit niedrigerem Lohnniveau. Die Tendenz zu stärkeren Lohnanhebungen der weniger qualifizierten Arbeitskräfte, welche auch bei den Angestellten in den letzten Jahren beobachtet werden konnte, wirkte sich erkennbar also auch für die Industriearbeiterinnen aus. Der relative Abstand der Löhne der Industriearbeiterinnen zu dem ihrer männlichen Kollegen war in allen Wirtschaftsbereichen annähernd gleich.

Bruttojahresverdienste der Angestellten etwas stärker gestiegen als die der Arbeiter

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Angestellten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau erhöhte sich von 29 800 DM im Jahre 1974 auf 34 700 DM im Jahre 1976. Die Einkommensverbesserungen beliefen sich 1975 trotz der schwierigen konjunkturellen Lage immerhin noch

Bruttojahresverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen 1974 - 1976

Wirtschaftsbereich	1974			1975			1976		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
				DM					
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	29 384	31 413	23 151	32 982	35 584	24 827	35 088	37 745	26 674
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	33 243	36 171	24 525	35 351	38 357	26 187	38 846	41 864	29 179
Investitionsgüterindustrien	28 741	32 039	19 134	30 348	33 759	20 151	33 328	36 906	22 153
Verbrauchsgüterindustrien	25 330	28 895	17 959	26 977	30 676	19 231	29 163	33 051	20 718
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	26 625	29 383	19 376	27 800	30 554	20 539	30 130	33 263	22 031
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	29 511	32 653	18 050	31 322	33 915	20 375	33 648	36 339	21 409
Industrie									
einschl. Hoch- und Tiefbau	29 827	33 009	20 960	31 736	35 004	22 394	34 694	38 088	24 578
ohne Hoch- und Tiefbau	29 846	33 034	21 106	31 758	35 069	22 475	34 749	38 188	24 695
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	20 874	26 255	16 231	21 800	27 075	17 367	23 533	29 186	18 639
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	26 066	30 894	18 144	27 458	32 484	19 312	29 901	35 256	20 918

auf 1 900 DM oder 6,4% und 1976, dem Jahr der konjunkturellen Erholung in weiten Bereichen der Wirtschaft, auf 3 000 DM oder 9,3%. Das Verdienstniveau im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe war im untersuchten Zeitraum um fast ein Drittel niedriger als in der Industrie. Die jährlichen durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Angestellten in den genannten Dienstleistungsbereichen stiegen von 20 900 DM im Jahre 1974 in den beiden folgenden Jahren auf 21 800 DM (+ 4,4%) und 23 500 DM (+ 7,9%). Der niedrigere Durchschnittsverdienst im Dienstleistungsbereich ist nicht unerheblich durch die Gehaltsstruktur im Handel, insbesondere im Einzelhandel, bedingt, wo die Frauen am wenigsten verdienen. Anders als bei den Arbeitern wurden für Industriearbeitende die höchsten Bruttojahresverdienste im Wirtschaftsbereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie festgestellt; sie beliefen sich 1974 auf durchschnittlich 33 200 DM und erhöhten sich 1975 um 6,3% auf 35 400 DM und 1976 um 9,9% auf 38 800 DM. Die niedrigsten Bruttojahresverdienste erziel-

ten die Angestellten der Verbrauchsgüterindustrie. 1976 waren es 29 200 DM. Am stärksten nahmen die Jahresverdienste der Angestellten im Bereich der Energiewirtschaft und Wasserversorgung zu, und zwar 1975 um 12,2% und 1976 um 6,4%. Das unterschiedliche Verhältnis von technischen zu kaufmännischen Angestellten trägt nicht unerheblich zu den differierenden Bruttojahresverdiensten in den einzelnen Wirtschaftszweigen bei.

Die Angestelltenverdienste in Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe zusammen stiegen von 1974 bis 1976 etwas stärker als die Arbeiterverdienste; erstere erhöhten sich 1975 um 5,3% und 1976 um 8,9%, letztere um 4,3 bzw. 8,5%. Die Industriearbeiter kamen 1974 durchschnittlich noch auf 72%, 1976 dagegen nur auf 70% des Bruttojahresverdienstes eines Angestellten in der Industrie.

Verdienste der weiblichen Industriearbeitende um mehr als ein Drittel geringer als die der Männer

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der

Entwicklung der Bruttojahresverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen 1975 und 1976

Wirtschaftsbereich	1975			1976		
	ins-gesamt	männlich	weiblich	ins-gesamt	männlich	weiblich
	Veränderung zum Vorjahr in %					
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	12,2	13,3	7,2	6,4	6,1	7,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	6,3	6,0	6,8	9,9	9,1	11,4
Investitionsgüterindustrien	5,6	5,4	5,3	9,8	9,3	9,9
Verbrauchsgüterindustrien	6,5	6,2	7,1	8,1	7,7	7,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	4,4	4,0	6,0	8,4	8,9	7,3
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	6,1	3,9	12,9	7,4	7,1	5,1
Industrie						
einschl. Hoch- und Tiefbau	6,4	6,0	6,8	9,3	8,8	9,8
ohne Hoch- und Tiefbau	6,4	6,2	6,5	9,4	8,9	9,9
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	4,4	3,1	7,0	7,9	7,8	7,3
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5,3	5,1	6,4	8,9	8,5	8,3

männlichen Angestellten in der Industrie erhöhte sich von 33 000 DM im Jahre 1974 um 15% auf 38 100 DM. Die Steigerungsrate fiel damit etwas niedriger aus als bei den weiblichen Industrieangestellten. Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der männlichen Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe nahm im gleichen Zeitraum von 26 300 DM um 11% auf 29 200 DM zu; es ergaben sich ebenfalls geringere prozentuale Gehaltsverbesserungen als bei den Frauen. Von den einzelnen Wirtschaftsbereichen

der Industrie mußten sich die männlichen Angestellten der Bauwirtschaft mit relativ geringen Einkommensverbesserungen begnügen. Im Jahre 1976 erreichte der durchschnittliche Bruttojahresverdienst einer weiblichen Industrieangestellten einen Anteil von 65% am Verdienst ihres männlichen Kollegen; im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe betrug der entsprechende Anteil 64%.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Personalkosten und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe 1975

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften benötigt zur sachgerechten Durchführung ihrer Aufgaben vergleichbare Daten über die Höhe der Arbeitnehmereinkommen und der Arbeitskosten in verschiedenen Wirtschaftsbereichen der Mitgliedstaaten. Auch die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik erfordert dringend Daten über die Zusammensetzung der Arbeits- und Arbeitsnebenkosten. Durch sie wird es möglich, neben den in den Arbeitskosten enthaltenen Aufwendungskomponenten auch die darauf einwirkenden Einflüsse und Veränderungen sichtbar zu machen. Deshalb werden seit 1959 auf Veranlassung der Europäischen Gemeinschaften spezifische statistische Erhebungen durchgeführt, von denen die meisten den Bereich der Industrie betreffen.

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 328/75 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 10. Februar 1975 wurden zum vierten Male seit 1967 in allen Mitgliedstaaten die Personal- und Personalnebenkosten im produzierenden Gewerbe erhoben. Die

letzte der alle drei Jahre stattfindenden Erhebung bezog sich auf das Jahr 1975. Die Durchführung der Erhebung - Auswahl der Berichtsunternehmen, Prüfung und Aufbereitung der Erhebungspapiere - lag in der Bundesrepublik in den Händen der Statistischen Landesämter, während Druck der Erhebungspapiere, Ausarbeitung des Stichprobenplans und Zusammenstellung der Landes- und Bundesergebnisse beim Statistischen Bundesamt erfolgten. Lediglich der Steinkohlen- und Eisenerzbergbau wurden durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften über die zuständigen Unternehmensverbände befragt. Die Ergebnisse für diese beiden Wirtschaftszweige sind wegen gewisser Zusammenfassungen mit den übrigen Ergebnissen nicht voll vergleichbar und deshalb hier nicht enthalten.

In ihrer Fragestellung und Methodik stimmt die Erhebung mit der gleichartigen Erhebung aus dem Jahre 1972 weitgehend überein. Die Erhebung wurde auf der Grundlage eines Stichprobenverfahrens

Personalkosten je Arbeitnehmer sowie Anteil der Personalnebenkosten an den Personalkosten insgesamt
in ausgewählten Wirtschaftszweigen des produzierenden Gewerbes 1972 und 1975
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Personalkosten insgesamt je Arbeitnehmer			Anteil der Personalnebenkosten an den Personalkosten insgesamt	
	1972	1975	Veränderung	1972	1975
				DM	%
Verarbeitendes Gewerbe					
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden;	22 052	30 480	38,2	35,6	38,3
Herstellung und Verarbeitung von Glas	21 930	31 673	44,4	33,7	40,7
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	22 134	31 026	40,2	33,7	35,8
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	27 770	39 260	41,4	38,6	40,8
Maschinenbau	20 994	29 492	40,5	35,9	38,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	22 907	30 364	32,6	36,9	40,1
Textilgewerbe	21 701	28 631	31,9	30,8	34,8
Schuh- und Bekleidungsgewerbe	16 253	21 718	33,6	31,9	37,5
Be- und Verarbeitung von Holz	15 150	18 844	24,4	31,6	32,4
Papier- und Pappenerzeugung und -verarbeitung, Druckerei- und Verlagsgewerbe	19 851	26 413	33,1	33,0	34,5
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	21 148	29 772	40,8	33,3	36,0
Baugewerbe	20 598	27 049	31,3	32,1	36,4
Alle erfaßten Wirtschaftszweige ¹⁾	22 806	29 970	31,4	34,3	35,5
Arbeiter	22 168	30 690	38,4	35,4	38,2
Angestellte	19 885	26 665	34,1	35,5	38,7
	28 292	39 538	39,7	35,4	37,4

1) Produzierendes Gewerbe ohne: Steinkohlenbergbau (einschl. Herstellung von Steinkohlenbriketts), Eisenerzbergbau (Gewinnung und Aufbereitung), Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser, Wassergewinnung, -reinigung und -verteilung.

durchgeführt. Abgrenzung der Wirtschaftszweige und Nachweisung der Ergebnisse erfolgen nach der Nomenklatur der Allgemeinen Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (NACE). Auskunftspflichtig waren die Unternehmen oder Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; in die Stichprobe einbezogen wurden 565 Unternehmen und Betriebe. Die Ergebnisse der repräsentativ erfaßten Bereiche wurden auf alle Unternehmen hochgerechnet. In früheren Erhebungen bis einschließlich 1969 waren nur Unternehmen bzw. Betriebe erfaßt worden, die im Jahresdurchschnitt mindestens 50 Beschäftigte hatten. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit diesen früheren Erhebungen beinhalten die folgenden Ergebnisse ebenfalls nur die Angaben von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten.

Personalkosten je Arbeitnehmer stiegen von 1972 bis 1975 um nahezu zwei Fünftel

Im Durchschnitt aller erfaßten rheinland-pfälzischen Unternehmen und Betriebe des produzierenden Gewerbes beliefen sich die gesamten Personalkosten je Arbeitnehmer im Jahre 1975 auf 30 690 DM gegenüber 22 168 DM drei Jahre zuvor. Die Zunahme von 1972 bis 1975 betrug 38%; sie fiel für Angestellte, deren durchschnittliche Personalkosten im Berichtsjahr auf 39 500 DM (+ 40% gegenüber 1972) anstiegen, deutlich höher aus als für Arbeiter. Die gesamten Personalkosten je Arbeiter erhöhten sich im Jahre 1975 auf 26 700 DM, das sind 34% mehr als drei Jahre zuvor. In den einzelnen Wirtschaftszweigen war das Ausmaß der Zunahme recht unterschiedlich und bewegte sich zwischen + 44% (Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen) und + 24% (Schuh- und Bekleidungsgewerbe). In der chemischen Industrie (ohne Chemiefaserindustrie) wurden mit 39 300 DM die höchsten Personalkosten je Arbeitnehmer ermittelt, am niedrigsten waren sie im Schuh- und Bekleidungsgewerbe (18 800 DM). Schon 1972 hatten sich in diesen Wirtschaftszweigen die höchsten bzw. niedrigsten durchschnittlichen Personalkosten je Arbeitnehmer ergeben. Es konnte festgestellt werden, daß in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie in der Investitionsgüterindustrie die Belastung durch Arbeitskosten erheblich höher ist als in der Verbrauchsgüterindustrie.

Fast zwei Fünftel aller Personalkosten sind Nebenkosten

Während sich das Interesse der Öffentlichkeit oft nur auf die Veränderung der Tarifsätze bei Löhnen und Gehältern richtet, werden die von den Unternehmen außerdem zu leistenden Arbeitsnebenkosten und deren Entwicklung weniger beachtet; sie stellen jedoch einen bedeutenden Faktor im gesamten Komplex der Arbeitskosten dar. Hinzuweisen ist vor allem auf die Verlängerung des bezahlten Jahresurlaubs, zusätzliches Urlaubsgeld, Vereinbarungen über Sonderzahlungen und auf vermögenswirksame Leistungen.

Von den Personalkosten je Arbeitnehmer in Höhe von 30 700 DM entfielen 19 000 DM (62%) auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 11 700 DM (38%)

Entgelt für geleistete Arbeit je Arbeitnehmer
in ausgewählten Wirtschaftszweigen des produzierenden Gewerbes
1972 und 1975
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	1972	1975	Veränderung %
	DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe			
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	14 202	18 818	32,5
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erdern; Herstellung und Verarbeitung von Glas	14 544	18 774	29,1
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	14 671	19 927	35,8
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	17 044	23 226	36,3
Maschinenbau	13 455	18 071	34,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	14 461	18 199	25,8
Textilgewerbe	15 022	18 661	24,2
Schuh- und Bekleidungsgewerbe	11 072	13 579	22,6
Be- und Verarbeitung von Holz	10 365	12 733	22,8
Papier- und Pappenerzeugung und -verarbeitung, Druckerei- und Verlagsgewerbe	13 293	17 311	30,2
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	14 111	19 065	35,1
Baugewerbe	13 976	17 208	23,1
Alle erfaßten Wirtschaftszweige ¹⁾	14 979	19 319	29,0
Arbeiter	14 313	18 967	32,5
Angestellte	12 832	16 341	27,3
	18 286	24 740	35,3

1) Produzierendes Gewerbe ohne: Steinkohlenbergbau (einschl. Herstellung von Steinkohlenbriketts), Eisenerzbergbau (Gewinnung und Aufbereitung), Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser, Wassergewinnung, -reinigung und -verteilung.

auf Nebenkosten. Unter Entgelt für geleistete Arbeit ist der Betrag zu verstehen, der den Arbeitnehmern lediglich auf Grund der geleisteten Arbeit zusteht, also um alle Zahlungen vermindert ist, die nicht mit der eigentlichen Arbeitsleistung in direktem Zusammenhang stehen (Personalnebenkosten), zum Beispiel Fortzahlung des Lohnes bzw. Gehaltes im Krankheitsfalle, während des Urlaubs und an gesetzlichen Feiertagen, ferner Sozialversicherungsbeiträge, Gratifikationen, Familien-, Hausstands- und Kindergeld, Wohnungshilfe, Studienbeihilfen, Kleidergelder, Trennungsgelder, Prämien.

Hinzuweisen ist hierbei darauf, daß für Arbeiter unter den geleisteten Arbeitsstunden die innerhalb der Arbeitsstätte verbrachte Zeit abzugliedert gesetzter Ruhepausen zu verstehen ist, die innerhalb der betrieblichen Arbeitszeit gewährt werden. Bei den Angestellten umfaßt dieser Begriff die tarifliche oder betriebsübliche Arbeitszeit abzugliedert der Zahl der bezahlten Urlaubs- und gesetzlichen Feiertagsstunden. Sonstige Ausfallzeiten, infolge Krankheit oder wegen Arbeitsbefreiung, werden dagegen zu den geleisteten Arbeitsstunden gerechnet, während andererseits Mehrarbeitsstunden unberücksichtigt bleiben.

Gegenüber 1972 sind die Personalnebenkosten um fast die Hälfte gestiegen, das Entgelt für geleistete Arbeit hingegen nur um knapp ein Drittel. Damit hat sich eine Entwicklung fortgesetzt, die in Rheinland-Pfalz wie im Bundesgebiet schon auf Grund der Ergebnisse früherer Erhebungen festgestellt werden konnte. Bemerkenswert ist weiterhin, daß sowohl das Entgelt für geleistete Arbeit je Arbeitnehmer als auch die Personalnebenkosten je Arbeitnehmer von 1972 bis 1975 bei den Angestellten stär-

Personalnebenkosten je Arbeitnehmer
in ausgewählten Wirtschaftszweigen des produzierenden Gewerbes
1972 und 1975
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	1972	1975	Veränderung %
	DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe	7 849	11 662	48,6
Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen	7 386	12 899	74,6
Be- und Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung und Verarbeitung von Glas	7 463	11 099	48,7
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	10 726	16 034	49,5
Herstellung von Metallerzeugnissen (ohne Maschinen- und Fahrzeugbau)	7 539	11 421	51,5
Maschinenbau	8 446	12 165	44,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	6 679	9 970	49,3
Textilgewerbe	5 181	8 139	57,1
Schuh- und Bekleidungsgewerbe	4 785	6 111	27,7
Be- und Verarbeitung von Holz	6 558	9 102	38,8
Papier- und Pappenerzeugung und -verarbeitung, Druckerei- und Verlagsgewerbe	7 037	10 707	52,2
Verarbeitung von Gummi und Kunststoffen	6 622	9 841	48,6
Baugewerbe	7 827	10 651	36,1
Aller erfaßten Wirtschaftszweige ¹⁾	7 855	11 723	49,2
Arbeiter	7 053	10 324	46,4
Angestellte	10 006	14 798	47,9

1) Produzierendes Gewerbe ohne: Steinkohlenbergbau (einschl. Herstellung von Steinkohlenbriketts), Eisenerzbergbau (Gewinnung und Aufbereitung), Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser, Wassergewinnung, -reinigung und -verteilung.

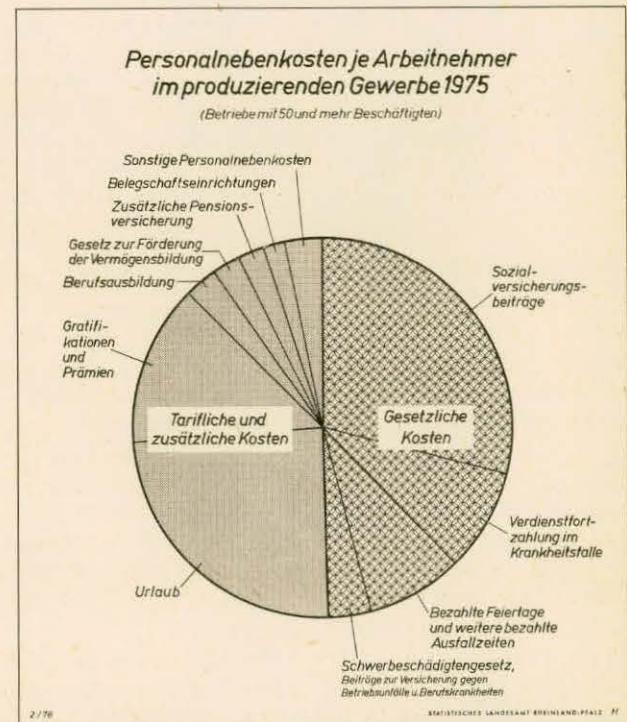
ker zugenommen haben als bei den Arbeitern; für erstere erreichte die Steigerung + 35 bzw. + 48%, für letztere hingegen + 27 bzw. + 46%. Im Berichtsjahr wich die Quote der Personalnebenkosten an den Personalkosten bei den Arbeitern (39%) nur unerheblich von der bei den Angestellten mit 37% ermittelten ab.

In den insgesamt erfaßten Wirtschaftszweigen erhöhte sich der Anteil der Personalnebenkosten an den Personalkosten, welcher seit geraumer Zeit eine steigende Tendenz aufzuweisen hat, erneut, und zwar von 35% im Jahre 1972 auf 38% im Berichtsjahr. Die kräftigste Steigerung der Personalnebenkosten je Arbeitnehmer von 1972 bis 1975 wurde im Wirtschaftszweig Erzeugung und erste Bearbeitung von Metallen ermittelt (+ 75%), die niedrigste im Schuh- und Bekleidungsgewerbe (+ 28%). Von den einzelnen Wirtschaftszweigen verzeichnete im Berichtsjahr die chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie) mit 16 000 DM die absolut höchsten Personalnebenkosten je Arbeitnehmer; am niedrigsten waren sie im Schuh- und Bekleidungsgewerbe (6 100 DM). Damit war der Anteil der Personalnebenkosten an den Personalkosten insgesamt, der nicht unabhängig von der wirtschaftlichen Gesamtsituation einer Branche sein dürfte, am höchsten in der chemischen Industrie (ohne Chemiefaserindustrie) mit 41% und am niedrigsten im Schuh- und Bekleidungsgewerbe mit 32%. Die rheinland-pfälzische Schuhindustrie, der eine erhebliche Bedeutung zukommt, unterliegt seit vielen Jahren einem strukturellen Anpassungsprozeß, der nicht ohne Auswirkungen auf die Ertragslage und damit auch auf die Verdienstsituation der dort beschäftigten Arbeitnehmer geblieben ist.

Gesetzliche Personalnebenkosten überwiegen bei den Arbeitern, tarifliche und zusätzliche Personalnebenkosten bei den Angestellten

Durch die betrieblichen Sozialleistungen werden sozialpolitische Ziele mit Hilfe der Unternehmen verwirklicht. Die Ziele werden aber nicht nur durch den Staat und die Sozialpartner, sondern auch durch die Unternehmen selbst bestimmt. Die bedeutendsten Kostenarten der Personalnebenkosten sind die Sozialversicherungsbeiträge, Zahlungen für Urlaub sowie Gratifikationen, Verdienstfortzahlung im Krankheitsfalle und bezahlte Feiertage. 1972 entfielen von den Personalnebenkosten je Arbeitnehmer in Höhe von 7 855 DM auf die genannten Kostenarten nicht weniger als 81%. Drei Jahre danach erreichte der Anteil, welcher von den Personalnebenkosten, die inzwischen auf 11 526 DM gestiegen waren, für die gleichen Kostenarten ermittelt wurde, schon 84%. In diesem Zeitraum nahmen die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten in nahezu gleich hohem Umfang wie die gesetzlichen Nebenleistungen der Arbeitgeber zu; erstere erhöhten sich durchschnittlich je Arbeitnehmer um 47% auf 5 801 DM, letztere um 46% auf 5 725 DM. Damit blieben die Anteile der tariflichen und zusätzlichen einerseits, der gesetzlichen Personalnebenkosten andererseits an den gesamten Personalnebenkosten je Arbeitnehmer mit jeweils der Hälfte konstant. Im Berichtsjahr gewannen von den wichtigeren Kostenarten die Sozialversicherungsbeiträge sowie Zahlungen für Urlaub und Gratifikationen geringfügig an Bedeutung, während die Quote für Verdienstfortzahlung im Krankheitsfalle von 10,6% im Jahre 1972 auf 8,8% im Jahre 1975 zurückging.

Die Struktur der Personalnebenkosten ist bei Arbeitern und Angestellten unterschiedlich. Für die Angestellten haben die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten die größere Bedeutung. Dies



Personalnebenkosten je Arbeitnehmer nach Kostenarten im produzierenden Gewerbe¹⁾ 1972 und 1975
(Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten)

Kostenart	Personalnebenkosten je Arbeitnehmer				Personalnebenkosten je Arbeiter				Personalnebenkosten je Angestellten			
	1972		1975		1972		1975		1972		1975	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Gesetzliche Personalnebenkosten	3 916	49,9	5 725	49,7	3 772	53,5	5 395	53,1	4 302	43,0	6 470	44,3
Sozialversicherungsbeiträge	2 184	27,9	3 332	28,9	2 074	29,4	3 141	30,9	2 478	24,8	3 763	25,8
Bezahlte Feiertage ²⁾	632	8,0	944	8,2	536	7,6	775	7,6	889	8,9	1 324	9,1
Verdienstfortzahlung im Krankheitsfalle	834	10,6	1 021	8,8	886	12,6	1 053	10,4	696	7,0	948	6,5
Mutterschutzgesetz	2	0,0	6	0,1	2	0,0	5	0,1	3	0,0	9	0,0
Schwerbeschädigtengesetz, Beiträge zur Versicherung gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten	264	3,4	422	3,7	274	3,9	421	4,1	236	2,3	426	2,9
Tarifliche und zusätzliche Personalnebenkosten	3 939	50,1	5 801	50,3	3 281	46,5	4 769	46,9	5 704	57,0	8 123	55,7
Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung	232	3,0	273	2,4	228	3,2	273	2,7	242	2,4	273	1,9
Gratifikationen ³⁾	1 014	12,9	1 592	13,8	657	9,3	1 057	10,4	1 973	19,7	2 796	19,1
Zusätzliche Pensionsversicherung	259	3,3	251	2,2	202	2,9	161	1,6	412	4,1	452	3,1
Wohnungshilfe und Naturalleistungen	25	0,3	68	0,6	22	0,3	64	0,6	32	0,3	78	0,5
Urlaub ⁴⁾	1 708	21,7	2 792	24,2	1 504	21,3	2 438	24,0	2 255	22,6	3 587	24,6
Belegschaftseinrichtungen	129	1,6	211	1,8	123	1,7	192	1,9	143	1,4	255	1,7
Familienbeihilfen	44	0,6	33	0,3	34	0,5	31	0,3	71	0,7	38	0,3
Berufsausbildung	243	3,1	324	2,8	215	3,1	302	3,0	318	3,2	373	2,6
Sonstige Personalnebenkosten	285	3,6	257	2,2	296	4,2	251	2,4	258	2,6	271	1,9
Insgesamt	7 855	100,0	11 526	100,0	7 053	100,0	10 164	100,0	10 006	100,0	14 593	100,0

1) Ohne Steinkohlenbergbau (einschl. Herstellung von Steinkohlenbriketts), Eisenerzbergbau (Gewinnung und Aufbereitung), Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser, Wassergewinnung, -reinigung und -verteilung. - 2) Gesetzlich zu bezahlende Feiertage und weitere bezahlte Ausfallzeiten. - 3) Einschl. Prämien. - 4) Einschl. Urlaubsabgeltung und Entlassungsentschädigungen.

ist vorwiegend darauf zurückzuführen, daß bei den Angestellten die Krankheits- und Altersvorsorge nur bis zu einer festgelegten oberen Verdienstgrenze reicht. Als Ausgleich erhalten die Angestellten jedoch deutlich höhere tarifliche, vertragliche und freiwillige Leistungen der Arbeitgeber. Mit durchschnittlich 8 123 DM je Angestellten erreichten die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten im Berichtsjahr eine Quote von 56% an den gesamten Personalnebenkosten, das ist ein Prozentpunkt weniger als 1972. Dagegen haben bei den Arbeitern die gesetzlichen Personalnebenkosten das größere Gewicht; 1975 betrug deren Anteil an den Personalnebenkosten je Arbeiter 53% (1972: 54%). Von den wichtigeren Kostenarten fielen bei den Arbeitern die Sozialversicherungsbeiträge mit einem Anteil von 31% an den gesamten Personalnebenkosten je

Arbeiter stärker ins Gewicht als bei den Angestellten, wo die entsprechende Quote nur 26% ausmachte. Auch die Verdienstfortzahlung im Krankheitsfalle spielt für die Arbeiter eine größere Rolle. Andererseits ergaben sich bei den Personalnebenkosten je Angestellten höhere prozentuale Anteile vor allem für die Kostenarten Gratifikationen, bezahlte Feiertage und zusätzliche Pensionsversicherung.

Während gesetzliche Personalnebenkosten zwangsläufig in allen erfaßten Unternehmen ermittelt wurden, ist das bei den tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten nicht unbedingt der Fall. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß sich mit steigender Unternehmensgröße auch die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten je Arbeitnehmer erhöhten.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Steuerliche Belastung der Löhne und Gehälter 1974

Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1974

Für das Jahr 1974 wurde wieder bundeseinheitlich eine Lohnsteuerstatistik durchgeführt. Rechtsgrundlage war das Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), welches grundsätzlich einen Erhebungsturnus von drei Jahren vorsieht.

Von der Statistik zu erfassen waren alle Personen, die im Jahre 1974 Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit erzielten (Arbeitnehmer) und in Rheinland-Pfalz ihren Wohnsitz hatten, unabhängig davon, wo sich ihr Arbeitsort befand. Gemäß § 1 Abs. 2 LStDV sind Arbeitnehmer Personen, die

bei einem privaten oder öffentlichen Arbeitgeber gegen Entlohnung tätig sind (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Auszubildende) oder waren (Pensionäre, Betriebsrentner). Auch die Rechtsnachfolger dieser Personen gelten als Arbeitnehmer, soweit sie Zahlungen aus dem früheren Dienstverhältnis ihres Rechtsvorgängers beziehen (Witwen- und Waisengeldempfänger). Zu dem in der Lohnsteuerstatistik nachgewiesenen Bruttoarbeitslohn zählen gemäß § 2 LStDV grundsätzlich alle Einnahmen des Arbeitnehmers aus einem Dienstverhältnis, die in Geld oder Geldeswert (Sachbezüge) bestehen. Zu

Lohnsteuerpflichtige und deren Bruttolohn nach Bruttolohngruppen 1961 - 1974

Bruttolohngruppe	Insgesamt					Anteil				
	1961	1965	1968	1971	1974	1961	1965	1968	1971	1974
	Anzahl bzw. 1 000 DM					%				
Lohnsteuerpflichtige (Fälle)										
unter 2 400 DM	180 017	163 731	157 599	150 417	119 915	16,8	13,7	13,3	10,9	8,3
2 400 - 4 800 "	222 208	140 306	117 241	105 216	98 061	20,7	11,8	9,9	7,6	6,8
4 800 - 7 200 "	319 031	186 295	142 120	101 852	77 225	29,8	15,6	12,0	7,4	5,3
7 200 - 9 600 "	212 873	244 224	184 565	112 302	84 124	19,9	20,5	15,6	8,2	5,8
9 600 - 12 000 "	75 063	212 470	214 530	127 238	86 312	7,0	17,8	18,2	9,2	6,0
12 000 - 16 000 "	42 072	168 631	230 806	280 073	157 441	3,9	14,2	19,5	20,4	10,9
16 000 - 20 000 "	12 128	44 271	75 332	245 883	211 280	1,1	3,7	6,4	17,9	14,6
20 000 - 25 000 "	5 250	17 685	37 392	145 258	262 512	0,5	1,5	3,2	10,6	18,2
25 000 - 36 000 "	2 297	10 654	17 216	85 246	258 213	0,2	0,9	1,5	6,2	17,9
36 000 - 50 000 "	882	2 114	3 615	16 644	68 346	0,1	0,2	0,3	1,2	4,7
50 000 - 75 000 "	224	825	1 355	4 345	16 784	0,0	0,1	0,1	0,3	1,2
75 000 - 100 000 "	74	180	240	759	2 557	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2
100 000 DM und mehr	53	117	171	441	1 140	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Insgesamt	1 072 172	1 191 503	1 182 182	1 375 674	1 443 910	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bruttolohn										
unter 2 400 DM	211 051	194 951	189 119	179 804	147 556	3,2	1,9	1,7	1,0	0,6
2 400 - 4 800 "	826 203	512 779	425 676	364 950	351 155	12,6	5,1	3,7	2,0	1,3
4 800 - 7 200 "	1 928 253	1 125 703	857 543	613 102	460 162	29,5	11,1	7,5	3,3	1,8
7 200 - 9 600 "	1 749 921	2 060 951	1 559 960	946 678	707 570	26,7	20,4	13,6	5,1	2,7
9 600 - 12 000 "	793 135	2 272 251	2 313 413	1 379 693	932 303	12,1	22,5	20,2	7,4	3,6
12 000 - 16 000 "	573 659	2 284 189	3 168 163	3 937 189	2 215 367	8,8	22,6	27,7	21,2	8,5
16 000 - 20 000 "	214 866	781 745	1 336 895	4 388 110	3 820 917	3,3	7,7	11,7	23,6	14,6
20 000 - 25 000 "	115 338	388 776	822 061	3 201 700	5 877 129	1,8	3,9	7,2	17,3	22,4
25 000 - 36 000 "	66 468	307 923	492 593	2 475 563	7 518 848	1,0	3,0	4,3	13,3	28,7
36 000 - 50 000 "	36 391	87 820	149 336	679 183	2 804 189	0,6	0,9	1,3	3,7	10,7
50 000 - 75 000 "	13 460	48 461	79 327	255 371	974 222	0,2	0,5	0,7	1,4	3,7
75 000 - 100 000 "	6 256	15 316	20 189	63 992	216 501	0,1	0,2	0,2	0,3	0,8
100 000 DM und mehr	8 981	17 708	27 496	66 439	163 207	0,1	0,2	0,2	0,4	0,6
Insgesamt	6 543 982	10 098 573	11 441 770	18 551 774	26 189 127	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

nennen sind vor allem Gehälter, Löhne, Provisio-
nen, Gratifikationen, Ruhegelder, Witwen- und
Waisengelder. Nicht zum Arbeitslohn gehören da-
gegen zum Beispiel Ausgaben des Arbeitgebers für
die Zukunftssicherung des Arbeitnehmers, sofern
sie auf Grund gesetzlicher Verpflichtung geleistet
wurden.

Als Erhebungsunterlagen dienten die dem Statis-
tischen Landesamt von den Finanzämtern zuge-
leiteten Lohnsteuerkarten, soweit es sich nicht um
Arbeitnehmer handelte, für die von der Finanz-
verwaltung ein maschinelles Lohnsteuer-Jahresaus-
gleich vorgenommen worden war. Für diese Fälle
wurden vom Rechenzentrum der Oberfinanzdirektion
Koblenz die im Rahmen der maschinellen Be-
arbeitung der Jahresausgleichsberechnungen ange-
fallenen Datenbänder mit den für die Statistik er-
forderlichen Angaben zur Verfügung gestellt. Die
Daten von knapp der Hälfte aller statistisch ermit-
telten Arbeitnehmer (Steuerfälle) konnten direkt
den maschinellen Bändern entnommen und aufbe-
reitet werden. Soweit Lohnsteuerkarten die Erhe-
bunggrundlage bildeten, wurden die darauf ent-
haltenen Angaben abgelocht und dann ebenfalls
durch die elektronische Datenverarbeitung aufbe-
reitet. Wie bereits bei den vorhergehenden Statisti-
ken der Jahre 1968 und 1971 praktiziert, wurden
auch 1974 wiederum alle Ehegatten mit beider-
seitigem Bruttolohn, deren Steuerkarten zusam-
mengeführt werden konnten, als ein einziger Steu-
erpflichtiger mit den zusammengerechneten Brutto-

löhnen gezählt. Wenn also im folgenden von Steuer-
pflichtigen die Rede ist, so ist zu beachten, daß
Ehegatten, die beide Arbeitseinkommen bezogen,
als ein Steuerpflichtiger gelten, während beim In-
dividualnachweis von Steuerfällen gesprochen wird.

Nach eigenen Angaben wurden von den Städten
und Gemeinden des Landes für das Erhebungsjahr
1974 insgesamt 1,93 Mill. Lohnsteuerkarten ausge-
geben. Die in der Lohnsteuerstatistik nachgewiesene
1,44 Mill. Steuerfälle entsprechen einem Erfas-
sungsgrad von knapp 74,8%. Allerdings ist die sta-
tistische Unterfassung doch erheblich geringer als
25,2%; denn neben den Steuerkarten, die entgegen
den Vorschriften dem Statistischen Landesamt nicht
oder erst nach Abschluß der Aufbereitungsarbeiten
zugeleitet wurden, erscheinen auch die vorgelegten
Leerkarten und die Zweitkarten der Steuerklasse
VI, deren Beträge auf die jeweilige Erstkarte über-
nommen wurden, zahlenmäßig nicht in der Statis-
tik.

Im folgenden Beitrag wird dargestellt, wie sich
die Bruttolohngruppenbesetzung der Steuerpflichti-
gen gegenüber dem Erhebungsjahr 1971 verändert
hat, von welchen Einkommensschichten die Lohn-
steuer überwiegend getragen wird, wie hoch die
steuerliche Belastung der Löhne und Gehälter war
und welche Entlastung andererseits durch über die
Pauschbeträge hinausgehende steuerfreie Abzugs-
beträge bewirkt werden konnte.

In der Lohnsteuerstatistik 1974 sind in Rheinland-
Pfalz insgesamt 1,22 Mill. Steuerpflichtige oder 1,44

Bruttolohngruppe	Steuerpflichtige			Bruttolohn			Lohnsteuer			
	Anzahl	%	dagegen 1971 %	Mill. DM	%	dagegen 1971 %	%	DM je Steuer- pflich- tigen	% des Brutto- lohnes	dagegen 1971 %
unter 2 400 DM	93 382	7,7	10,1	114	0,4	0,8	0,0	6	0,5	0,4
2 400 - 4 800 "	72 072	5,9	6,3	259	1,0	1,4	0,1	62	1,7	1,5
4 800 - 7 200 "	52 351	4,3	5,7	310	1,2	2,2	0,5	323	5,5	4,6
7 200 - 9 600 "	55 614	4,6	6,5	468	1,8	3,5	0,9	592	7,0	7,0
9 600 - 12 000 "	56 548	4,6	7,7	611	2,3	5,3	1,5	970	9,0	8,5
12 000 - 16 000 "	109 152	9,0	17,5	1 539	5,9	15,6	4,4	1 480	10,5	9,2
16 000 - 20 000 "	150 508	12,3	16,9	2 720	10,4	19,3	8,7	2 123	11,7	9,8
20 000 - 25 000 "	194 455	15,9	13,8	4 365	16,7	19,5	14,8	2 774	12,4	11,0
25 000 - 36 000 "	269 826	22,1	12,2	8 009	30,6	22,7	30,7	4 153	14,0	13,5
36 000 - 50 000 "	123 757	10,2	2,6	5 127	19,6	6,6	23,2	6 858	16,6	16,2
50 000 - 75 000 "	35 887	2,9	0,6	2 085	7,9	2,3	11,1	11 258	19,4	19,2
75 000 - 100 000 "	4 551	0,4	0,1	382	1,4	0,4	2,4	19 479	23,2	24,2
100 000 DM und mehr	1 466	0,1	0,0	201	0,8	0,4	1,7	43 029	31,3	32,2
Insgesamt	1 219 569	100,0	100,0	26 189	100,0	100,0	100,0	2 997	14,0	11,1

Mill. Lohnsteuerfälle gezählt worden. Das sind 3,4% Steuerpflichtige bzw. 5% Steuerfälle mehr als drei Jahre zuvor (1971 gegenüber 1968: + 13,4% bzw. + 16,4%). Die Lohnsteuerpflichtigen verdienten im Jahre 1974 einen Bruttolohn von insgesamt 26,2 Mrd. DM, wobei die Erhöhung gegenüber 1971 mehr als vier Zehntel ausmachte. Die Lohnsteuer ist - nach Berücksichtigung der im Lohnsteuer-Jahresausgleich erstatteten Beträge - auf 3,7 Mrd. DM angestiegen. Bedingt durch das Aufrücken der Steuerpflichtigen in höhere Bruttolohngruppen war die Zuwachsrate der Lohnsteuer von 77% annähernd doppelt so hoch wie die des Bruttolohnes. Die durchschnittliche steuerliche Belastung, das ist der Anteil der Lohnsteuer am Bruttolohn, belief sich auf 14%; 1971 waren es 11,1% und 1968 nur 8,1% gewesen.

Jeder zweite Lohnsteuerpflichtige verdiente zwischen 20 000 und 50 000 DM

Die Schichtung der Steuerfälle/Steuerpflichtigen hat sich nach den Ergebnissen der in der Zeit von 1961 bis 1974 durchgeführten Lohnsteuerstatistiken zugunsten mittlerer und höherer Bruttolohngruppen entwickelt, wobei der Wendepunkt zwischen Ab- und Zunahme sich ständig in höhere Bereiche verschob. So verdienten die meisten Arbeitnehmer im Jahre 1974 zwischen 25 000 und 36 000 DM - mehr als ein Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen befanden sich in dieser Bruttolohngruppe -, während 1971 nur rund 12 von 100 ein entsprechendes Bruttoeinkommen hatten. Annähernd die Hälfte der Lohnsteuerpflichtigen 1974 mit zwei Dritteln der gesamten Bruttolohnsumme entfiel auf die Größenklassen zwischen 20 000 und 50 000 DM. Deutlich abgenommen hat die Zahl der Steuerpflichtigen mit Bruttolöhnen bis zu 20 000 DM. 1971 verdiente noch jeder Zweite, 1974 nur jeder Dritte weniger als 16 000 DM. Rund ein Sechstel der Lohnsteuerpflichtigen bezog ein Bruttoeinkommen von weniger als 7 200 DM (1971: 22%), das jedoch nur knapp 3% der gesamten Bruttolohnsumme erbrachte. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß es sich bei den Arbeitnehmern dieser Bruttolohngruppen erfahrungsgemäß um Beschäftigte handelt, deren Jahresein-

kommen neben niedrigen Monatsverdiensten auch auf nicht ganzjähriger Beschäftigungszeit beruht. Mehr als 50 000 DM verdienten 3,4% (1971: 0,7%) aller Lohnsteuerpflichtigen, die jedoch rund ein Zehntel der gesamten Bruttolohnsumme erbrachten.

Auch hinsichtlich der von den Steuerpflichtigen gezahlten Lohnsteuer hat sich die Tendenz einer Verlagerung des Wendepunktes zwischen Ab- und Zunahme der Anteile in mittlere und höhere Bruttolohngruppenbereiche fortgesetzt. Nahezu 40% des Steueraufkommens wurden von den Steuerpflichtigen mit einem Bruttolohn von 36 000 DM und mehr erbracht. Die mehr als 25 000 DM Verdienenden - ihr Lohnsteueranteil war im Jahre 1971 mit rund 43% noch erheblich geringer - zahlten zusammen fast 70% der Lohnsteuer 1974. Knapp 8% der gesamten Lohnsteuer (1971: 20%) hatten diejenigen Steuerpflichtigen zu tragen, deren Verdienst weniger als 16 000 DM betrug. Bei diesem Personenkreis handelte es sich um etwa jeden dritten Arbeitnehmer.

Nur noch jeder achte Lohnsteuerpflichtige ohne Steuerbelastung

Von den 1974 insgesamt ausgewiesenen Lohnsteuerpflichtigen waren 1,06 Mill. oder knapp 87% steuerbelastet. Gegenüber 1971 (975 000) war der Anstieg um 90 400 oder mehr als 9% deutlich geringer als in dem vom wirtschaftlichen Aufschwung geprägten Zeitraum 1968 bis 1971 mit einer Erhöhung der lohnsteuerlich belasteten Arbeitnehmerzahl um fast 24%. Die Zahl der Nichtsteuerbelasteten 1974 verringerte sich auf 155 000, wobei sich die Relation von Steuerbelasteten zu Nichtsteuerbelasteten erneut verschob. Es traf 1974 nur noch in jedem achten Fall zu, daß der Bruttolohn die Freigrenzen nicht überstieg. 1971 blieb etwa jeder Sechste, 1968 noch fast jeder Vierte steuerfrei. Diese Entwicklung beruht auf den im Verlauf der letzten drei Jahre gestiegenen Löhnen und Gehältern. 1974 mußten die Steuerbelasteten insgesamt 14,2% des gesamten Bruttolohnes als Lohnsteuer abführen, 1971 waren es 11,5% und 1968 erst 9% gewesen.

Die Auswirkung des progressiv gestaffelten Steu-

Steuerbelastete und nichtsteuerbelastete Lohnsteuerpflichtige,
deren Bruttolohn und Lohnsteuer nach Bruttolohngruppen
1968, 1971 und 1974

Bruttolohngruppe	Nichtsteuerbelastete in % der Lohn- steuerpflichtigen			Lohnsteuer in % des Bruttolohns der Steuerbelasteten		
	1968	1971	1974	1968	1971	1974
unter 2 400 DM	95,7	94,9	94,2	5,3	6,7	7,1
2 400 - 4 800 "	63,5	67,2	58,9	3,5	3,9	3,7
4 800 - 7 200 "	32,8	29,5	18,2	6,6	6,5	6,7
7 200 - 9 600 "	14,9	9,7	8,1	7,1	7,8	7,6
9 600 - 12 000 "	9,2	5,8	4,7	7,1	9,0	9,4
12 000 - 16 000 "	3,8	3,7	3,6	7,6	9,5	10,9
16 000 - 20 000 "	0,9	1,0	1,8	9,2	9,9	12,0
20 000 - 25 000 "	0,3	0,2	0,4	11,0	11,0	12,4
25 000 - 36 000 "	0,0	0,0	0,0	13,3	13,5	14,0
36 000 - 50 000 "	0,1	0,0	0,0	15,9	16,2	16,6
50 000 - 75 000 "	-	{ 0,1	0,0	19,9	19,4	
75 000 - 100 000 "	-	{ 0,1	-	25,8	21,4	23,2
100 000 DM und mehr	-	{ 0,1	-	34,1	31,3	
Insgesamt	24,3	17,3	12,7	8,9	11,5	14,2

ertarifs zeigt sich bereits beim Vergleich der prozentualen Anteile am Lohnsteueraufkommen der Steuerpflichtigen mit den entsprechenden Anteilen der Bruttolohnsumme in der Gliederung nach Lohngrößenklassen. In den unteren und mittleren Bereichen ist der jeweilige Anteil der Lohnsteuer niedriger, in den oberen Bruttolohngruppen jedoch zunehmend höher als der Anteil an der Bruttolohnsumme. In dem Bereich 25 000 bis 36 000 DM sind die Anteile mit 30,7 bzw. 30,6% nahezu gleich hoch. Ab der Größenklasse 36 000 bis 50 000 sind die Anteile der Lohnsteuer gegenüber denjenigen des Bruttolohnes deutlich überproportional.

Noch deutlicher wird die mit zunehmendem Bruttolohn steigende Steuerbelastung, wenn von dem Verdienst der Steuerbelasteten ausgegangen wird. Bei den Steuerbelasteten mit Bruttojahreslöhnen unter 2 400 DM - ihr Anteil an den Steuerpflichtigen insgesamt belief sich auf 6% - betrug die lohnsteuerliche Belastung immerhin noch 7%. Vermutlich hätte dieser Personenkreis eine 100prozentige Entlastung erreichen können, wenn ein Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich gestellt worden wäre. Dies dürfte, abgesehen von den Fällen, die aufgrund weiterer Einkünfte zu veranlagen waren, aus Unkenntnis oder Desinteresse unterblieben sein. Am

niedrigsten war die Belastung für die Lohngruppe 2 400 bis 4 800 DM mit einer Quote von 3,7%, die bis auf 31,3% in der Größenklasse 100 000 DM und mehr ansteigt. Erwartungsgemäß nimmt die Zahl der Nichtsteuerbelasteten mit steigendem Bruttolohn schnell ab. Fast drei Fünftel der 154 600 Nichtsteuerbelasteten 1974 befinden sich in der Bruttolohngruppe unter 2 400 DM und fast 85% erreichten nicht ganz den Betrag von jeweils 4 800 DM.

Vier von fünf der Lohnsteuerpflichtigen mit Verdiensten zwischen 9 600 und 25 000 DM machten steuerfreie Abzugsbeträge geltend

Von den Steuerentlastungsmöglichkeiten durch das Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahren und/oder den Lohnsteuer-Jahresausgleich - Pauschbeträge, die bereits in die Lohnsteuertabellen eingearbeitet sind, werden in diesem Zusammenhang nicht behandelt - haben im Jahr 1974 rund 844 000 Lohnsteuerpflichtige Gebrauch gemacht. Gegenüber 1968 (71,7%) und 1971 (72,6%) wurden diese beiden Möglichkeiten im Jahr 1974 somit nur von rund 69% der Lohnsteuerpflichtigen genutzt. Die Zahl der Ermäßigungsanträge ohne Lohnsteuer-Jahresausgleich erhöhte sich dabei noch von 172 000 (1971) auf 184 000, während die Zahl der Anträge auf Lohnsteuer-Jahresausgleich um 25 000 auf 660 000 zurückging, was im wesentlichen eine Folge des gestiegenen Lohnniveaus und des damit verbundenen Hineinwachsens in die veranlagungspflichtigen Einkommen sein dürfte. Welche diesbezüglichen Auswirkungen die Einkommensteuerreform ab 1. Januar 1975 hatte, ob insbesondere die angestrebte Entlastung der Finanzämter durch eine relativ hohe Vorsorgepauschale realisiert werden konnte, werden erst die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1977 zeigen.

Die Gliederung der Lohnsteuerpflichtigen mit steuerfreien Abzugsbeträgen nach Bruttolohngruppen läßt erkennen, daß die Möglichkeit des reinen Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahrens (ohne Lohnsteuer-Jahresausgleich) in den oberen Größenklassen ab 50 000 DM und in der unteren Gruppe die relativ stärkste Bedeutung hatte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei Arbeitnehmern mit höherem

Lohnsteuerpflichtige mit steuerfreien Abzugsbeträgen nach Bruttolohngruppen 1974

Bruttolohngruppe	Lohnsteuerpflichtige mit steuerfreien Abzugsbeträgen insgesamt		davon			
	Anzahl	% der Lohnsteuerpflichtigen insgesamt	ohne Lohnsteuer-Jahresausgleich		mit Lohnsteuer-Jahresausgleich	
			Anzahl	% der Lohnsteuerpflichtigen insgesamt	Anzahl	% der Lohnsteuerpflichtigen insgesamt
unter 2 400 DM	59 837	64,1	31 223	33,4	28 614	30,7
2 400 - 4 800 "	45 352	62,9	8 715	12,1	36 637	50,8
4 800 - 7 200 "	38 198	73,0	4 734	9,1	33 464	63,9
7 200 - 9 600 "	43 715	78,6	9 912	17,8	33 803	60,8
9 600 - 12 000 "	47 366	83,8	7 920	14,0	39 446	69,8
12 000 - 16 000 "	93 248	85,4	12 732	11,6	80 516	73,8
16 000 - 20 000 "	130 306	86,6	11 752	7,8	118 554	78,8
20 000 - 25 000 "	155 959	80,2	13 770	7,1	142 189	73,1
25 000 - 36 000 "	161 268	59,8	37 215	13,8	124 053	46,0
36 000 - 50 000 "	50 420	40,7	29 132	23,5	21 288	17,2
50 000 - 75 000 "	15 313	42,7	13 721	38,2	1 592	4,5
75 000 - 100 000 "	2 468	54,2	2 463	54,1	5	0,1
100 000 DM und mehr	878	59,9	875	59,7	3	0,2
Insgesamt	844 328	69,2	184 164	15,1	660 164	54,1

Bruttolohngruppe	Steuerfreie Abzugsbeträge ¹⁾					Im Lohnsteuer-Jahresausgleich erstatteter/verrechneter Betrag	
	insgesamt	davon von Lohnsteuerpflichtigen					
		ohne Lohnsteuer-Jahresausgleich	mit Lohnsteuer-Jahresausgleich				
		1 000 DM	% des Brutto- lohns	1 000 DM	% des Brutto- lohns	1 000 DM	
						% der Lohnsteuer vor Abzug des im Lohnsteuer- Jahresausgleich erstatteten/ verrechneten Betrag	
unter 2 400 DM	63 928	62 145	185,4	1 783	4,4	4 179	99,9
2 400 - 4 800 "	17 639	12 014	40,8	5 625	4,2	10 536	84,9
4 800 - 7 200 "	19 408	6 006	21,1	13 402	6,7	10 099	47,4
7 200 - 9 600 "	33 132	9 726	11,7	26 406	9,3	11 660	33,9
9 600 - 12 000 "	52 758	8 456	9,9	44 302	10,4	15 621	28,2
12 000 - 16 000 "	152 977	17 572	9,8	135 405	11,9	39 660	24,8
16 000 - 20 000 "	301 588	20 504	9,7	281 084	13,1	70 810	22,2
20 000 - 25 000 "	474 503	38 174	12,3	436 329	13,7	102 713	21,3
25 000 - 36 000 "	627 404	137 120	12,1	490 284	13,7	110 747	20,0
36 000 - 50 000 "	254 802	148 345	12,1	106 457	12,3	22 300	14,5
50 000 - 75 000 "	103 069	96 677	11,9	11 392	13,4	2 206	12,8
75 000 - 100 000 "	23 972	23 962	11,6	10	2,2	- 17	- 36,2
100 000 DM und mehr	11 719	11 712	9,8	7	0,9	- 276	- 1 061,5
I n s g e s a m t	2 144 901	592 415	13,3	1 552 486	12,9	400 235	22,1

1) Nachgewiesen werden hier nur die steuerfreien Abzugsbeträge, um die die Pauschbeträge, die für die Festsetzung der Lohnsteuer bereits in die Lohnsteuertabellen eingearbeitet sind (Werbungskosten gemäß § 9 a EStG, Sonderausgaben gemäß § 10 c EStG), überschritten werden.

Einkommen größtenteils die Einkommensteuerveranlagung an die Stelle des Jahresausgleichs tritt und daß andererseits niedrig Verdienende den Lohnsteuer-Jahresausgleich häufig aus den bereits genannten Gründen nicht vornehmen lassen. Einen Lohnsteuer-Jahresausgleich beantragten relativ am häufigsten die Arbeitnehmer des mittleren Bruttolohngruppenbereichs zwischen 12 000 und 25 000 DM. In diesen Größenklassen ließen rund drei Viertel der Lohnsteuerpflichtigen einen Jahresausgleich vornehmen. Einschließlich der reinen Ermäßigungsfälle haben mehr als vier Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen mit Verdiensten zwischen 9 600 und 25 000 DM steuerfreie Abzugsbeträge geltend gemacht.

Anteil der steuerfreien Abzugsbeträge am Bruttolohn bei 13%

Der Gesamtbetrag an zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen belief sich 1974 auf gut 2,1 Mrd. DM. Das sind knapp 24% mehr als bei der vorangegangenen Erhebung. Über ein Viertel dieser Summe wurde von den etwa 184 000 Lohnsteuerpflichtigen geltend gemacht, die im Wege des Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahrens vom Arbeitslohn absetzbare Beträge vorweg auf der Lohnsteuerkarte hatten eintragen lassen. Das reine Ermäßigungsverfahren wird, wie bereits die Darstellung der Lohnsteuerpflichtigen erkennen ließ, im wesentlichen von Personen mit höherem Einkommen in Anspruch genommen, da für diesen Personenkreis die Abgabe einer Einkommensteuererklärung obligatorisch ist. So entfielen gut 70% der auf Lohnsteuerpflichtige ohne Lohnsteuerausgleich entfallenden Abzugsbeträge auf die Bruttolohngruppen 25 000 DM und mehr, wobei der Anteil dieser steuerfreien Abzugsbeträge am Bruttolohn kontinuierlich von 12,3% in der Größenklasse 20 000 bis 25 000 DM auf 9,8%

in der Bruttolohngruppe 100 000 DM und mehr absinkt. Die im Rahmen des Jahresausgleichs geltend gemachten steuerfreien Abzugsbeträge von insgesamt 1,55 Mrd. DM verminderten den Bruttolohn dieser Arbeitnehmer um durchschnittlich knapp 13%. Etwas darüber lagen die Anteile in den mittleren Größenklassen von 16 000 bis 36 000 DM, während der Bruttolohn in der oberen und unteren Verdienstklasse um nicht mehr als 0,9 bzw. 4,4% vermindert wurde. Einer Verringerung der Bemessungsgrundlage und damit der Steuerbelastung aufgrund des Lohnsteuer-Jahresausgleichs kommt sowohl bei niedrig Verdienenden als auch bei Personen mit höherem Einkommen eine relativ geringe Bedeutung zu.

Erhöhte Sonderausgaben überwiegen

Die Aufgliederung der im Rahmen des maschinell durchgeföhrten Lohnsteuer-Jahresausgleichs geltend gemachten steuerfreien Abzugsbeträge von knapp 1,5 Mrd. DM in erhöhte Werbungskosten (0,32 Mrd. DM), erhöhte Sonderausgaben (1,0 Mrd. DM) und sonstige Freibeträge (0,15 Mrd. DM) zeigt, daß die Sonderausgaben mit einem Anteil von zwei Dritteln der steuerfreien Abzugsbeträge deutlich überwiegen. Im Schnitt aller dieser steuerfreien Abzugsbeträge verminderte sich die Bemessungsgrundlage um 12,8%; bei den erhöhten Sonderausgaben waren es 8,8%, bei den erhöhten Werbungskosten 2,7% und bei den sonstigen Freibeträgen 1,3% des Bruttolohns insgesamt. Allerdings verzeichnen die je Bruttolohngruppe ermittelten Anteile erhebliche Abweichungen von diesen Relationen. Steigende Tendenz zeigen die Anteile der erhöhten Sonderausgaben ab der untersten Größenklasse (0,2%) bis zur Gruppe 25 000 bis 36 000 DM - in dieser Größenklasse verminderte sich der Bruttolohn um fast 10% -, während die Anteile bei den

Steuerfreie Abzugsbeträge der Lohnsteuerpflichtigen mit maschinell durchgeföhrtem Lohnsteuer-Jahresausgleich
nach Bruttolohngruppen 1974

Bruttolohnguppe	Steuerfreie Abzugsbeträge insgesamt ¹⁾		Erhöhte Werbungskosten		Erhöhte Sonderausgaben		Sonstige Freibeträge	
	1 000 DM	% des Brutto-lohns	1 000 DM	% des Brutto-lohns	1 000 DM	% des Brutto-lohns	1 000 DM	% des Brutto-lohns
unter 2 400 DM	1 121	2,9	8	0,0	59	0,2	1 054	2,7
2 400 - 4 800 "	4 528	3,5	1 277	1,0	1 729	1,3	1 523	1,2
4 800 - 7 200 "	12 169	6,4	3 127	1,7	6 700	3,5	2 342	1,2
7 200 - 9 600 "	24 690	9,1	4 800	1,8	16 108	5,9	3 782	1,4
9 600 - 12 000 "	41 397	10,2	8 426	2,1	27 056	6,7	5 916	1,4
12 000 - 16 000 "	127 792	11,8	29 476	2,7	81 288	7,5	17 027	1,6
16 000 - 20 000 "	269 688	13,0	62 111	3,0	177 838	8,6	29 739	1,4
20 000 - 25 000 "	421 906	13,7	90 616	2,9	292 277	9,5	39 013	1,3
25 000 - 36 000 "	474 386	13,7	95 409	2,7	337 693	9,8	41 284	1,2
36 000 - 50 000 "	100 685	12,4	19 233	2,4	73 208	9,0	8 244	1,0
50 000 - 75 000 "	10 103	13,5	2 667	3,6	6 614	8,8	821	1,1
75 000 - 100 000 "	5	5,5	3	3,3	2	2,2	-	-
100 000 DM und mehr	7	1,1	-	-	6	0,9	1	0,2
Insgesamt	1 488 477	12,8	317 152	2,7	1 020 579	8,8	150 746	1,3

1) Nachgewiesen werden hier nur die steuerfreien Abzugsbeträge, um die die Pauschbeträge, die für die Festsetzung der Lohnsteuer bereits in die Lohnsteuertabellen eingearbeitet sind (Werbungskosten gemäß § 9 a EStG, Sonderausgaben gemäß § 10 c EStG), überschritten werden.

sonstigen Freibeträgen im wesentlichen nur geringe Abweichungen von dem entsprechenden Durchschnittswert (1,3%) ergeben. Durch die erhöhten Werbungskosten wird der Bruttolohn anteilmäßig am stärksten in der Verdienstklasse 50 000 bis 75 000 DM vermindert, und zwar um 3,6%.

Ein Fünftel der Lohnsteuer wurde rückerstattet

Die 660 000 Lohnsteuerpflichtigen mit einem Lohnsteuer-Jahresausgleich erhielten auf Grund der von ihnen geltend gemachten steuerfreien Abzugsbeträge eine Rückzahlung bzw. Verrechnung zuvor abgeführter Lohnsteuer vor rund 400 Mill. DM. Im

Schnitt wurde ihnen vom Finanzamt gut ein Fünftel der Lohnsteuer rückerstattet. Erwartungsgemäß steigen diese Beträge je Steuerpflichtigen im Prinzip mit zunehmendem Bruttolohn an, nehmen jedoch prozentual kontinuierlich ab. So erhielten die Steuerpflichtigen in der Lohngruppe unter 2 400 DM fast 100% der Lohnsteuer zurück, den zwischen 16 000 und 36 000 DM Verdienenden wurde rund ein Fünftel erstattet, während es bei den Gehältern zwischen 50 000 und 75 000 DM nur noch 12,8% waren.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1975		1976			1977		
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 678	3 657	3 653	3 652	3 650	3 644	3 644	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 140	2 017	2 175	1 975	1 414	2 334 ^p	2 385 ^p	1 583 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,0	6,6	7,2	6,4	4,7	7,5 ^p	8,0 ^p	5,1 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 865	2 879	3 001	2 833	2 700	3 061 ^p	2 997 ^p	2 880 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	9,4	10,0	9,1	9,0	9,9 ^p	10,0 ^p	9,3 ^p
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 745	3 726	3 252	3 520	3 652	3 530 ^p	3 224 ^p	3 513 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,2	10,8	11,3	12,2	11,4 ^p	10,8 ^p	11,3 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	61	55	52	50	44	47 ^p	57 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	21,3	19,2	17,8	17,2	16,1	15,5 ^p	12,6 ^p	...
* Überschub der Geborenen bzw.									
Gestorbenen (-)	Anzahl	- 881	- 847	- 251	- 687	- 952	- 469 ^p	- 227 ^p	- 633 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,9	- 2,8	- 0,8	- 2,2	- 3,2	- 1,5 ^p	- 0,8 ^p	- 2,0 ^p
Wanderungen									
über die Landesgrenze									
* Zugezogene	Anzahl	7 189	7 392	9 683	9 250	7 270	8 473	9 373	...
Ausländer	Anzahl	1 696	1 809	2 399	2 424	1 781	1 983	2 457	...
Erwerbspersonen	Anzahl	3 755	3 899	4 857	4 431	3 730	4 210	4 712	...
* Fortgezogene	Anzahl	8 165	7 944	9 832	9 933	8 253	8 769	9 580	...
Ausländer	Anzahl	2 466	2 138	2 509	2 236	1 998	2 321	2 128	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 694	4 442	5 413	5 084	4 385	4 742	5 221	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 977	- 551	- 149	- 683	- 983	- 296	- 207	...
Ausländer	Anzahl	- 770	- 329	- 110	- 188	- 217	- 338	- 29	...
Erwerbspersonen	Anzahl	- 940	- 542	- 556	- 653	- 655	- 532	- 509	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 243	10 360	13 562	11 679	11 066	12 482	13 179	...
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	67 214	62 137	52 795	54 305	57 813	56 199	52 372	53 859
* Männer	Anzahl	43 046	35 728	27 306	27 295	29 382	26 668	24 428	24 954
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 066	1 287	652	575	620	625	661	634
Bauberufe	Anzahl	6 885	4 232	2 529	2 560	3 063	2 073	1 937	2 148
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	29 673	23 541	18 172	18 067	19 571	18 799	17 784	18 013
Arbeitslosenquote	%	5,1	4,8	4,0	4,1	4,4	4,4	4,1	4,2
Offene Stellen	Anzahl	11 158	11 328	11 397	10 930	9 737	11 795	11 383	10 961
Männer	Anzahl	5 924	6 645	7 020	6 889	6 119	7 510	7 520	6 785
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	233	321	353	253	207	417	608	328
Bauberufe	Anzahl	765	919	1 108	915	802	962	1 025	814
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	3 764	4 420	4 819	4 698	3 806	4 715	4 461	4 396
Kurzarbeiter	Anzahl	33 266	9 871	2 915	5 755	5 933	1 453	5 091	6 081
Männer	Anzahl	24 672	7 266	2 035	4 136	4 317	886	3 490	4 456
Landwirtschaft									
Viehbestand									
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	675	654
* Milchkühe	1 000	239	233
* Schweine	1 000	677	683	.	.	.	682	.	.
Mastschweine	1 000	224	236	.	.	.	200	.	.
* Zuchtsäugen	1 000	73	75	.	.	.	79	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	47	49	.	.	.	50	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren									
* Rinder	Anzahl	16 581	17 091	17 405	16 920	19 295	14 423	15 487	16 636
* Kälber	Anzahl	826	714	676	678	709	463	523	547
* Schweine	Anzahl	91 212	90 886	83 584	89 227	103 796	92 996	90 974	102 514
* Hausschlachtungen	Anzahl	16 573	15 129	9 863	11 544	24 395	6 271	9 044	11 830
Schlachtmengen 6)									
* Rinder	t	12 238	12 375	11 790	12 150	13 947	11 586	11 785	13 125
* Kälber	t	4 750	4 888	4 873	4 750	5 346	4 157	4 470	4 717
* Schweine	t	76	71	68	71	73	45	52	53
	t	7 360	7 355	6 788	7 260	8 444	7 340	7 193	8 284
Geflügel									
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	102	75	83	55	30	140	83	64
* Geflügelfleisch 8)	t	104	92	109	78	84	114	95	97
Milch									
* Milcherzeugung	1 000 t	77	75	68	67	63	76	69	68
* an Molkereien und Händler geliefert	%	86,5	89,8	91,2	90,1	89,4	92,4	92,1	91,5
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,4	9,5	9,1	8,8	10,5	9,8	9,5
									8,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 8) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlagkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975		1976			1977		
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Industrie und Handwerk									
Industrie 1)									
Betriebe	Anzahl	2 780	2 649	2 626	2 624	2 625	2 703	2 700	2 697
* Beschäftigte	1 000	374	365	370	369	368	371	372	366
* Arbeiter 2)	1 000	267	262	266	265	265	265	266	263
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	38 628	39 193	40 702	40 502	40 700	36 594	40 449	40 350
Löhne und Gehälter	Mill. DM	742	792	762	767	935	850	821	826
* Löhne	Mill. DM	457	492	481	489	576	545	513	522
* Gehälter	Mill. DM	285	300	281	278	359	305	308	304
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	67	85	81	86	84	76	85	75
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	96	108	106	112	113	105	107	113
* Stadt- und Kokereigas	Mill. cbm	1	1	1	1	1	0	0	0
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	95	107	105	111	112	105	107	113
* Heizölverbrauch	1 000 t	186	204	177	212	228	151	175	186
* leichtes Heizöl	1 000 t	31	30	23	28	35	20	25	30
* schweres Heizöl	1 000 t	155	174	154	184	193	131	150	156
* Stromverbrauch	Mill. kWh	824	911	910	940	933	869	904	964
* Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	252	282	248	274	294	224	236	269
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 557	3 977	4 140	4 125	4 226	3 899	4 307	4 322
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 017	1 140	1 130	1 192	1 205	1 110	1 204	1 204
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)									
* Gesamte Industrie	1970 = 100	113	122	123	128	133	104	124	132
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	127	127	132	138	108	127	136
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	114	125	126	131	137	106	126	134
* Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	113	126	130	127	132	110	125	128
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	93	100	118	119	116	96	108	111
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoffindustrie)	1970 = 100	113	129	129	127	130	114	127	133
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	126	121	134	138	100	130	147
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen) und Datenverarbeitung	1970 = 100	115	122	100	133	130	101	132	161
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	106	116	120	124	129	102	117	124
Schuhindustrie	1970 = 100	68	68	75	72	69	69	73	71
* Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1970 = 100	124	139	134	156	173	112	134	150
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	97	95	103	106	104	84	107	109
Handwerk 5)									
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	93	96	99	.	.	.	99	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	144	154	151	.	.	.	164	.
Öffentliche Energieversorgung									
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	240	233	183	249	269	264	273	320
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 544	1 750	1 728	1 773	1 781	1 466	1 725	1 820
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	582	668	660	679	636	525	689	716
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 187	1 298	1 234	1 322	1 393	1 187	1 291	1 403
* Gaserzeugung 4)	1 000 cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1
Gasbezug 4)	Mill. cbm	150	181	143	180	219	146	183	221
Gasverbrauch	Mill. cbm	150	169	137	169	203	142	176	209
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe									
* Beschäftigte	Anzahl	71 102	68 047	69 450	69 005	68 364	71 476	70 899	71 060
Facharbeiter	Anzahl	40 440	38 763	39 235	39 032	38 631	40 537	39 990	39 344
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 648	16 061	16 854	16 639	16 555	16 351	15 986	16 800
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 779	9 046	10 222	10 181	9 850	8 977	10 861	10 416
Privater Bau	1 000	5 566	5 452	6 125	6 035	6 049	5 556	6 692	6 546
* Wohnungsbau	1 000	3 765	3 607	4 134	4 043	3 983	3 613	4 570	4 426
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	93	79	64	70	77	101	164	132
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 708	1 766	1 927	1 922	1 989	1 842	1 958	1 988
Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 213	3 594	4 097	4 146	3 801	3 421	4 169	3 870
Hochbau	1 000	1 004	888	923	953	892	798	902	817
Tiefbau	1 000	3 209	2 706	3 174	3 193	2 909	2 623	3 267	3 053
Straßenbau	1 000	1 481	1 242	1 551	1 566	1 385	1 481	1 893	1 759
Löhne und Gehälter	Mill. DM	130	133	147	150	150	151	154	147
* Löhne	Mill. DM	115	117	131	134	131	133	135	129
* Gehälter	Mill. DM	15	16	16	19	18	19	18	24
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	362	327	370	383	367	326	417	441

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. Energieversorgung: einschl. Handwerksunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. - 2) Einschl. gewerbl. Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleleinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975		1976			1977			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November		August	September	Oktober	November
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	983	1 162	1 101	935	1 337	1 212	1 329	1 072	
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	937	1 120	977	1 067	892	1 288	1 162	1 266	1 038
* Umbauter Raum	1 000 cbm	997	1 135	954	1 069	948	1 327	1 151	1 286	996
Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	189	225	192	216	194	279	239	273	213
* Wohnfläche	1 000 qm	159	181	152	168	154	220	185	207	157
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	231	201	198	226	211	232	201	241	186
* Umbauter Raum	1 000 cbm	926	682	609	928	659	894	648	1 034	746
Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	140	103	77	137	81	98	73	177	115
* Nutzfläche	1 000 qm	165	127	119	171	123	158	113	182	128
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 788	1 936	1 607	1 723	1 806	2 325	1 935	2 154	1 598
Öffentliche Tiefbauaufträge										
Insgesamt	Mill. DM	65	67	94	94	60	85	80	135	
Straßenbauten (einschl. Straßenbrückenbauten)	Mill. DM	43	49	73	71	46	63	59	111	
Übrige Tiefbauten	Mill. DM	22	18	21	23	14	22	21	24	
Nach Ausführungszeit										
bis 3 Monate	Mill. DM	10	15	28	25	16	21	24	34	
3 - 6 Monate	Mill. DM	17	18	24	19	16	19	19	25	
6 - 12 Monate	Mill. DM	24	21	38	19	13	42	26	52	
über 1 Jahr	Mill. DM	14	13	4	31	15	3	11	24	
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 134	1 334	1 383	1 384	1 391	1 429	1 424	1 353	
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	47	54	63	63	60	82	71	66	
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 087	1 280	1 320	1 321	1 331	1 347	1 353	1 288	
* Rohstoffe	Mill. DM	11	13	15	15	13	13	15	14	
* Halbwaren	Mill. DM	63	77	81	83	81	71	69	63	
* Fertigwaren	Mill. DM	1 013	1 190	1 225	1 223	1 237	1 262	1 268	1 210	
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	315	398	426	388	408	367	385	389	
* Enderzeugnisse	Mill. DM	697	791	798	836	829	896	883	822	
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	448	578	586	631	604	507	683	614	
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	74	96	112	99	87	95	103	101	
Dänemark	Mill. DM	20	26	29	31	31	26	30	29	
Frankreich	Mill. DM	145	193	189	201	210	143	247	196	
Großbritannien	Mill. DM	51	70	66	85	74	76	95	82	
Irland	Mill. DM	3	4	3	3	3	3	5	5	
Italien	Mill. DM	73	95	86	109	98	54	91	94	
Niederlande	Mill. DM	82	94	101	103	102	110	112	106	
Österreich	Mill. DM	38	51	52	60	54	64	62	58	
Schweiz	Mill. DM	41	53	58	58	51	54	60	59	
USA und Kanada	Mill. DM	51	72	103	65	79	98	67	71	
Entwicklungsländer	Mill. DM	303	303	315	319	309	400	308	279	
Ostblockländer	Mill. DM	82	84	72	50	91	90	62	73	
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	688	815	801	864	868	746	796	820	
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	114	138	107	130	167	131	141	130	
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	574	677	694	734	700	616	655	690	
Aus ausgewählten Ländern										
EG-Länder	Mill. DM	367	440	437	476	464	379	423	462	
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	87	109	118	127	115	101	115	111	
Dänemark	Mill. DM	6	6	6	6	8	7	8	6	
Frankreich	Mill. DM	106	126	125	137	140	95	118	118	
Großbritannien	Mill. DM	20	20	18	25	25	19	20	23	
Irland	Mill. DM	1	1	1	1	1	2	2	2	
Italien	Mill. DM	61	66	62	70	69	64	67	90	
Niederlande	Mill. DM	87	112	106	110	106	92	93	113	
Österreich	Mill. DM	14	21	20	17	23	19	17	19	
Schweiz	Mill. DM	11	14	15	14	16	12	14	17	
USA und Kanada	Mill. DM	63	73	66	76	81	79	61	56	
Entwicklungsländer	Mill. DM	155	180	185	186	195	182	196	177	
Ostblockländer	Mill. DM	22	21	16	19	17	17	25	28	

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975		1976			1977			
		Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	104	104	104	104	106	106	106	106	106
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	158	171	166	176	193	169	179	185	200
Waren verschiedener Art	1970 = 100	179	192	171	188	237	183	177	188	219
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	158	168	161	169	171	178	181	181	188
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	148	154	151	177	192	128	161	189	200
Metalwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	163	172	172	193	237	171	208	217	249
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	159	167	149	167	223	154	161	167	234
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	127	155	152	155	155	140	167	167	170
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	118	123	119	126	138	117	124	128	138
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	120	122	117	124	125	124	126	127	132
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	109	109	107	125	134	87	108	127	133
Metalwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	122	125	124	139	170	119	144	151	172
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	123	127	113	127	170	116	121	125	175
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	96	112	110	111	112	98	116	117	118
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	99	95	100	97	90	101	102	99	89
Teilbeschäftigte	1970 = 100	122	121	129	119	112	130	134	129	113
* Umsatz	1970 = 100	127	131	160	158	112	155	165	166	111
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	136	141	190	188	110	191	206	202	111
Gaststättengewerbe	1970 = 100	121	123	137	136	114	128	136	140	110
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	275	291	479	449	177	418	294	473	...
* Ausländer	1 000	53	59	95	56	19	114	99	69	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 088	1 103	1 792	1 419	585	1 813	1 751	1 483	...
* Ausländer	1 000	149	168	246	145	45	342	239	166	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 441	1 565	1 664	1 527	1 441	1 604	1 710	1 602	1 757
* Güterversand	1 000 t	1 246	1 273	1 391	1 336	1 264	1 480	1 501	1 307	1 493
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 129	12 239	12 090	11 470	10 878	9 322	12 442	12 243	11 866
Krafträder und Motorroller	Anzahl	253	311	171	99	84	318	170	130	73
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 964	10 959	11 001	10 444	9 991	8 191	11 237	11 116	10 924
* Lastkraftwagen	Anzahl	420	519	535	506	402	378	582	542	512
Zugmaschinen	Anzahl	424	385	326	368	361	363	380	386	292
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	6 906	7 718	7 883	8 497	7 890	7 893	8 253	8 942	9 235	
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 726	1 836	1 902	1 987	1 804	1 990	2 071	2 063	2 001
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	5 180	5 882	5 981	6 510	6 086	5 903	6 182	6 879	7 234
Verunglückte Personen	Anzahl	2 487	2 615	2 661	2 859	2 486	2 872	2 882	2 913	...
* Getötete	Anzahl	80	82	95	91	99	75	89	90	76
Pkw - Insassen	Anzahl	42	39	53	40	43	41	52	55	...
Fußgänger	Anzahl	19	21	16	27	36	12	10	16	...
* Verletzte	Anzahl	2 407	2 533	2 564	2 768	2 387	2 797	2 793	2 823	2 651
Pkw - Insassen	Anzahl	1 470	1 499	1 419	1 626	1 472	1 599	1 545	1 715	...
Fußgänger	Anzahl	280	286	260	302	326	207	268	289	...
Schwerverletzte	Anzahl	758	811	797	903	780	930	918	854	834
Pkw - Insassen	Anzahl	402	427	395	469	450	443	459	459	...
Fußgänger	Anzahl	129	130	113	139	145	93	117	126	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975		1976			1977			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	35 078	38 399	37 773	37 843	38 284	40 373	40 997	41 273	41 718
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	34 653	37 742	37 202	37 264	37 662	39 676	40 302	40 613	41 034
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	27 654	29 978	29 613	29 668	29 949	31 911	32 549	32 841	33 211
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 999	7 764	7 589	7 596	7 713	7 765	7 753	7 772	7 822
- Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 974	8 210	8 229	8 053	8 130	8 238	8 565	8 483	8 553
- an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 636	7 849	7 882	7 735	7 820	7 991	8 311	8 265	8 345
- an öffentliche Haushalte	Mill. DM	337	362	348	318	310	247	254	218	208
- Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 658	4 095	3 961	3 923	4 066	4 378	4 441	4 430	4 406
- an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 824	3 315	3 192	3 218	3 287	3 671	3 756	3 782	3 802
- an öffentliche Haushalte	Mill. DM	834	780	769	705	778	707	684	648	604
- Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	23 022	25 436	25 012	25 287	25 466	27 060	27 296	27 700	28 075
- an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	17 194	18 814	18 540	18 715	18 841	20 248	20 481	20 794	21 064
- an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 828	6 622	6 472	6 572	6 624	6 812	6 815	6 906	7 011
* Einlagen von Nichtbanken ³⁾	Mill. DM	31 445	34 202	32 554	32 810	33 769	35 865	35 792	36 150	37 189
* Sichteinlagen	Mill. DM	4 902	5 180	5 031	5 124	5 835	5 656	5 500	5 727	6 486
- von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 471	4 699	4 674	4 666	5 318	5 161	5 104	5 201	5 894
- von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	430	481	357	457	517	495	396	526	593
Termingeschäfte	Mill. DM	6 356	6 828	6 584	6 614	6 671	7 694	7 703	7 663	7 751
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 238	5 626	5 273	5 496	5 379	6 126	6 164	6 341	6 467
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 118	1 202	1 311	1 118	1 292	1 568	1 539	1 322	1 284
* Spareinlagen	Mill. DM	20 188	22 194	20 939	21 072	21 264	22 515	22 589	22 760	22 952
* bei Sparkassen	Mill. DM	11 758	12 913	12 199	12 261	12 361	13 059	13 095	13 193	13 302
* Gutschriften auf Sparkonten ⁴⁾	Mill. DM	1 140	1 086	857	905	1 012	1 043	971	1 001	1 042
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	827	922	822	773	839	949	901	828	850
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁵⁾	Anzahl	40	45	28	36	40	44	39	40	37
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	27 070	50 350	6 682	16 246	72 942	32 611	10 480	7 585	6 705
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	1	3	1	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 274	1 010	1 143	1 173	944	930	1 001	1 097	1 118
* Wechselsumme	1 000 DM	6 030	4 077	4 917	4 626	3 964	6 571	3 613	4 368	4 630
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	691 366	763 352	968 478	562 899	735 986	881 152	1 081 241	710 593	865 508
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	478 176	528 724	745 863	346 409	506 087	654 347	843 953	480 055	625 695
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	307 542	347 605	289 561	299 932	461 880	487 683	331 553	340 495	517 251
Einnahmen aus der Lohnsteuer- zerlegung	1 000 DM	51 829	54 855	-	167 518	173 527	-	-	192 143	35 871
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	114 056	114 430	316 380	38 484	27 820	22 228	368 489	1 09 279	2 971
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 831	7 550	- 936	1 342	1 859	74 135	- 1 263	730	6 602
* Körperschaftsteuer ⁶⁾	1 000 DM	47 746	59 139	140 858	6 651	14 528	70 301	145 174	29 551	69 602
Einnahmen aus der Körperschafts- steuerzerlegung	1 000 DM	8 491	7 542	-	12 662	50 459	-	-	30 075	239 613
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	213 190	234 628	222 615	216 490	229 899	226 805	237 288	230 538	171 403
* Umsatzsteuer	1 000 DM	150 930	163 489	142 630	154 760	163 760	148 116	164 039	170 871	68 942
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	62 261	71 139	79 985	61 730	66 139	78 689	73 249	59 135	59 135
* Bundessteuern	1 000 DM	92 095	97 790	81 748	88 609	90 328	93 784	76 482	78 679	92 876
* Zölle	1 000 DM	8 001	7 956	8 561	7 465	7 001	9 346	8 666	6 870	8 187
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	79 508	79 508	66 925	76 929	79 919	82 227	66 000	68 303	80 711
* Landessteuern	1 000 DM	50 390	59 305	42 201	48 277	70 018	81 877	44 275	53 702	95 953
* Vermögensteuer	1 000 DM	10 942	12 549	2 990	4 867	32 643	39 151	3 958	6 059	48 765
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	26 973	28 438	25 708	27 165	22 520	28 277	25 161	30 981	30 853
* Biersteuer	1 000 DM	6 152	6 555	7 058	6 656	6 391	7 346	7 129	6 607	6 322
* Gemeindesteuern ⁷⁾	1 000 DM	341 325	393 689	410 526	-	-	472 866	-	-	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 559	8 421	11 056	-	-	10 849	-	-	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	49 522	60 367	75 277	-	-	74 667	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	229 260	263 511	263 835	-	-	329 066	-	-	-
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	22 745	24 291	23 726	-	-	26 300	-	-	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	21 975	26 999	26 304	-	-	22 254	-	-	-

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierjahresdurchschnitte bzw. Vierteljahrszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1975			1976			1977		
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Steuerverteilung auf die Gebiets-körperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	462 189	506 854	566 010	432 340	470 859	548 633	613 207	501 295	536 218
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	209 576	232 014	330 515	149 515	218 764	291 475	372 971	208 544	274 123
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	145 506	161 897	153 607	149 382	158 635	156 502	163 736	159 077	165 478
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 013	15 147	140	44 834	3 132	6 872	18	54 995	3 797
Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	359 283	395 643	439 441	334 211	386 863	468 356	509 098	412 125	467 441
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	208 934	231 425	329 859	149 283	218 113	290 238	372 197	208 164	272 224
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	84 945	89 766	67 241	91 817	95 600	89 369	92 608	95 264	95 467
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 013	15 147	140	44 834	3 132	6 872	18	54 995	3 797
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	432 664	490 662	507 774	.	.	.	581 630	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	143 527	166 429	167 611	.	.	.	211 244	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	177 071	194 055	193 472	.	.	.	226 586	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	134,7	140,8	141,4	141,5	141,8	146,9	146,7	146,9	147,1
* Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	130,1	136,8	136,4	136,2	136,9	144,5	143,5	143,1	142,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude	1970 = 100	138,9	143,7	.	.	145,7	152,2
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	397	433	.	443	.	.	.	473	.
* Männliche Arbeiter	DM	425	464	.	475	.	.	.	506	.
* Facharbeiter	DM	451	487	.	500	.	.	.	535	.
Angelernte Arbeiter	DM	406	445	.	458	.	.	.	486	.
Hilfsarbeiter	DM	349	381	.	394	.	.	.	413	.
* Weibliche Arbeiter	DM	279	303	.	310	.	.	.	330	.
* Hilfsarbeiter	DM	266	292	.	299	.	.	.	317	.
Bruttostundenverdienste	DM	9,59	10,23	.	10,42	.	.	.	11,15	.
* Männliche Arbeiter	DM	10,15	10,82	.	11,02	.	.	.	11,79	.
* Facharbeiter	DM	10,71	11,42	.	11,63	.	.	.	12,46	.
Angelernte Arbeiter	DM	9,78	10,40	.	10,58	.	.	.	11,31	.
Hilfsarbeiter	DM	8,36	8,89	.	9,08	.	.	.	9,64	.
* Weibliche Arbeiter	DM	7,13	7,61	.	7,73	.	.	.	8,27	.
* Hilfsarbeiter	DM	6,81	7,30	.	7,44	.	.	.	7,93	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,3	42,1	.	42,5	.	.	.	42,4	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,8	42,4	.	43,1	.	.	.	42,9	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	39,9	.	40,1	.	.	.	39,9	.
Angestellte										
Bruttonatmonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 037	2 171	.	2 207	.	.	.	2 376	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 809	1 933	.	1 960	.	.	.	2 115	.
männlich	DM	2 238	2 380	.	2 415	.	.	.	2 600	.
weiblich	DM	1 423	1 521	.	1 542	.	.	.	1 666	.
Technische Angestellte	DM	2 591	2 746	.	2 804	.	.	.	2 997	.
männlich	DM	2 655	2 811	.	2 873	.	.	.	3 071	.
weiblich	DM	1 757	1 874	.	1 901	.	.	.	2 052	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 369	2 528	.	2 580	.	.	.	2 766	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 107	2 265	.	2 308	.	.	.	2 483	.
männlich	DM	2 485	2 663	.	2 716	.	.	.	2 922	.
weiblich	DM	1 665	1 788	.	1 822	.	.	.	1 961	.
Technische Angestellte	DM	2 645	2 798	.	2 858	.	.	.	3 048	.
männlich	DM	2 698	2 855	.	2 917	.	.	.	3 112	.
weiblich	DM	1 856	1 959	.	2 000	.	.	.	2 153	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 623	1 729	.	1 749	.	.	.	1 893	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 608	1 713	.	1 734	.	.	.	1 877	.
männlich	DM	2 029	2 144	.	2 172	.	.	.	2 344	.
weiblich	DM	1 290	1 378	.	1 395	.	.	.	1 511	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1975		1976			1977			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 829	61 531	61 495	61 490	61 480	61 389
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 223	30 477	34 541	33 324	33 393	42 199 ^p	33 848 ^p	36 602 ^p	27 105 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	50 043	50 238	51 540	52 220	48 467	48 592 ^p	50 690 ^p	49 999 ^p	47 944 ^p
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	62 438	61 095	56 733	55 061	58 527	54 435 ^p	56 918 ^p	54 906 ^p	58 730 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-12 396	-10 857	-5 193	-2 841	-10 060	-5 843 ^p	-6 228 ^p	-4 907 ^p	-10 786 ^p
Arbeitslose	1 000	1 074	1 060	940	899	944	973	963	911	954
Männer	1 000	623	567	465	436	451	465	453	424	443
Offene Stellen	1 000	236	235	264	233	221	257	255	237	220
Männer	1 000	130	139	162	146	140	156	159	151	141
Kurzarbeiter	1 000	773	277	66	94	140	210	95	158	198
Männer	1 000	538	210	48	67	104	177	73	123	150
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 805	20 589	21 875	.	.	22 261	.	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	317	331	349	342	343 ^r	311	345	340	355
Milcherzeugung	1 000 t	1 800	1 847	1 784	1 589	1 574 ^r	2 021	1 868	1 643	1 631
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	7 616	7 382	7 414	7 450	7 435	7 258	7 290	7 310	7 294
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	778	777	728	813	813	667	717	779	779
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	61 154	67 939	62 873	74 281	71 531	69 880	72 386	83 830	80 662
Auslandsumsatz	Mill. DM	14 409	16 549	14 803	18 669	17 202	16 653	16 931	20 488	19 581
Produktionsindex (von Kalender-unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	104	111	97	115	119	101	98	116	121 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	113	98	116	120	101	99	117	123 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	103	110	96	114	118	99	97	116	120 ^p
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	1970 = 100	101	112	105	116	116	107	103	113	114 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	102	109	88	113	118	95	91	118	121 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	103	110	92	117	122	94	97	120	130 ^p
Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	113	117	112	116	124	113	109	116	127 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	92	95	93	109	110	99	92	108	110 ^p
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 150	27 804	24 643	26 682	28 241	23 349	23 929	26 475	28 351 ^p
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 537	3 626	3 251	3 259	3 662	3 195	3 145	3 091	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 211	1 192	1 230	1 228	1 221	1 133 ^p	1 150 ^p	1 153 ^p	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	153	149	157	176	173	134 ^p	145 ^p	162 ^p	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 021	6 257	6 099	6 730	7 206	6 122 ^p	6 212 ^p	7 176 ^p	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	14 485	17 018	17 184	16 553	16 039	19 839	18 897	18 521	19 405
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 341	16 015	16 243	15 595	15 113	18 972	17 957	17 596	18 284
Wohnfläche	1 000 qm	2 684	2 913	2 883	2 793	2 659	3 186	3 089	3 005	3 221
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 494	3 241	3 322	3 242	3 068	3 499	3 364	3 229	3 501
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	30 727	31 603	30 808	29 746	28 386	32 881	32 167	31 081	33 512
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	18 466	21 348	19 273	23 097	22 891	21 190	20 926	23 200	24 735
EG-Länder	Mill. DM	8 045	9 767	8 428	10 516	10 431	8 889	8 661	10 780	11 007
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 406	1 683	1 539	1 886	1 819	1 476	1 523	1 929	1 886
Dänemark	Mill. DM	386	554	617	572	593	433	489	532	539
Frankreich	Mill. DM	2 164	2 802	2 267	2 941	2 889	2 545	2 078	3 118	2 931
Großbritannien	Mill. DM	841	1 016	835	1 102	1 063	1 071	1 103	1 177	1 543
Irland	Mill. DM	50	59	55	64	61	55	61	66	66
Italien	Mill. DM	1 349	1 583	1 151	1 668	1 686	1 387	1 216	1 534	1 561
Niederlande	Mill. DM	1 849	2 070	1 964	2 283	2 321	1 922	2 192	2 424	2 480
Österreich	Mill. DM	819	1 041	1 013	1 197	1 191	1 198	1 164	1 342	1 372
Schweiz	Mill. DM	797	950	913	1 049	1 065	978	1 009	1 117	1 157
USA und Kanada	Mill. DM	1 255	1 369	1 133	1 496	1 517	1 603	1 721	1 941	1 832
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 038	3 475	3 347	3 915	3 919	3 933	3 982	3 587	4 418
Ostblockländer	Mill. DM	1 451	1 452	1 415	1 389	1 254	1 403	1 372	1 312	1 386

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehauptschlachtungen. - 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ohne Bauindustrie. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1975		1976			1977			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	15 359	18 470	18 075	18 421	19 325	19 425	18 404	19 539	19 927
EG-Länder	Mill. DM	7 604	8 916	8 269	8 910	9 285	9 377	8 403	9 601	9 788
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 312	1 588	1 453	1 739	1 652	1 510	1 362	1 671	1 647
Dänemark	Mill. DM	232	274	241	319	350	263	267	317	368
Frankreich	Mill. DM	1 846	2 153	1 904	1 989	2 250	2 316	1 723	2 299	2 370
Großbritannien	Mill. DM	578	712	654	751	761	917	918	974	934
Irland	Mill. DM	56	67	46	62	69	81	65	87	80
Italien	Mill. DM	1 436	1 575	1 588	1 569	1 700	1 981	1 677	1 713	1 838
Niederlande	Mill. DM	2 144	2 547	2 384	2 482	2 504	2 369	2 391	2 541	2 553
Österreich	Mill. DM	316	408	389	473	475	542	510	573	552
Schweiz	Mill. DM	456	564	499	583	637	728	627	668	755
USA und Kanada	Mill. DM	1 332	1 657	1 509	1 433	1 490	1 519	1 547	1 495	1 505
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 070	3 788	4 205	3 790	3 989	3 879	4 211	3 772	3 868
Ostblockländer	Mill. DM	721	915	961	948	949	979	896	939	1 026
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	149,2	159,6	141,0	155,4	165,1	166,3	156,5 ^p	166,6 ^p	172,7 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	131,0	137,8	155,6	149,7	146,0	167,4	160,2 ^p	158,3 ^p	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	901	992	952	959	965	1 029	1 033	1 043	1 054 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	707	770	738	745	752	798	801	810	817 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	193	222	214	214	213	231	233	233	237 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	707	756	723	725	728	761	765	768	781 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	376	410	389	389	392	412	414	415	418 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	14 372	15 950	12 816	20 728	14 195	16 154	14 570	23 814	16 140 ^p
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 291	10 469	7 827	16 284	8 056	9 353	9 095	18 995	9 314 ^p
Lohnsteuer	Mill. DM	5 933	6 717	6 796	6 788	6 741	8 030	7 637	7 469	7 656 ^p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 233	2 572	444	6 747	949	685	671	7 452	913 ^p
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 507	4 872	4 610	4 447	4 647	5 172	5 034	4 816	5 216 ^p
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 977	3 047	2 838	2 598	2 746	3 147	3 195	2 911	3 268 ^p
Bundesssteuern	Mill. DM	3 066	3 272	3 278	3 344	3 337	3 451	3 311	3 570	3 332 ^p
Zölle	Mill. DM	271	310	301	310	336	296	313	295	295 ^p
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 862	2 734	2 781	2 786	3 163	2 993	2 806	3 118	2 862 ^p
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	138,7	147,8	148,9	149,4	149,3	152,2	150,7	151,2	150,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	133,2	149,0 ^r	151,2	149,7	148,3	144,6	144,4	143,7 ^p	142,5 ^p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	135,5	140,8	142,0	142,3	142,4	144,8	144,7	144,7	144,6
Preisindex für Wohngebäude	1970 = 100	137,3	141,9	143,1	.	.	.	150,2	.	.
Bauleistungen am Gebäude ⁴⁾	1970 = 100	138,9	143,7	145,0	.	.	.	152,2	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	126,5	128,3	128,9	.	.	.	132,5	.	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	134,7	140,8	141,4	141,4	141,5	147,0	146,9	146,7	146,9
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	130,1	136,8	137,5	136,4	136,2	145,6	144,5	143,5	143,1
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	136,3	140,9	140,8	141,8	142,6	147,2	147,6	148,6	149,4
Wohnungsmiete	1970 = 100	133,2	140,0	140,7	140,9	141,2	145,0	145,3	145,6	146,0
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	165,5	176,4	176,5	177,3	177,9	177,6	177,3	177,9	179,0
Übriges für die Haushaltungsführung	1970 = 100	131,0	135,5	135,1	135,7	136,1	140,1	140,5	140,1	140,8
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	143,4	150,1	151,6	151,5	151,3	154,4	154,4	154,6	154,9
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	141,3	148,1	148,8	149,3	149,6	154,7	155,0	155,6	156,1
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	130,8	135,8	136,0	136,7	137,0	139,3	139,6	139,9	140,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	129,4	133,6	135,2	135,3	135,3	139,5	140,9	141,0	141,1

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Bauleistungen am Bauwerk ohne Baunebenleistungen.

Fast zwei Fünftel aller Personalkosten sind Nebenkosten

Im Durchschnitt aller rheinland-pfälzischen Unternehmen und Betriebe des produzierenden Gewerbe beliefen sich die gesamten Personalkosten je Arbeitnehmer im Jahre 1975 auf 30 690 DM gegenüber 22 168 DM drei Jahre zuvor. Die Zunahme von 1972 bis 1975 betrug 38%; sie fiel für Angestellte, deren durchschnittliche Personalkosten im Berichtsjahr auf 39 500 DM (+ 40% gegenüber 1972) anstiegen, deutlich höher als für Arbeiter. Die Personalkosten je Arbeiter erhöhten sich 1975 auf 26 700 DM, das sind 34% mehr als drei Jahre zuvor.

Von den Personalkosten je Arbeitnehmer in Höhe von 30 700 DM entfielen 19 000 DM (62%) auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 11 700 DM (38%) auf Personalnebenkosten. Gegenüber 1972 sind die Personalnebenkosten um fast die Hälfte gestiegen, das Entgelt für geleistete Arbeit hingegen nur um ein Drittel. Für Arbeiter fiel die Zunahme des Anteils der Personalnebenkosten an den gesamten Personalkosten etwas höher aus als für Angestellte. Im Berichtsjahr wichen die Quoten der Personalnebenkosten bei Arbeitern (39%) nur unerheblich von denjenigen bei Angestellten (37%) ab.

Die Struktur der Personalnebenkosten ist bei Arbeitern und Angestellten unterschiedlich. Für Angestellte haben die tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten die größere Bedeutung; mit durchschnittlich 8 123 DM je Angestellten erreichten sie im Berichtsjahr eine Quote von 56% an den gesamten Personalnebenkosten, das ist ein Prozentpunkt weniger als 1972. Dagegen haben bei den Arbeitern die gesetzlichen Nebenleistungen des Arbeitgebers das größte Gewicht. 1975 betrug deren Anteil an den Personalnebenkosten je Arbeiter 53% (1972: 54%). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 16

Ungünstiges Urlaubswetter führte 1977 zu geringeren Wachstumsraten im Fremdenverkehr

Die mit einer nicht unerheblichen Kapazitätsausweitung der Beherbergungsbetriebe verbundenen Erwartungen an die Entwicklung des Fremdenverkehrs wurden in diesem Jahr, zum Teil bedingt durch das ungünstige Wetter in der Haupturlaubszeit, nicht in dem gewünschten Ausmaß erfüllt. So lag die Zahl der in den 605 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden eingetroffenen Gäste im Sommerhalbjahr 1977 zwar um 3,5%, die der Übernachtungen aber nur um 1,8% höher als im Sommerhalbjahr 1976. In absoluten Zahlen wurden in den Monaten April bis September 2,7 Mill. Gäste mit 10,8 Mill. Übernachtungen registriert. Die Zahl der Ausländer, die im Berichtszeitraum 23% der gesamten Gästezahl ausmachten, nahm mit + 2,6% nur unterdurchschnittlich zu. Dafür erhöhte sich die Zahl ihrer Übernachtungen mit + 3,0% stärker als die der Inländer (+ 1,6%). Eine negative Entwicklung bei der Gästezahl (- 3,4%) und bei den Übernachtungen (- 7,0%) meldeten die 217 statistisch erfaßten Campingplätze, wozu Inländer und Ausländer etwa in gleichem Maße beitragen.

Das relativ geringe Wachstum der Übernachtungsziffer wurde vor allem durch die nicht prädierten Erholungsorte (- 3,2%) und die Luftkurorte (- 1,6%) beeinflußt, während die 317 anerkannten Fremdenverkehrsgemeinden mit weniger als 5 000 Übernachtungen 1969/70 mit einer Steigerung ihrer Gäste- und Übernachtungszahlen um 18,4 beziehungsweise 11,6% eine Stagnation der Gesamtentwicklung ver-

hinderten. Bei den Heilbädern, deren Fremdenverkehrszahlen im vergangenen Jahr durch den Rückgang der Sozialkurgäste eine negative Entwicklung verzeichneten, wurde im Sommerhalbjahr 1977 mit einem Anstieg der Zahl der Ankünfte und Übernachtungen um 2,3 bzw. 0,1% eine Stabilisierung erreicht.

Die günstigste Entwicklung verzeichneten diesmal die Fremdenverkehrsgemeinde Westerwald/Lahn/Taunus und Pfalz, wo 16,8 und 7,9% mehr Gäste sowie 4,3 bzw. 6,3% mehr Übernachtungen als in dem gleichen Vorjahreszeitraum gemeldet wurden. Während die Gemeinden des Eifel/Ahr-Gebietes bei einem Anstieg der Zahl der Ankünfte um immerhin 4,4% eine Stagnation ihrer Übernachtungszahl (+ 0,4%) hinnehmen mußten, erlebte das Rheintal seit 1974 erstmals wieder einen Rückgang der Gäste und Übernachtungen (- 1,3 bzw. - 5,0%). mc

Spitzenrechte bei Zuckerrüben, überdurchschnittliche Erträge auch bei Rauhfutter und Mais

Hülsenfrüchte, Mais, Futterpflanzen und Grünland erbrachten 1977 deutlich über dem Vorjahr und dem Durchschnitt der Jahre 1971/76 liegende Erträge. An Rauhfutter wurden bei durchschnittlich 70,5 dt je Hektar knapp 1,59 Mill. t (als Heu gerechnet) erzielt. Das sind fast zwei Drittel mehr als 1976. Die Rauhfuttererträge im Vorjahr lagen allerdings aufgrund der Trockenheit weit unter dem Durchschnitt. Ein überdurchschnittliches Ergebnis verzeichnete ferner die Grünmaisernte. Mit 444 gegenüber 320 dt/ha im Vorjahr konnten auf erneut ausgedehnten Flächen insgesamt 621 000 t (Vorjahr 396 000 t) eingebracht werden. Ebenso fiel die Körnermaisernte mit nahezu 13 800 t bei von 39,7 auf 52,9 dt gestiegenem Hektarertrag um 14% größer aus als vor Jahresfrist, obwohl hier die Anbaufläche reduziert wurde.

Auch die Zuckerrübenrente lieferte ein mengenmäßig überragendes Ergebnis (1,35 Mill. t), das die vorjährige Ernte trotz zurückgegangener Anbaufläche um 13% übersteigt. Der durchschnittliche Hektarertrag betrug 530 gegenüber 436 dt im Vorjahr. Damit wurde in Rheinland-Pfalz eine nur ganz knapp unter dem Rekordergebnis des Jahres 1975 liegende Zuckerrübenrente eingebracht. po

Themen der letzten Hefte**Heft 4/April 1976**

Weinmosternten 1950 - 1975

Sozialprodukt 1975

Studenten 1975/76

Lehrernachwuchs 1976

Erwerbstätigkeit 1975

Öffentliche Tiefbauaufträge 1975

Heft 5/Mai 1976

Voraussichtliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bis 1990

Industrie 1975

Bauhauptgewerbe 1975

kurz + aktuell

Heft 6/Juni 1976

LIS-Daten für kurzfristige Verlaufsanalysen
("Konjunktur-Datei")
Kinder und alte Leute im Straßenverkehr 1975
Personal im öffentlichen Dienst 1966 - 1975
Investitionen für Umweltschutz 1971 - 1974

Heft 7/8 Juli/August 1976

Ernteaussichten für 1976
Schulabgänger 1976
Bevölkerungsentwicklung 1975
Regionale Bevölkerungsprognose
Umsätze 1974
Baulandmarkt 1975
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 1. Teil

Heft 9/September 1976

Landkreis Birkenfeld
Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
Verdienste 1975
Einzelhandel 1970 - 1974
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 2. Teil

Heft 10/Oktober 1976

Strukturverschiebungen der Industrie 1970 - 1976
Hochbautätigkeit 1975
Viehhaltung 1950 - 1975
Infrastrukturdatei des Landesinformationssystems

Heft 11/November 1976

Bundestagswahl 1976
Entwicklungsaussichten ausgewählter Bevölkerungsgruppen bis 1990
Schulbesuch und Abschlußprüfungen 1960 - 1975

Heft 12/Dezember 1976

Rheinland-Pfalz 1976 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Investitionen des produzierenden Gewerbes 1975
Straßennetz am 1. Januar 1976

Heft 1/Januar 1977

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1976
Volkshochschulen 1975
Strafvollzug 1975/76
Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975
Wohngeld 1973 - 1975

Heft 2/Februar 1977

Allgemeinbildende Schulen 1976/77
Ausländer 1976
Bodenutzung 1950 - 1976
Fleischverbrauch und Fleischpreise 1950 - 1975
Umweltschutzinvestitionen 1975

Heft 3/März 1977

Berufsbildende Schulen 1976/77
Meldepflichtige Krankheiten 1976
Betriebsklassifizierung und Betriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft 1974/75
Bauhauptgewerbe 1976
Regionale Einzelhandelsumsätze 1974

Heft 4/April 1977

Rheinland-Pfalz 1947

Heft 5/Mai 1977

Lehrernachwuchs 1977
Altersstruktur der Lehrer 1955 - 1976
Religions- und Ethikunterricht 1976
Verunglückte Kinder und Jugendliche 1976
Beschäftigten- und Entgeltstatistik
Öffentliche Tiefbauaufträge 1976
Arbeitskosten im Handel, bei Banken und Versicherungen 1974

Heft 6/Juni 1977

Industrie 1976
Erwerbstätigkeit 1976
Tödliche Unfälle 1976
Sozialhilfeempfänger 1965 - 1975

Heft 7/Juli 1977

Kindersterbefälle 1976
Außenhandel mit Nordamerika
Baulandmarkt 1976
Preise und Löhne 1974 - 1976

Heft 8/9 August/September 1977

Bevölkerungsentwicklung 1976
Nachfrage der Schulabgänger 1977 nach Ausbildungsstellen
Studienwünsche der Abiturienten 1977
Ernteaussichten 1977
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1976/77
Hochbautätigkeit 1976
Vermögensmillionäre 1974

Heft 10/Oktober 1977

Mord und Totschlag 1967 - 1976
Personal an Hochschulen 1972 - 1976
Abfallbeseitigung 1975
Sozialer Wohnungsbau 1976
Wohngeld 1976

Heft 11/November 1977

Auswirkungen des Höchstzahlverfahrens d'Hondt bei der Verteilung der Bundestagsplätze auf die Länder
Volkshochschulen 1976
Einzelhandel 1976/77
Arbeitnehmerverdienste 1976

Heft 12/Dezember 1977

Wirtschaftliche Entwicklung 1977
Handwerk 1977

Themen der folgenden Hefte

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1977
Ausbildungsberufe der Berufsschulen 1974 - 1976
Berufsbildende Schulen 1977/78
Ausländer 1977
Investitionen im produzierenden Gewerbe 1976



Statistische Berichte Rheinland-Pfalz

Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
5427 Bad Ems Mainzer Straße 15/16 Telefon (02603)*711

An dieser Stelle wollen wir in den nächsten Heften die Leser der Statistischen Monatshefte über das Programm der laufenden Statistischen Berichte des Statistischen Landesamtes informieren.

Erscheinungs- Regionale Einzelpreis
folge Gliederung DM

5. Industrie und Handwerk

* E I 1	Die Industrie	m	K	1,00
	Die Industrie im Jahre	j	K	1,00
*	Die Industrie im September (Ergebnisse der Totalerhebung)	j	K	2,00
E I 1/S	Die Industrie der Verwaltungsbezirke	j	K	5,00
* E I 2	Der Index der industriellen Produktion	m	-	0,50
	– vorläufige Ergebnisse	m	-	0,50
		j	-	0,50
E I 2	Produktion ausgewählter Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	j	-	2,00
E I 6	Die Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes	j	K	3,00
* E II 1	Die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Handwerk	vj	-	0,50
		j	-	0,50

6. Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

* F I 1	Das Bauhauptgewerbe	m	-	0,50
* F I 1	Das Bauhauptgewerbe im Juni (Totalerhebung)	j	K	0,50
* F II 1	Die erteilten Baugenehmigungen	m	-	0,50
*		j	K	1,00
* F II 2 u. 4	Die Bautätigkeit	j	K	2,00
F II 3	Der Bauüberhang am 31.12. ...	j	K	0,50
F II 10	Die Auftragsvergaben im Tiefbau	j	-	0,50

7. Handel und Gastgewerbe

* G I 1/G IV 3	Die Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel und im Gastgewerbe	m	-	1,00
G I 3	Wareneinkauf, Lagerbestand und Rohertrag im Einzelhandel	j	-	1,00
G III 1/G III 3	Aus- und Einfuhr	m	-	0,50
G IV 1	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr	m	-	1,00
* G IV 1	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr	j	-	2,00
	– im Winterhalbjahr	hj	G	2,00
	– im Sommerhalbjahr		G	2,00
* G IV 2	Die Beherbergungskapazität für den Fremdenverkehr am 1. April	j	G	2,00
	– vorläufige Ergebnisse	j	-	0,50

8. Verkehr

* H I 1	Die Straßenverkehrsunfälle	m	K	1,00
H I 2	Der Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern	j	K	5,60
H I 4	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen	hj	K	0,50
		m	-	0,50
H I 5	Güterverkehr auf den Eisenbahnen	j	K	0,50
H I 6	Güterverkehr mit Lastkraftwagen	j	K	1,00
H I 7	Grenzüberschreitender Güterverkehr mit Lastkraftwagen	j	-	1,00
H I 8	Straßen des überörtlichen Verkehrs	j	K	0,50
* H II 1	Die Binnenschifffahrt	m	G	1,00
		j	G	1,00
H III 1	Luftverkehr	hj	-	0,50